2016

Geschäftsbericht

Vernetzt

Helaba

Kurzporträt

Mit rund 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie einem Geschäftsvolumen von 195 Mrd. € gehört der Helaba-Konzern zu den führenden Banken am Finanzplatz Frankfurt. Die Unternehmenssparte Großkundengeschäft bietet Unternehmen, Banken sowie institutionellen Investoren umfassende Finanzdienstleistungen aus einer Hand. Über die Verbundbank in der Sparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft versorgt die Helaba die Sparkassen mit hochwertigen, innovativen Finanzprodukten und Dienstleistungen. Als Sparkassenzentralbank in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ist die Helaba starker Partner für 40 Prozent aller deutschen Sparkassen. Mit ihrer Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse ist sie regionaler Marktführer im Retail Banking. Gleichzeitig verfügt die Helaba mit der 1822direkt über ein Standbein im Direktbankengeschäft. Die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen als selbstständiger Geschäftsbereich der Helaba nutzt die Sparkassen als Vertriebspartner und ist Marktführer in beiden Bundesländern. Im Rahmen des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts betreut die WIBank unter dem Dach der Helaba Förderprogramme des Landes Hessen. Über ihre finanzwirtschaftlichen Aufgaben hinaus engagiert sich die Helaba in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens und fördert wegweisende Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen.

„In einem herausfordernden Umfeld hat die Helaba erneut ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt. Auch im Jahr 2016 waren wir für unsere Träger, Kunden und Mitarbeiter ein verlässlicher und fairer Partner. Grundlagen unseres Erfolgs sind unser solides, ausgewogenes und bewährtes Geschäftsmodell, die hohe Kundenzufriedenheit und die Qualität unserer Produkte und Dienstleistungen."

Herbert Hans Grüntker, Vorsitzender des Vorstands

Unseren Geschäftsbericht 2016 veröffentlichen wir erstmals als interaktive Online-Variante.

Diesen finden Sie unter
vernetzt.helaba.de

Finanzteil

Vorstand	2	Vorwort
Konzernlagebericht	8	Grundlagen des Konzerns
	11	Wirtschaftsbericht
	14	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
	21	Nachtragsbericht
	21	Risikobericht
	43	Prognose- und Chancenbericht
Konzernabschluss	50	Gewinn- und Verlustrechnung
	51	Gesamtergebnisrechnung
	52	Bilanz
	54	Eigenkapitalveränderungsrechnung
	55	Kapitalflussrechnung
	57	Anhang (Notes)
	149	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
	150	Country by Country Reporting nach § 26a KWG
	153	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
Gremien	156	Verwaltungsrat
	160	Trägerversammlung
	161	Beirat Öffentliche Unternehmen/ Institutionen, Kommunen und Sparkassen (ÖUIKS)
	162	Bericht des Verwaltungsrats
	165	Bericht der Trägerversammlung
Adressen	168	Adressen der Landesbank Hessen-Thüringen

Vernetzt. Dialog ist für uns die Basis von Kundennähe. Wir denken vernetzt, hören zu, verbinden Menschen, Unternehmen und Institutionen. Digital oder Auge in Auge. Wir arbeiten branchenübergreifend und international. Begleiten und beraten. Stärken die Stärke unserer Kunden und Partner – und messen daran unseren Erfolg.

Auf einen Blick

Ratings der Helaba

(Stand: Februar 2017)

Moody's	
Outlook	Stable
Counterparty Risk Assessment	Aa3(cr)
Long-term Deposit Rating	Aa3
Public-Sector Covered Bonds	Aaa
Short-term Deposit Rating [2]	P-1
Senior senior unsecured bank debt [3]	Aa3
Senior Unsecured [4]	A1
Subordinate Rating [5]	Baa2
Baseline Credit Assessment	baa3

Fitch	
Outlook	Stable
Long-term Issuer Default Rating [1]	A+
Public Sector Pfandbriefe	AAA
Mortgage Pfandbriefe	AAA
Short-term Issuer Default Rating [1, 2]	F1+
Derivative Counterparty Rating [1]	AA–(dcr)
Long-term Deposit Rating [1, 3]	AA–
Senior Unsecured [1, 4]	A+
Subordinated debt [1, 5]	A
Viability-Rating [1]	a+

Standard & Poor's	
Outlook	Stable
Long-term Issuer Credit Rating [1]	A
Short-term Issuer Credit Rating [1, 2]	A-1
Long-term Senior Unsecured [1, 3]	A
Long-term Senior Subordinated [1, 4]	A–
Standalone Credit Profile [1]	a

Ratings für Verbindlichkeiten der Helaba, die der Gewährträgerhaftung unterliegen (Grandfathering)[6]

	Moody's	Fitch Ratings	Standard & Poor's
Long-term ratings	Aa1	AAA	AA–

[1] Gemeinsames Verbundrating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, bzw. basierend auf dem Verbundrating
[2] Entspricht kurzfristigen Verbindlichkeiten
[3] Entspricht im Grundsatz langfristigen erstrangig unbesicherten Verbindlichkeiten gem. § 46f (5 u. 7) KWG („mit Besserstellung")
[4] Entspricht im Grundsatz langfristigen erstrangig unbesicherten Verbindlichkeiten gem. § 46f (6) KWG („ohne Besserstellung")
[5] Entspricht nachrangigen Verbindlichkeiten
[6] Für vor dem 18. Juli 2001 aufgenommene Verbindlichkeiten (unbefristet)

Anteile am Stammkapital der Helaba

Träger	in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	68,85
Land Hessen	8,10
Freistaat Thüringen	4,05
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	4,75
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	4,75
FIDES Alpha GmbH[1]	4,75
FIDES Beta GmbH[1]	4,75

[1] vertreten durch den DSGV e. V. als Treuhänder

Helaba-Konzern in Zahlen

		2016	2015	Veränderung	
Erfolgszahlen		**in Mio. €**	**in Mio. €**	**in Mio. €**	**in %**
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge		1.231	1.312	–81	–6,2
Provisionsüberschuss		340	333	7	2,1
Verwaltungsaufwand		–1.232	–1.190	–42	–3,5
Konzernergebnis vor Steuern		549	596	–47	–7,9
Konzernergebnis		**340**	**419**	**–79**	**–18,9**
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern	in %	**7,2**	**8,1**		
Cost-Income-Ratio	in %	**63,7**	**58,8**		

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
Bilanzzahlen	**in Mio. €**	**in Mio. €**	**in Mio. €**	**in %**
Forderungen an Kreditinstitute	15.235	17.144	–1.909	–11,1
Forderungen an Kunden	93.078	93.194	–116	–0,1
Handelsaktiva	20.498	26.078	–5.580	–21,4
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	25.796	26.609	–813	–3,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.138	35.976	–5.838	–16,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	46.824	47.727	–903	–1,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	50.948	47.073	3.875	8,2
Handelspassiva	18.713	22.423	–3.710	–16,5
Eigenkapital	7.850	7.676	174	2,3
Bilanzsumme	**165.164**	**172.256**	**–7.092**	**–4,1**

	31.12.2016	31.12.2015
Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen	**in %**	**in %**
Harte Kernkapitalquote	14,3	13,8
Kernkapitalquote	15,3	14,9
Gesamtkennziffer	20,5	19,8

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kunden und Geschäftspartner,

mit dem Geschäftsjahr 2016 sind wir zufrieden. Wir haben ein Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von 549 Mio. € und nach Steuern ein Ergebnis von 340 Mio. € erzielt. Das Vorsteuerergebnis liegt zwar knapp 8 % unter dem Vorjahreswert. Der prognostizierte Ergebnisrückgang aufgrund des außergewöhnlichen Zinsumfelds ist jedoch nicht so deutlich ausgefallen wie von uns erwartet. Insgesamt gehört das Ergebnis zu den drei besten in der Historie der Bank.

Grundlage für diese zufriedenstellende Entwicklung ist unser ausgewogenes und bewährtes Geschäftsmodell. Dies spiegelt sich im operativen Kundengeschäft, das sich in einem hohen Neugeschäftsvolumen und einem erfreulichen Zuwachs der Provisionserträge niederschlägt.

Auch im europäischen Vergleich beweist sich die Helaba als belastbares, sehr sicheres Kreditinstitut. In der im Herbst 2016 EU-weit durchgeführten Transparency Exercise hat sich die Helaba als Institut mit komfortabler Kapitalausstattung und einem qualitativ hochwertigen Kreditportfolio erwiesen.

Das Geschäftsmodell der Helaba hat sich dauerhaft auch unter schwierigen Marktbedingungen bewährt. Gleichwohl ist es aufgrund der anhaltend herausfordernden Rahmenbedingungen notwendig, unser Geschäftsmodell regelmäßig zu überprüfen und anzupassen. Erste Maßnahmen haben wir bereits umgesetzt: Unsere Anteile an der HANNOVER LEASING haben wir größtenteils veräußert, als Minderheitsgesellschafter bleiben wir mit 5,1 % beteiligt. Nordrhein-Westfalen (NRW) ist einer unserer wichtigsten Kernmärkte; dort generieren wir aktuell mehr als 30 % unserer Erträge im Firmenkundengeschäft. Bis zum Jahr 2020 wollen wir das NRW-Geschäft weiter deutlich ausbauen. Aus unserem Strategieprojekt Digitalisierung sind erste Anwendungen entstanden, die im Jahr 2017 zum Einsatz kommen. Mit unserer digitalen Agenda werden wir aber nicht nur neue Produkte und Prozesse erstellen. Wir werden die Helaba weiterentwickeln, um sie durch kontinuierliche marktgerechte Innovationen für unsere Kunden attraktiv zu halten und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit weiter zu steigern. Die Erneuerung unseres Kernbankensystems ist die wesentliche IT-strategische Maßnahme der nächsten Jahre.

Mit Blick auf das Jahr 2017 gehen wir von ausgesprochen herausfordernden politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus. Wir sind jedoch zuversichtlich, diese Belastungen mittels unseres ausgewogenen Geschäftsmodells abfedern zu können. Gleichwohl rechnen wir für das laufende Geschäftsjahr mit einem spürbaren Ergebnisrückgang. Der Blick auf die Zinsentwicklung in den USA macht aus Sicht der Helaba allerdings mittelfristig Hoffnung, dass auch im Euro-Raum der Zinstiefpunkt durchschritten sein dürfte. Auf Basis dieser Annahme hegen wir eine gewisse Zuversicht, dass wir im operativen Geschäft in diesem oder im nächsten Jahr die Talsohle erreichen werden.

Unseren anhaltenden Erfolg verdanken wir dem Vertrauen unserer Kunden und Geschäftspartner, der Unterstützung unserer Träger und Kapitalgeber sowie dem Einsatz und dem Können unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür bedanke ich mich auch im Namen meiner Vorstandskollegen sehr herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Hans Grüntker
Vorsitzender des Vorstands

Konzernlagebericht

8 Grundlagen des Konzerns

11 Wirtschaftsbericht

14 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

21 Nachtragsbericht

21 Risikobericht

43 Prognose- und Chancenbericht

Konzernlagebericht

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell des Konzerns
Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfolgt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit starkem regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassen-Finanzgruppe.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba ist ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform. Die Helaba handelt auf Grundlage der für sie geltenden staatsvertraglichen und satzungsrechtlichen Bestimmungen renditeorientiert. Staatsvertrag und Satzung setzen den rechtlichen Rahmen für das Geschäftsmodell der Helaba. Ebenso von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell sind die Zugehörigkeit der Helaba zur Sparkassen-Finanzgruppe mit ihrem institutssichernden Sicherungssystem sowie die Arbeitsteilung zwischen Sparkassen, Landesbanken und weiteren Verbundinstituten, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau der Aktivitäten im Verbund- und im Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York vertreten. Durch die Niederlassungen verstärkt die Helaba ihre Nähe zu den Kunden und Sparkassen. Darüber hinaus eröffnen die ausländischen Niederlassungen der Helaba den Zugang zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Zur Unterstützung ihrer Vertriebsaktivitäten in Skandinavien hat die Helaba im Jahr 2016 eine Repräsentanz in Stockholm eröffnet. Eine weitere Repräsentanz in São Paulo ist geplant.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Geografisch liegt der Schwerpunkt auf Deutschland, ergänzt um Engagements in ausgewählten europäischen Ländern und Nordamerika. Die Helaba prägen stabile, langfristige Geschäftsbeziehungen mit ihren Kunden. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und dem gehobenen Mittelstand, institutionellen Kunden, ausgewählten ausländischen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen. Bei ihren Zielkunden strebt die Helaba den Kernbankstatus an.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland weiter zu stärken. In dieser Sparte konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten auf Deutschland mit besonderem Schwerpunkt auf Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Die Helaba ist Sparkassenzentralbank und Verbundbank für die Sparkassen in diesen vier Regionen und damit für 40 % aller Sparkassen in Deutschland. In Hessen und Thüringen bilden die Verbundsparkassen und die Helaba die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit, mit einer konsolidierten Verbundrechenschaftslegung und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 850.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%ige Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Private Banking, im Wealth Management und in der Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – eine rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank

besteht in Übereinstimmung mit dem in der Europäischen Union (EU) anzuwendenden Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Geschäftsaktivitäten der WIBank richten sich nach den Förderzielen des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen beteiligt.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen einer Cost-Income-Ratio von unter 65 %. Sie berechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern abzüglich Verwaltungsaufwand und Risikovorsorge im Kreditgeschäft). In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Planung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragsschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (definiert als Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Aktiv-Neugeschäft mit einer Refinanzierungslaufzeit von mindestens einem Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert. Die Kapital-Zielquoten werden unter Berücksichtigung der durch die Europäische Zentralbank (EZB) aufgestellten zusätzlichen Eigenmittelanforderungen definiert. Die Rentabilitätsziele werden über die Eigenkapitalrentabilität (Verhältnis aus dem Ergebnis vor Steuern zum durchschnittlich eingesetzten Eigenkapital nach IFRS) gesteuert.

Nach der Capital Requirements Regulation (CRR) sind eine Verschuldungsquote (Leverage Ratio), eine kurzfristige Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine auf die Stabilität der Refinanzierung ausgerichtete Kennziffer (Net Stable Funding Ratio, NSFR) zu ermitteln. Die Helaba berücksichtigt diese Quoten und Anforderungen in ihrem Liquiditätsmanagement und bei der Optimierung ihres Geschäftsportfolios. Im Zuge der Implementierung des einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) wird die Festlegung einer institutsspezifischen Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities, MREL) erfolgen.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte (Forderungen an Kunden und angeschlossene Sparkassen) an der Gesamtbilanzsumme.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Refinanzierungsbasis.

Die Helaba baut als führende Verbundbank der Sparkassen-Finanzgruppe ihre Geschäftsbeziehungen zu den bundesdeutschen Sparkassen kontinuierlich aus. In den Regionen Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen, in denen die Helaba die Sparkassenzentralbankfunktion innehat, wird nach einheitlichen Kriterien eine Produktnutzungsquote ermittelt, die angibt, wie hoch der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug der jeweiligen Sparkasse ist. Mit den Sparkassen werden gemeinsame Zielproduktnutzungsquoten vereinbart.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag bekennt sich die Helaba in ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung und legt Verhaltensmaßstäbe auf den Gebieten Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement fest. Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindliche Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umweltrisiken und von sozialen und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein. Die Helaba prüft die Erstellung und Installierung eines Regelprozesses zur angemessenen Berücksichtigung von Umweltrisiken sowie sozialen und ethischen Gesichtspunkten bei der Entscheidung über die Vergabe einschlägiger Kredite. Herstellung und Handel kontroverser Waffenarten werden von der Helaba nicht finanziert. Auf Spekulationsgeschäfte mit Agrarrohstoffen verzichtet die Helaba ebenso wie auf die Entwicklung von Investmentprodukten mit Bezug zu Agrarrohstoffen. Ihrer Verantwortung für den Klimaschutz trägt die

Helaba unter anderem dadurch Rechnung, dass sie sich für energieeffiziente Technologien und erneuerbare Energien einsetzt. Bei der Finanzierung technischer Anlagen und Verfahren setzt sich die Helaba für die Verwendung möglichst klimaneutraler Technologien ein. Durch die jährliche Ermittlung von Umweltkennzahlen im Geschäftsbetrieb und deren Veröffentlichung im Internet macht die Helaba wesentliche Elemente ihres ökologischen Profils transparent und schafft Anreize für die weitere Verringerung von Verbrauchs- und Emissionswerten.

Die Helaba und die Frankfurter Sparkasse gehören zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen zu einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur. Die Helaba ist direkt beziehungsweise über die Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert zahlreiche Einrichtungen und Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen.

Die Helaba wird regelmäßig von Nachhaltigkeits-Rating-Agenturen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsleistung bewertet. Die Ratings sind ein zentrales Element bei der Analyse und Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprofils. Die Helaba ist bestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung der externen Einschätzung zu erzielen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- Geschäfts- und Personalstrategie
  Die Grundsätze der Personalarbeit der Helaba leiten sich aus der Geschäftsstrategie ab. Sie berücksichtigen dabei die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und regulatorischen Entwicklungen. Die Kernaufgaben sind beispielsweise das bedarfsorientierte Beschaffen geeigneter Mitarbeiter, das Bereitstellen professioneller Serviceleistungen und attraktiver Vergütungs- und Nebenleistungen, wie einer betrieblichen Altersversorgung, sowie die Personalentwicklung und Nachwuchsförderung.

- Vergütungsgrundsätze
  Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist auch das Vergütungssystem. In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Bank den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Vergütungsstrategie geregelt. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Ermittlung eines Gesamtbankbudgets und der Zuordnung der Budgets für die variable Vergütung auf Bereichsebene. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

- Entwicklung
  Trotz hoher Kostensensibilität investiert die Helaba in die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin auf hohem Niveau. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und methodischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Angebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge.

- Nachwuchsförderung
  Die gesellschaftlichen Veränderungen, resultierend aus der demografischen Entwicklung und der fortschreitenden Digitalisierung, werden langfristig betrachtet auf die Wettbewerbsfähigkeit der Helaba Einfluss nehmen. Das hat Konsequenzen für die Gestaltung personalwirtschaftlicher Prozesse. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung, potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellt die fortschreitende Digitalisierung Unternehmen vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben. Erkennbar wird dies beispielsweise in sich verändernden Rekrutierungsprozessen, die sich zunehmend mehr in der Kandidatenansprache über Social-Media-Kanäle auszeichnen.

- Weitere Schwerpunkte
  Schwerpunkte der aktuellen Personalarbeit sind darüber hinaus die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Gesundheitsmanagement, das Change Management sowie die Führungskräfteausbildung. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen dabei die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

  Die Helaba hat im Verlauf des Jahres 2016 eine bankweite Mitarbeiterbefragung durchgeführt; über 2.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder 83 % haben die Gelegenheit genutzt, ihre Meinung zur Helaba zu sagen. Die Ergebnisse dienen nun als Basis für eine bedarfsorientierte Weiterführung der Arbeit an der Unternehmens- und Führungskultur und werden auch in 2017 aktiv zur Ableitung von weiteren strategischen und operativen Handlungsempfehlungen gleichermaßen genutzt werden.

  Darüber hinaus konnten in 2016 neue Dienstvereinbarungen über das Mitarbeitergespräch zu Zielvereinbarung, Zielerreichung und Leistungsbewertung wie auch zur daraus folgenden Ableitung in eine variable Jahresabschlussvergütung mit den Mitarbeitergremien einvernehmlich verhandelt werden. Das Mitarbeitergespräch fördert das vertrauensvolle Miteinander zwischen Mitarbeiter und Führungskraft. Gleichermaßen erfüllen die Verhandlungsergebnisse auch die aktuellen regulatorischen Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung vollumfänglich.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft expandierte 2016 mit 1,9 % (kalenderbereinigt 1,8 %) zum dritten Mal in Folge über ihrem Wachstumspotenzial, also dem Wachstum, das bei normal ausgelasteten Kapazitäten langfristig zu erwarten ist. Die Wirtschaftsentwicklung war vor allem konsumgetrieben. Der Wachstumsbeitrag des privaten Verbrauchs lag bei über einem Prozentpunkt. Zusammen mit den Konsumausgaben des Staates ist hierdurch der gesamte Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zu erklären. Deutlich gestiegene Tarifeinkommen bei weitgehend stabilen Preisen und die zunehmende Beschäftigung erhöhten die Realeinkommen der Verbraucher. Zusätzlich stimulierte die Zuwanderung nach Deutschland die privaten und öffentlichen Konsumausgaben.

Enttäuschend verlief dagegen die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Der Wachstumsbeitrag war nur leicht positiv, während der Außenhandel sogar etwas bremste. Die Unsicherheiten beim Export wirkten negativ auf die Investitionen, obwohl niedrige Kapitalmarktzinsen und eine leicht überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung eigentlich für mehr Kapitalbildung gesprochen hätten. Der Wohnungsbau profitiert von der hohen Nachfrage nach Wohnraum vor allem in den Großstädten, sehr niedrigen Hypothekenzinsen, dem Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand. Der öffentliche und der gewerbliche Bau haben sich 2016 erholt.

Das Wettbewerbsumfeld des deutschen Bankensektors ist durch die andauernde Null- und Negativzinsphase und die Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Bankenunion geprägt. Neben den historisch niedrigen Leitzinsen führen die Ankaufprogramme der EZB zu enormer Liquidität in den Märkten. Darüber hinaus drängen institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensionskassen) infolge ihres Anlagedrucks in den Markt und werden zu Wettbewerbern der Banken. Durch den zunehmenden Verdrängungswettbewerb erhöht sich der Druck auf die Margen.

Durch die Entwicklung der Informationstechnologie sowie die zunehmende Verbreitung des Internets werden immer mehr Bereiche der Wirtschaft digitalisiert. Für Finanzdienstleister entstehen neue Wege des Kundenzugangs, des Datenaustauschs mit dem Kunden und des Angebots von Produkten über Online- und mobile Kanäle.

Im Privatkundengeschäft haben auf diese Weise Direktbanken, Filialbanken und immer mehr auch Internet-Unternehmen, die keine Banken sind (so genannte FinTechs), teilweise im Wettbewerb, teilweise in Kooperation neue Kommunikations- und Absatzwege erschlossen. In immer stärkerem Maß rückt nun auch das Geschäft mit Firmen- und Immobilienkunden und institutionellen Anlegern in den Fokus. Derivateplattformen ermöglichen den revisionssicheren Abschluss von Währungshedges mittels standardisierter Prozesse, Kreditportale vermitteln kleinen Firmenkunden Finanzierungen durch Banken oder direkt durch institutionelle oder private Investoren, Banken analysieren ihre Kundendaten, um Wege zum effektiveren Produktangebot zu finden. Weltweit wird die Blockchain-Technologie weiterentwickelt, um neue, schnellere und kostensparende Wege zum Austausch von Daten zu finden – mögliche Anwendungsfälle reichen von speziellen Handelsnischen bis hin zum SEPA-Zahlungsverkehr.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

- EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism, SSM)
  Die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) sowie der CRR) mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestuften Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen. Mit Schreiben vom 25. November 2016 hat die EZB der Helaba-Gruppe das Ergebnis des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory and Evaluation Process, SREP) mitgeteilt. Die hieraus resultierende mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote liegt für die Helaba-Gruppe für 2017 bei 7,43 %. Diese Anforderung setzt sich aus der Säule 1, Mindestkapitalanforderung, der Säule 2, Kapitalanforderung, sowie den Kapitalpuffern zusammen. Für 2016 hatte die EZB die mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote mit 9,25 % festgesetzt.

- EBA-Stresstest und Transparency Exercise
  Nach dem letzten Stresstest im Rahmen des Comprehensive Assessments im Jahr 2014 haben die European Banking Authority (EBA) und die Europäische Zentralbank (EZB) erneut einen EU-weiten Stresstest durchgeführt, dessen Ergebnisse am 29. Juli 2016 veröffentlicht wurden. Die Anzahl der einbezogenen Banken hat sich im Vergleich zu 2014 von 123 auf 51 Banken reduziert. Auch im Jahr 2016 gehörte die Helaba zu den teilnehmenden Banken. Im Ergebnis hat sich die Helaba als Institut mit komfortabler Kapitalausstattung erwiesen. Die konzernweite harte Kernkapitalquote (CET1, phased in), die zum Jahresende 2015 mit 13,8 % ausgewiesen wurde, reduzierte sich als Ergebnis des Stresstests im dritten Stressjahr um 3,7 Prozentpunkte auf 10,1 %. Das absolute CET1-Niveau lag – ausgehend von einer gestärkten Ausgangsbasis per 31. Dezember 2015 – über den Werten des Stresstests des Jahres 2014.

Neben dem Stresstest hat die EBA in 2016 auch erneut eine EU-weite Transparency Exercise durchgeführt, deren Ergebnisse am 2. Dezember 2016 veröffentlicht wurden. Diese umfasst detaillierte Informationen zu Kapitalausstattung, Risikolage und Qualität der Aktiva der teilnehmenden Institute zu den Stichtagen 30. Juni 2016 und 31. Dezember 2015. An der Erhebung waren 131 Banken aus 24 Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) beteiligt. Neben der soliden Kapitalausstattung und Risikolage zeigte sich dabei die hohe Qualität des Kreditportfolios der Helaba-Gruppe in einer NPL-Quote von 2,04 % zum 30. Juni 2016. Die Bank unterschreitet damit den im europäischen Vergleich sehr niedrigen deutschen Durchschnitt von 2,72 %. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die NPL-Quote 1,65 %.

- Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM)
  Neben dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus ist der einheitliche Abwicklungsmechanismus die zweite Säule der europäischen Bankenunion und besteht aus dem einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) und der europäischen Abwicklungsbehörde (Single Resolution Board, SRB). Der Abwicklungsfonds wird durch die europäische Bankenabgabe gespeist, die seit 2015 erhoben wird. Seit Januar 2016 hat das SRB zentrale Entscheidungsbefugnisse und Verantwortlichkeiten übernommen. Als „bedeutendes“ Institut ist die Helaba im Verantwortungsbereich des SRB angesiedelt. Im ersten Halbjahr 2016 wurde eine Datenabfrage zur Abwicklungsplanung und zu den Mindestanforderungen an Eigenmittel und „berücksichtigungsfähige“ Verbindlichkeiten (MREL) durchgeführt. Im November 2016 wurde der Helaba als Ergebnis der Datenabfrage ein indikatives MREL-Ziel für den Konzern mitgeteilt. Der MREL-Bestand der Helaba liegt deutlich über der mitgeteilten Zielgröße.

- Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)
  Ende 2016 beträgt die harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) des Helaba-Konzerns 14,3 % (unter Berücksichtigung der CRR-Übergangsregelungen) beziehungsweise 13,8 % („fully loaded“, das heißt bei Anwendung der CRR-Endstufe) und die Gesamtkapitalquote 20,5 % (Anwendung CRR-Übergangsregelungen) beziehungsweise 19,6 % („fully loaded“, das heißt bei Anwendung der CRR-Endstufe). Die Helaba verfügt damit über eine komfortable Eigenmittelausstattung und erfüllt alle derzeit bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

  Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 953 Mio. €.

  Die europaweit einheitlichen Liquiditätsdeckungsanforderungen (Liquidity Coverage Ratio, LCR) werden schrittweise angehoben, beginnend mit 70 % im Jahr 2016 über 80 % im Jahr 2017 auf 100 % im Jahr 2018. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die LCR 129,2 %. Mit der Net Stable Funding Ratio (NSFR) wird ab 2018 ein Indikator für die mittel- bis langfristige strukturelle Liquidität als Mindeststandard eingeführt, den die Helaba bereits heute in ihren Steuerungssystemen berücksichtigt. Beide Liquiditätskennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die neuen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

  Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den ungewichteten bilanziellen und außerbilanziellen (inklusive Derivaten) Aktivpositionen. Zurzeit ist die Leverage Ratio der Aufsicht als Beobachtungskennzahl zu melden und von den Instituten offenzulegen. Eine verbindliche Mindestquote von 3,0 % soll voraussichtlich ab 1. Januar 2019 gelten. Über die Einzelheiten wird die EU-Kommission voraussichtlich 2017 entscheiden. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 beträgt die Leverage-Ratio-Quote der Helaba mit Übergangsbestimmungen gemäß Delegated Act 4,74 %.

- Sicherungseinrichtungen
  Mit dem zum 3. Juli 2015 in Kraft getretenen Einlagensicherungsgesetz hat der deutsche Gesetzgeber die Vorgaben der EU-Richtlinie über Einlagensicherungssysteme umgesetzt. Danach können institutsbezogene Sicherungssysteme unter den vorgeschriebenen Voraussetzungen als Einlagensicherungssysteme anerkannt werden. Dementsprechend erhielt das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Anerkennung als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes. Von den Kundeneinlagen des Helaba-Konzerns gelten insgesamt 15,1 Mrd. € als „gedeckte Einlagen“ im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2016 geprägt von einem mit 1,9 % robusten realen Wirtschaftswachstum in Deutschland und einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld, in dem neue historische Tiefstände verzeichnet wurden.

Obwohl das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (Laufzeit größer als ein Jahr, ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) im Konzern mit

18,5 Mrd. € (2015: 19,2 Mrd. €) leicht zurückging, konnten Fälligkeiten und Sondertilgungen sowie ein währungsbedingter Rückgang nahezu ausgeglichen werden. Die Forderungen an Kunden bewegen sich mit 93,1 Mrd. € (31. Dezember 2015: 93,2 Mrd. €) auf dem Niveau des Vorjahres. Die Forderungen an angeschlossene Sparkassen sind aufgrund der Liquiditätssituation der Institute auf 6,4 Mrd. € (31. Dezember 2015: 7,2 Mrd. €) zurückgegangen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf die Kunden der Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, stieg aufgrund des Rückgangs der Bilanzsumme im Jahr 2016 auf 60 % (31. Dezember 2015: 58 %).

Trotz relativ großer Marktschwankungen zu Beginn des Jahres zeigte sich das Marktumfeld für das Refinanzierungsgeschäft im Verlauf des Jahres 2016 insgesamt positiv für Finanzinstitute aus den Kernländern des Euroraums. Die Refinanzierungsmittel konnten von der Helaba während des gesamten Jahres problemlos und kostengünstig bei institutionellen und privaten Anlegern aufgenommen werden. Dabei profitierte die Bank unverändert von ihrem strategischen Geschäftsmodell sowie ihrer stabilen Ertrags- und Geschäftsentwicklung.

In 2016 konnten mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel in Höhe von rund 17,2 Mrd. € (2015: 17,3 Mrd. €) aufgenommen werden. Das ungedeckte Refinanzierungsvolumen betrug dabei rund 14,2 Mrd. € (2015: 11,4 Mrd. €). Trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfelds lag der Absatz von Retail-Emissionen, die über das Vertriebsnetz der Sparkassen platziert wurden, bei einem Volumen von rund 2,4 Mrd. € und damit nur leicht unter dem Niveau des Vorjahres (2,7 Mrd. €). Die Pfandbriefemissionen beliefen sich insgesamt auf 3,0 Mrd. € (2015: 4,8 Mrd. €), wovon 60 % auf Hypothekenpfandbriefe und 40 % auf öffentliche Pfandbriefe entfielen. Unter anderem konnte erfolgreich ein Hypothekenpfandbrief über 600 Mio. US-$ mit einer vierjährigen Laufzeit bei institutionellen Investoren platziert werden. Durch die Kundeneinlagen im Retail-Geschäft innerhalb des Konzerns, insbesondere über das Tochterinstitut Frankfurter Sparkasse, wird die Refinanzierungsbasis wie in den Vorjahren weiter diversifiziert.

Die Helaba ist Verbundbank für 157 Sparkassen in vier Bundesländern und damit für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen entwickelte sich im Jahr 2016 weiterhin stabil.

Am 16. Dezember 2016 hat die Helaba mit der CORESTATE Capital Holding S.A. den Verkauf ihres 44,2 %-Anteils an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG vereinbart. Neben der Helaba hat auch die Hessisch-Thüringische Sparkassen-Beteiligungsgesellschaft den Verkauf ihrer Beteiligung von 48 % abgeschlossen. Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt der Bankenaufsicht und wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2017 wirksam. Die Helaba bleibt anschließend mit 5,1 % an der HANNOVER LEASING als Minderheitsgesellschafter beteiligt.

Auch im Geschäftsjahr 2016 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stiller Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals erlaubt.

Die Cost-Income-Ratio liegt zum Stichtag 31. Dezember 2016 bei 63,7 % (31. Dezember 2015: 58,8 %) und damit klar innerhalb des Zielkorridors (Ziel 2016: < 65 %). Die Eigenkapitalrentabilität sank auf 7,2 % (31. Dezember 2015: 8,1 %); sie liegt ebenfalls innerhalb des Zielkorridors von 6 bis 8 %.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Veränderung des Konsolidierungskreises

Die Veränderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2016 hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Sie betrifft überwiegend Objektgesellschaften aus der Immobilienprojektentwicklung.

Ertragslage des Konzerns

	2016	2015	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	1.231	1.312	–81	–6,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–154	–237	83	35,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**1.077**	**1.075**	**2**	**0,2**
Provisionsüberschuss	340	333	7	2,1
Handelsergebnis	146	190	–44	–23,2
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	51	22	29	>100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–5	3	–8	>–100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen	53	–10	63	>100,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	119	173	–54	–31,2
Verwaltungsaufwand	–1.232	–1.190	–42	–3,5
Ergebnis vor Steuern	**549**	**596**	**–47**	**–7,9**
Ertragsteuern	–209	–177	–32	–18,1
Konzernjahresergebnis	**340**	**419**	**–79**	**–18,9**

Die Helaba hat im Geschäftsjahr 2016 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 549 Mio. € erzielt und konnte damit das durchschnittliche Ergebnisniveau der Jahre 2012 bis 2015 (550 Mio. €) erreichen. Bedingt durch die gute Verfassung der deutschen Wirtschaft sowie die hohe Qualität des Geschäftsportfolios fiel der Risikovorsorgebedarf deutlich geringer aus als im Vorjahr. Das operative Geschäft, das sich insbesondere im Zins- und Provisionsüberschuss niederschlägt, entwickelte sich angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen zufriedenstellend. Während der Provisionsüberschuss erneut gesteigert werden konnte, sank der Zinsüberschuss aufgrund der Belastungen aus dem anhaltend niedrigen Zinsniveau unter den Vorjahreswert. Sehr volatil entwickelte sich das Handelsergebnis, das nach einem negativen Ergebnis im ersten Halbjahr aufgrund des EU-Referendums in Großbritannien im zweiten Halbjahr deutlich anstieg. Hohe regulatorisch bedingte Kostensteigerungen sowie die Abschreibung auf den Firmenwert der Frankfurter Sparkasse aufgrund der aus der aktuellen Planung abgeleiteten geringeren Ausschüttung, die den Verwaltungsaufwand beziehungsweise das sonstige betriebliche Ergebnis belasteten, hat die Helaba gut verkraften können. Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie folgt:

Der Zinsüberschuss beträgt 1.231 Mio. € und liegt damit um 6,2 % unter dem Vorjahresergebnis (2015: 1.312 Mio. €). Sowohl ein im Jahresdurchschnitt niedrigerer Bestand als auch rückläufige Margen führten zu einer Verringerung des Zinsüberschusses im operativen Kreditgeschäft. Belastend wirkte sich auch das niedrige Zinsniveau im Zahlungsverkehr, im Bauspargeschäft sowie bei der Frankfurter Sparkasse aus.

Der Aufwand für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beträgt –154 Mio. € (2015: –237 Mio. €). Auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen entfiel eine Nettozuführung von –228 Mio. € (2015: –156 Mio. €). Die für nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildete Portfoliowertberichtigung wurde um 72 Mio. € aufgelöst (2015: Zuführung um –93 Mio. €). Der Saldo aus Direktabschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus dem außerbilanziellen Kreditgeschäft und Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen ergibt einen Ertrag von 2 Mio. € (2015: 12 Mio. €). Nach Risikovorsorge ist der Zinsüberschuss von 1.075 Mio. € auf 1.077 Mio. € gestiegen.

Der Provisionsüberschuss ist um 7 Mio. € auf 340 Mio. € gestiegen. Der Provisionsüberschuss wird im Wesentlichen von der Helaba, der Frankfurter Sparkasse und der Helaba Invest generiert. Dabei entwickelten sich insbesondere die Provisionen aus dem Zahlungsverkehr der Helaba und der Vermögensverwaltung der Helaba Invest positiv. Die Beiträge der Frankfurter Sparkasse bewegen sich auf Vorjahresniveau.

Das Handelsergebnis liegt mit 146 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 190 Mio. € und resultiert im Wesentlichen aus dem zinsbezogenen Geschäft, das den geschäftlichen Schwerpunkt der kundengetriebenen Kapitalmarktaktivitäten darstellt. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau von Handelsbuchbeständen und der Veränderung von Bewertungsanpassungen bei den Derivaten. Die Handelsaktivitäten wurden im Wesentlichen vom Einzelinstitut getätigt.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option (FVO) ist von 22 Mio. € im Vorjahr auf 51 Mio. € im Geschäftsjahr 2016 gestiegen. Eine wesentliche Ursache für das positive Ergebnis ist das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der konsolidierten Spezialfonds, das neben unrealisierten Bewertungseffekten auch realisierte Verkaufserlöse umfasst und mit 23 Mio. € (2015: – 31 Mio. €) ausgewiesen wird. Eine weitere Ursache ist die Ausweitung der Credit Spreads bei Banken des Euroraums, die zu deutlichen Bewertungserfolgen bei Finanzverbindlichkeiten der Fair Value-Option führten. Rückläufig entwickelte sich der Bewertungseffekt aus der Liquiditätskomponente von Fremdwährungen (Cross Currency Basis Spread) im Rahmen der Derivatebewertung, der im Vorjahr zu einem signifikanten Ergebnisbeitrag führte. Unter Berücksichtigung dieser Liquiditätskomponente beträgt das Bewertungsergebnis der zur Zinssteuerung eingesetzten Bankbuchderivate – 35 Mio. € nach 23 Mio. € im Jahr 2015. Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, in dem der ineffektive Teil von Mikro-Hedges ausgewiesen wird, beträgt – 5 Mio. € (2015: 3 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen ist von 7 Mio. € auf 45 Mio. € gestiegen und wesentlich durch die Bewertung einer Anleihe der HETA Asset Resolution AG geprägt. Während die Anleihe im Vorjahr mit – 37 Mio. € wertgemindert wurde, erfolgte im Berichtsjahr eine Zuschreibung in Höhe von 28 Mio. €. Unter Berücksichtigung dieser Effekte beträgt das Bewertungsergebnis auf Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AfS) 26 Mio. € nach – 56 Mio. € im Vorjahreszeitraum. Die realisierten Veräußerungsgewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS liegen bei 19 Mio. € (2015: 63 Mio. €). Hiervon wurden durch den Verkauf von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren 6 Mio. € (2015: 36 Mio. €) erzielt. Aus assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden, resultiert ein Ergebnisbeitrag von 8 Mio. € (2015: –17 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich von 173 Mio. € auf 119 Mio. € vermindert. Es ist wesentlich durch das hierin enthaltene Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Höhe von 141 Mio. € (2015: 133 Mio. €) geprägt, welches überwiegend von der GWH-Gruppe erwirtschaftet wird. Es setzt sich zusammen aus dem Saldo aus Mieterträgen, Abgangsergebnissen, Betriebskosten und Abschreibungen. Die deutliche Verringerung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ist zum einen durch die Abschreibung auf den Firmenwert der Frankfurter Sparkasse in Höhe von – 31 Mio. € begründet. Zum anderen wirkte sich die Zuführung zu Rückstellungen für Kaufpreisrisiken aufgrund des Verkaufs der HANNOVER LEASING mit – 47 Mio. € belastend aus.

Der Verwaltungsaufwand ist um – 42 Mio. € auf –1.232 Mio. € gestiegen. Dieser setzt sich aus dem Personalaufwand von – 625 Mio. € (2015 – 624 Mio. €), anderen Sachaufwendungen von – 569 Mio. € (2015: – 526 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte von – 38 Mio. € (2015: – 40 Mio. €) zusammen. Während die Tarifanpassung im Jahr 2016 zu einem Anstieg der Personalaufwendungen führte, wirkten geringere Aufwendungen für die Altersvorsorge sowie ein geringerer Personalbestand entlastend. Im Jahresdurchschnitt wurden im Konzern 6.101 Mitarbeiter beschäftigt, gegenüber 6.200 im Jahr 2015. Zum Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen haben Aufwendungen für die Informationstechnologie (IT) und Beratungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung regulatorischer Vorgaben und mit der Umsetzung geschäftsgetriebener Anforderungen beigetragen. Auch die Beiträge zur europäischen Bankenabgabe sind von – 27 Mio. € im Vorjahr auf – 37 Mio. € im Berichtsjahr gestiegen. Dagegen blieben die Aufwendungen für Verbandsumlagen und Reservefonds in Höhe von – 59 Mio. € gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Den Verwaltungsaufwendungen stehen operative Erträge in Höhe von 1.935 Mio. € (2015: 2.023 Mio. €) gegenüber, so dass sich eine Cost-Income-Ratio von 63,7 % (2015: 58,8 %) ergibt. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern ist von 8,1 % auf 7,2 % gesunken. Die Kapitalrendite gemäß Artikel 90 CRD IV beträgt unverändert zum Vorjahr 0,2 %.

Der Ertragsteueraufwand beträgt – 209 Mio. € (2015: –177 Mio. €). Er resultiert im Wesentlichen aus der Bank Inland (–127 Mio. €), der Frankfurter Sparkasse (– 31 Mio. €), der Niederlassung New York (– 25 Mio. €) und der GWH (– 24 Mio. €). Von dem Ertragsteueraufwand entfallen –135 Mio. € auf tatsächliche Steuern. Die Entstehung beziehungsweise die Realisierung temporärer Differenzen führte zu latenten Steueraufwendungen von – 74 Mio. €. Durch den Anstieg nicht abziehbarer Betriebsausgaben und gleichzeitigem Rückgang steuerfreier Erträge ist die Steuerquote gegenüber dem Vorjahr auf 38,1 % (2015: 29,7 %) angestiegen.

Das Ergebnis nach Steuern beziehungsweise das Konzernjahresergebnis ist um 18,9 % auf 340 Mio. € gesunken. Von dem Konzernjahresergebnis entfallen auf konzernfremde Anteilseigner konsolidierter Tochtergesellschaften – 5 Mio. € (2015: – 8 Mio. €), so dass den Gesellschaftern des Mutterunternehmens 345 Mio. € (2015: 427 Mio. €) zuzurechnen sind. Hiervon sind ein Betrag von 28 Mio. € zur Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen Kapitaleinlagen des Landes Hessen und ein Betrag von 62 Mio. € zur Ausschüttung an die Anteilseigner vorgesehen.

Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2016 ist von 439 Mio. € auf 276 Mio. € gesunken. Neben dem Konzernjahresergebnis, wie es in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird, gehen hier als sonstiges Ergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Ergebnisse der Periode ein. Das sonstige Ergebnis beträgt – 64 Mio. € (2015: 20 Mio. €). Deutlich negativ ausgewirkt hat sich die Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen bedingt durch die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes mit – 168 Mio. € vor Steuern (2015: 77 Mio. €). Zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde ein Zinssatz von durchschnittlich 1,7 % (2015: 2,5 %) zugrunde gelegt. Aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS wurde in 2016 ein erfolgsneutrales Periodenergebnis von 63 Mio. € vor Steuern erzielt. Im Vorjahr betrug dieses Ergebnis – 62 Mio. €.

Bilanz

Aktiva

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve	18.331	19.053	– 722	– 3,8
Forderungen an Kunden	93.078	93.194	– 116	– 0,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	– 772	– 986	214	21,7
Handelsaktiva	20.498	26.078	– 5.580	– 21,4
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4.024	4.376	– 352	– 8,0
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	25.796	26.609	– 813	– 3,1
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	2.711	2.512	199	7,9
Ertragsteueransprüche	522	495	27	5,5
Sonstige Aktiva	976	925	51	5,5
Summe Aktiva	**165.164**	**172.256**	**– 7.092**	**– 4,1**

Passiva

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.138	35.976	– 5.838	– 16,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	46.824	47.727	– 903	– 1,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	50.948	47.073	3.875	8,2
Handelspassiva	18.713	22.423	– 3.710	– 16,5
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.918	4.380	– 462	– 10,5
Rückstellungen	2.319	2.089	230	11,0
Ertragsteuerverpflichtungen	184	184	–	–
Sonstige Passiva	647	692	– 45	– 6,5
Nachrangkapital	3.623	4.036	– 413	– 10,2
Eigenkapital	7.850	7.676	174	2,3
Summe Passiva	**165.164**	**172.256**	**– 7.092**	**– 4,1**

Die Konzernbilanzsumme der Helaba nahm im Geschäftsjahr 2016 um 4,1 % beziehungsweise – 7,1 Mrd. € auf 165,2 Mrd. € ab. Der Rückgang der Bilanzsumme ist maßgeblich auf den gezielten Abbau der Handelsaktiva zurückzuführen. Das Geschäftsvolumen, in das zusätzlich zu den Aktiva auch außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Bankgeschäft und Treuhandgeschäft eingehen, nahm um 2,8 % auf 195,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 200,6 Mrd. €) ab.

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um 11,1 % auf 15,2 Mrd. € (31. Dezember 2015: 17,1 Mrd. €) gesunken, was insbesondere auf die Reduzierung der Tages- und Termingelder um – 1,7 Mrd. € auf 3,0 Mrd. € zurückzuführen ist. Von den Forderungen an Kreditinstitute entfallen 6,4 Mrd. € (31. Dezember 2015: 7,2 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden. Die Barreserve, bei der es sich im

Wesentlichen um Guthaben bei den Zentralnotenbanken handelt, beträgt zum Bilanzstichtag 3,1 Mrd. € (31. Dezember 2015: 1,9 Mrd. €).

Die Forderungen an Kunden betragen nahezu unverändert 93,1 Mrd. € (31. Dezember 2015: 93,2 Mrd. €). Von den Forderungen an Kunden entfallen auf gewerbliche Immobilienkredite 33,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 31,9 Mrd. €) und auf Infrastrukturkredite 15,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 15,3 Mrd. €).

Der Bestand an Wertberichtigungen auf Forderungen ist von 1,0 Mrd. € auf 0,8 Mrd. € gesunken. Von diesem Betrag entfallen 272 Mio. € (31. Dezember 2015: 348 Mio. €) auf Portfoliowertberichtigungen, die auf nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildet wurden.

Die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Handelsaktiva wurden – wie bereits in den Vorjahren – auch im Geschäftsjahr 2016 gezielt abgebaut. Der Rückgang von 26,1 Mrd. € auf 20,5 Mrd. € ist auf den Abbau der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere auf 6,7 Mrd. € (31. Dezember 2015: 12,4 Mrd. €) zurückzuführen. Auch die Forderungen des Handelsbestands sind um – 0,2 Mrd. € auf 1,3 Mrd. € gesunken. Die positiven Marktwerte der zu Handelszwecken gehaltenen Derivate haben sich um 0,4 Mrd. € auf 12,3 Mrd. € geringfügig erhöht.

Die Finanzanlagen, die zu rund 99 % aus Schuldverschreibungen bestehen, verringerten sich um – 0,8 Mrd. € auf 25,8 Mrd. €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind deutlich um – 5,8 Mrd. € auf 30,1 Mrd. € gesunken. Ursächlich hierfür waren sowohl ein Rückgang der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften um – 3,6 Mrd. € als auch um – 3,2 Mrd. € gesunkene Tages- und Termingelder sowie Sichteinlagen. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfallen auf Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie Nordrhein-Westfalen und Brandenburg 5,5 Mrd. € (31. Dezember 2015: 6,6 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden mit 46,8 Mrd. € (31. Dezember 2015: 47,7 Mrd. €) ausgewiesen. Dabei verzeichneten die Tages- und Termingelder einen Rückgang um – 0,6 Mrd. € auf 14,1 Mrd. €. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen 16,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 15,5 Mrd. €) auf die Frankfurter Sparkasse. Die Bauspareinlagen haben sich auf 4,5 Mrd. € (31. Dezember 2015: 4,2 Mrd. €) erhöht.

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind um 3,9 Mrd. € auf 50,9 Mrd. € gestiegen. Die Steigerung betrifft insbesondere ungedeckte Schuldverschreibungen (22,3 Mrd. €; 31. Dezember 2015: 18,6 Mrd. €) und begebene Geldmarktpapiere (8,0 Mrd. €; 31. Dezember 2015: 7,1 Mrd. €). Dagegen haben sich die Emissionen von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekenpfandbriefen auf 20,7 Mrd. € (31. Dezember 2015: 21,4 Mrd. €) verringert.

Der Rückgang der Handelspassiva von 22,4 Mrd. € im Vorjahr auf 18,7 Mrd. € im Berichtsjahr ist auf den gesunkenen Refinanzierungsbedarf infolge der reduzierten Wertpapierbestände zurückzuführen. Zusätzlich konnten Liquiditätsüberschüsse der Bank zur Vermeidung einer Bilanzverlängerung zur Refinanzierung der Handelsaktiva genutzt werden.

Das Nachrangkapital sank aufgrund regulärer Fälligkeiten auf 3,6 Mrd. € (31. Dezember 2015: 4,1 Mrd. €).

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2016 beträgt das Eigenkapital des Konzerns 7,9 Mrd. € (31. Dezember 2015: 7,7 Mrd. €). Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf dem Gesamtergebnis von 276 Mio. € (31. Dezember 2015: 439 Mio. €). In den Gewinnrücklagen sind kumulierte Neubewertungen aus Pensionsverpflichtungen nach latenten Steuern in Höhe von – 533 Mio. € (31. Dezember 2015: – 413 Mio. €) enthalten. Die Veränderung ist im Wesentlichen auf die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes zurückzuführen. Die erfolgsneutrale Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern veränderte sich von 202 Mio. € auf 247 Mio. €. Zur Erhöhung der Neubewertungsrücklage haben im Wesentlichen Bewertungsgewinne beigetragen. Die Rücklage aus der Währungsumrechnung trägt mit 30 Mio. € (31. Dezember 2015: 23 Mio. €) zum Eigenkapital bei.

Vergleich mit der Vorjahresprognose

Die folgende Tabelle vergleicht für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ist-Werte der von der Helaba verwendeten Kennzahlen mit der ursprünglichen Prognose:

	Prognose 2015 für 2016	Ergebnisse 2016
Zinsüberschuss	rund 9 % unter Vorjahreswert	– 6,2 %
Risikovorsorge	222 Mio. €	154 Mio. €
Provisionsüberschuss	rund 7 % über Vorjahreswert	+ 2,1 %
Handelsergebnis	rund 26 % unter Vorjahreswert	– 23,2 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	243 Mio. €	119 Mio. €
Personalbestand (Jahresdurchschnitt)	leicht rückläufig	– 1,6 %
Personalaufwand	leicht über Vorjahreswert	+ 0,2 %
Sachaufwand	deutlich über Vorjahreswert	+ 8,2 %
Verwaltungsaufwand	rund 5 % über Vorjahreswert	+ 3,5 %
Konzernergebnis vor Steuern	rund 13 % unter Vorjahreswert	– 7,9 %
Cost-Income-Ratio	rund 63 %	63,7 %
Bilanzsumme	178 Mrd. €	165 Mrd. €
Anteil des Kundengeschäfts (Forderungen gegenüber Kunden zuzüglich Forderungen gegenüber angeschlossenen Sparkassen) an der Bilanzsumme	+ 1,5 %	+ 1,9 %
Eigenkapitalrentabilität	rund 7,1 %	7,2 %
Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (ohne WIBank)	16,6 Mrd. €	18,5 Mrd. €

Die Geschäftsentwicklung der Helaba verlief weitgehend im Rahmen der Prognose. Die wesentlichen Abweichungen werden im Folgenden erläutert.

Die erwarteten Belastungen im Zinsüberschuss durch das niedrige Zinsniveau konnten teilweise durch dispositive Erträge kompensiert werden, so dass der Rückgang im gesamten Zinsergebnis weniger stark als erwartet ausfiel.

Die gegenüber der Planung niedrigere Risikovorsorge ist auf die unter Plan liegende Risikovorsorge im Segment Immobilienkreditgeschäft und auf ungeplante Auflösungen in der Portfoliowertberichtigung (PoWB) zurückzuführen.

Das Provisionsergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % gesteigert werden. Insbesondere der geplante Anstieg im Asset Management und im Transaktionsgeschäft blieb aufgrund eines intensiven Wettbewerbs allerdings hinter den Erwartungen zurück.

Das sonstige betriebliche Ergebnis enthält ungeplante Belastungen. Dies sind im Wesentlichen Effekte im Zusammenhang mit der Veräußerung der HANNOVER LEASING, Abschreibungen auf den Firmenwert der Frankfurter Sparkasse sowie Konsolidierungssachverhalte.

Das Konzernergebnis vor Steuern liegt mit einem Rückgang von 7,9 % oberhalb der Planung. Neben den genannten Gründen hat auch der Anstieg des Ergebnisses aus Finanzanlagen von 7 Mio. € im Vorjahr auf 45 Mio. € im Geschäftsjahr dazu beigetragen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird regelmäßig mit einem niedrigen Ergebnisbeitrag geplant; nicht planbare Sondereffekte sind nicht ungewöhnlich. Im Berichtsjahr hat insbesondere die Zuschreibung auf eine Anleihe der HETA Asset Resolution AG, die das Vorjahresergebnis durch die Erfassung eines Wertminderungsaufwands belastet hatte, zu dem starken Ergebnisanstieg geführt.

Das über Plan liegende Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft enthält einen hohen Anteil an vorfälligen Umfinanzierungen.

Die Konzernbilanzsumme der Helaba nahm im Geschäftsjahr 2016 stärker als erwartet ab. Der Rückgang der Bilanzsumme ist maßgeblich auf die Reduzierung der Forderungen an Kreditinstitute sowie einen Abbau der Handelsaktiva zurückzuführen.

Ertragslage der Segmente

Zum Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 549 Mio. € (2015: 596 Mio. €) trugen die einzelnen Segmente wie folgt bei:

in Mio. €

	2016	2015
Immobilien	407	380
Corporate Finance	– 42	115
Financial Markets	126	127
Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft	101	140
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	22	27
Sonstige	– 149	– 253
Konsolidierung/Überleitung	84	60
Konzern	**549**	**596**

Segment Immobilien

Im Segment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Diesem Geschäftssegment sind auch die immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen (OFB-Gruppe und GWH-Gruppe) zugeordnet.

Im Immobilienkreditgeschäft hat sich das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 6 % auf 10,4 Mrd. € erhöht und liegt damit deutlich über dem Planwert. Das Neugeschäft enthält einen hohen Anteil vorfälliger Umfinanzierungen und ist begleitet von hohen vorzeitigen Tilgungen, so dass sich das Kundenvolumen seitwärts entwickelt hat. Bei rückläufigen Neugeschäftsmargen verringerte sich die Zinsmarge im Bestand. Der Zinsüberschuss reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 7 %.

Die Risikovorsorge liegt mit – 3 Mio. € deutlich niedriger als im Vorjahr. Ein im Plan erwarteter Anstieg der Risikovorsorge auf – 97 Mio. € ist nicht eingetreten.

Die Erträge aus dem Immobilienmanagement und den immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen entwickelten sich leicht über Vorjahresniveau.

Im Verwaltungsaufwand steht einem Anstieg im Immobilienkreditgeschäft um 1,8 % ein in etwa gleich starker Rückgang bei den immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen gegenüber.

Das Ergebnis des Segments beträgt vor Steuern 407 Mio. € und liegt 7 % über dem Ergebnis aus 2015 (380 Mio. €). Das Ergebnis liegt damit deutlich über den Erwartungen.

Segment Corporate Finance

Im Segment Corporate Finance werden die Ergebnisse des Geschäftsbereichs Corporate Finance, die Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING sowie weitere konsolidierte Beteiligungen gezeigt.

Im Bereich Corporate Finance liegt das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft mit 4,3 Mrd. € um rund 21 % unter dem Vorjahresniveau und damit um 9 % unter dem Planwert. Die Kundenforderungen insgesamt stiegen dennoch leicht an. Bei leicht rückläufigen Margen entwickelte sich auch der Zinsüberschuss mit rund 4 % leicht rückläufig.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft liegt mit – 226 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert (2015: – 93 Mio. €) und auch über dem Plan. Die Risikovorsorge in diesem Segment ist wesentlich geprägt durch Wertberichtigungen auf Schiffsfinanzierungen.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis ist ein ungeplanter Einmaleffekt aus einer Zuführung zu Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Verkauf der HANNOVER LEASING in Höhe von – 47 Mio. € enthalten.

Der Anstieg im Verwaltungsaufwand um – 7 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus allgemeinen Kostensteigerungen und einer gestiegenen Overhead-Umlage.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments liegt mit – 42 Mio. € unter dem Ergebnis aus 2015 (115 Mio. €). Es liegt insbesondere aufgrund der Risikovorsorge deutlich unter den Erwartungen.

Segment Financial Markets
Das Geschäftssegment enthält die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Finanzinstitute und ausländische Gebietskörperschaften. Im Segment werden auch die Ergebnisse aus dem Asset Management mit institutionellen Anlegern abgebildet, die in der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH betreut werden.

Der Zinsüberschuss im Segment resultiert wesentlich aus dem Kreditgeschäft mit in- und ausländischen Gebietskörperschaften sowie dem Geldhandel mit Kunden. Das inländische Kommunalkreditgeschäft verlief in 2016 mit einem Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft in Höhe von 1,0 Mrd. € deutlich über Plan. Mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wurden in 2016 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse in Höhe von 0,1 Mrd. € getätigt. Belastend wirkte sich in diesem Segment die verhaltene Nachfrage nach Zinsprodukten aus. Der Zinsüberschuss stieg gegenüber dem Vorjahr um 16 Mio. € an, blieb aber hinter den Planungen zurück.

Der Provisionsüberschuss im Segment wird maßgeblich durch das Asset Management sowie das Kundengeschäft im Kapitalmarktgeschäft erzielt und liegt auf dem Vorjahresniveau.

Das Handelsergebnis im Segment hat sich in 2016 gegenüber dem Vorjahreswert erwartungsgemäß reduziert. Durch eine deutliche Verringerung der Handelsaktiva sanken die Ergebnisbeiträge aus der Marktbewertung. Aus der Bewertung von OTC-Derivaten mit Hilfe der Overnight-Index-Swap-Kurve (OIS) sowie der Ermittlung der Credit Value Adjustments (CVA) und Debit Value Adjustments (DVA) resultierte ebenfalls ein niedrigerer Ergebniseffekt. Der Rückgang im Ergebnis fiel mit –51 Mio. € weniger stark als erwartet aus, da die Kundenbeiträge leicht gesteigert wurden.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen beträgt 33 Mio. €; es enthält eine Zuschreibung in Höhe von 28 Mio. € auf eine Anleihe der HETA Asset Resolution AG. Für diese Anleihe wurde im Vorjahr eine Abschreibung gebildet.

Im Verwaltungsaufwand des Segments schlug sich eine reduzierte Overhead-Umlage entlastend nieder.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments in Höhe von 126 Mio. € liegt auf dem Niveau des Vorjahreswerts und deutlich über dem Planwert.

Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft
In diesem Segment werden die Ergebnisse der Frankfurter Sparkasse, der Verbundbank, der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) sowie der Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft (FBG) abgebildet.

Das Zinsergebnis im Segment liegt mit 353 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresniveau (2015: 399 Mio. €). Sinkende Zinsüberschüsse aus dem Retail-Geschäft der Frankfurter Sparkasse, niedrigere Zinsüberschüsse der LBS und niedrigere Zinserträge aus dem Verbundbankgeschäft belasteten das Segment.

Die Risikovorsorge im Segment lieferte einen positiven Beitrag von 10 Mio. € (2015: 11 Mio. €), was im Wesentlichen auf ungeplante Auflösungen in der Frankfurter Sparkasse zurückzuführen ist.

Der Provisionsüberschuss in der Verbundbank und der LBS ist gegenüber dem Vorjahr um 5 % angestiegen, liegt insgesamt aber unter dem geplanten Wert.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO enthält 15 Mio. € Erträge aus den Spezialfonds der Frankfurter Sparkasse.

Der Anstieg des Verwaltungsaufwands um –13 Mio. € beziehungsweise 3 % resultiert aus der Verbundbank und der Frankfurter Sparkasse und entspricht dem geplanten Anstieg in diesem Segment.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft liegt mit 101 Mio. € unterhalb des Vorjahresergebnisses (2015: 140 Mio. €), aber oberhalb der Planung.

Segment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft
Im Segment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) dargestellt.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Das Geschäftsjahr war insbesondere durch den Ausbau der Infrastrukturförderung geprägt, während das weiter anhaltende Niedrigzinsumfeld das Fördergeschäft in einzelnen Bereichen belastet. Das Zinsergebnis ist gegenüber dem Jahr 2015 um –5 Mio. € auf 46 Mio. € zurückgegangen. Diese Entwicklung ergab sich im Wesentlichen durch das Auslaufen von margenstarkem Altgeschäft.

Der Rückgang des Provisionsüberschusses um –3 Mio. € auf 39 Mio. € ist im Wesentlichen auf die gesunkene Dienstleistungsvergütung des Landes Hessen zurückzuführen. Diese Entwicklung ist insbesondere bedingt durch die rückläufigen Erstattungen der Projektaufwendungen für die mittlerweile technisch fortgeschrittene Umstellung der Förderprogramme auf die neue EU-Förderperiode.

Gleichzeitig ergibt sich im Verwaltungsaufwand ein Rückgang vor allem durch geringere IT-Projektaufwendungen, denen höhere Gebäudekosten gegenüberstehen.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment liegt mit 22 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis (2015: 27 Mio. €), aber über dem Plan.

Segment Sonstige
Im Segment Sonstige sind die nicht den anderen Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst dieses Segment die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den anderen Segmenten zugeordnet werden können.

Im Cash Management reduzierte sich das Zinsergebnis durch die negativen Kurzfristzinsen gegenüber dem Vorjahr um –8 Mio. €. Dagegen konnten aus der Anlage von Eigenmitteln in den Spezialfonds gegenüber dem Vorjahr höhere Zinserträge erzielt werden.

Die Risikovorsorge in diesem Segment enthält in 2016 die Auflösung (64 Mio. €) einer im Vorjahr gebildeten PoWB (2015: –93 Mio. €). Im Vorjahr enthielt diese Position eine Zuführung für Risiken, die noch nicht konkreten Einzelengagements zuordenbar waren. Diese Vorsorge wurde in 2016 einzelnen Engagements und Segmenten zugeordnet.

Der Provisionsüberschuss im Cash Management erhöhte sich um 3 Mio. €, erreicht den Planwert aber nicht. Der Provisionsüberschuss im gesamten Segment stieg gegenüber dem Vorjahr um 4 Mio. €.

Das sonstige betriebliche Ergebnis enthält eine ungeplante Abschreibung auf den Firmenwert der Frankfurter Sparkasse in Höhe von –31 Mio. €.

Im Segment Sonstige werden neben den nicht auf die Geschäftsbereiche umgelegten Kosten der Corporate Center auch weitere zentrale Strukturkosten abgebildet. Im Segment wird auch die auf das Einzelinstitut entfallende Bankenabgabe mit –35 Mio. € (2015: –26 Mio. €) abgebildet. Ebenfalls zentral abgebildet wird der Aufwand für regulatorisch getriebene Großprojekte. Der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen um 15 % auf –168 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus höheren IT-Kosten sowie höheren Projektkosten in den Corporate Centern.

Das Ergebnis des Segments liegt bei –149 Mio. € (2015: –253 Mio. €) und wird damit gegenüber dem Vorjahr wesentlich durch Entlastungen der zentral abgebildeten Portfoliowertberichtigung bestimmt.

Konsolidierung/Überleitung
In der Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, die zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls hier berichtet. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Das Ergebnis aus der Konsolidierung/Überleitung stieg gegenüber dem Vorjahr auf 84 Mio. € (2016: 60 Mio. €) an.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2016 nicht ergeben.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsgemäßen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, den Risikoappetit, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba und in den in das konzernweite Risikomanagement eingebundenen Unternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung im Vorstand dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie des Helaba-Konzerns sind eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Wesentliche risikostrategische Ziele der Helaba-Gruppe sind die Sicherstellung eines konservativen Risikoprofils, der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie die Gewährleistung der Risikotragfähigkeit bei gleichzeitiger Erfüllung aller regulatorischen Anforderungen. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen zur Risikosteuerung verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung sowie die dafür notwendigen Systeme stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung
Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie und gleichzeitig den Risikoappetit fest. Durch die Einrichtung eines effizienten Risikomanagementprozesses trägt er für deren Einhaltung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Tochterunternehmen unter Berücksichtigung ihrer Wesentlichkeit und der rechtlichen Möglichkeiten in das Kontrollinstrumentarium für die einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz
Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz
Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung. Ein entsprechender Kontrollprozess zur Beurteilung von Reputationsrisiken im Neugeschäft ist implementiert.

Klare Kompetenzen
Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung („Three lines of Defense“)
Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort implementiert, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen. Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten für die Risikoidentifikation und -steuerung, die Risikoquantifizierung sowie die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling und das Risikoreporting folgen einem „Three lines of Defense“-Konzept (Markt und Marktfolge, überwachende Einheiten einschließlich Risikocontrolling sowie Revision).

Transparenz
Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien, der Bankenaufsicht sowie der Öffentlichkeit durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz
Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch der Risikosteuerung) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit
Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen
Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des regulatorischen Kapitals erfolgen nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) und berücksichtigen die Vorgaben aus dem aufsichtlichen Überprüfungsprozess (SREP).

Risikobewusstes Verhalten
Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängen von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab. Die Einhaltung der Disziplin wird durch die Involvierung aller verantwortlichen Beteiligten in die wesentlichen Risikoentscheidungsprozesse, entsprechende Vergütungsstrukturen und regelmäßige, unabhängige Prüfungen unterstützt.

Prüfung
Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der Aktivitäten und Prozesse berücksichtigt werden. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten
Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird regelmäßig, gegebenenfalls auch anlassbezogen, überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage des Helaba-Konzerns und des Helaba-Einzelinstituts wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden für den Helaba-Konzern und das Helaba-Einzelinstitut (mit Ausnahme des Immobilienrisikos) identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das ökonomische Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter. Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Residualrisiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.

- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, zu ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.

- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Residualrisiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.

- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.

- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Dies beinhaltet

auch das Reputationsrisiko, wenn dieses ursächlich auf ein operationelles Risiko zurückzuführen ist. Das operationelle Risiko umfasst auch die folgenden Risiken:

- Das Rechtsrisiko ist definiert als das Risiko von Verlusten für die Bank aufgrund der Verletzung von rechtlichen Bestimmungen, die zu Rechtsprozessen oder eigenen Handlungen zur Abwendung solcher Verluste führen kann. Bonitätsbedingte Verletzungen von Verträgen (zum Beispiel Kreditverträge) fallen nicht unter diese Definition.
- Das Verhaltensrisiko ist definiert als die aktuelle oder potenzielle Gefahr von Verlusten für ein Institut infolge eines unangemessenen Angebots von Finanz-/Bankdienstleistungen, einschließlich von Fällen bewussten oder fahrlässigen Fehlverhaltens.
- Das Modellrisiko umfasst für die Helaba-Gruppe zwei unterschiedliche Aspekte:
  1. Zum einen umfasst das Modellrisiko das Risiko der Unterschätzung von Eigenmittelanforderungen infolge der Nutzung von Modellen zur Quantifizierung von Risiken. Damit einher geht auch der Umstand, dass ein Modell die Realität nie gänzlich wiedergibt. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird in der Helaba-Gruppe über einen Risikopotenzialaufschlag für die wesentlichen Risikoarten in der ökonomischen Risikosteuerung abgebildet.
  2. Zum anderen umfasst das Modellrisiko die Verlustrisiken im Zusammenhang mit der Entwicklung, Implementierung oder unangemessenen Nutzung etwaiger anderer Modelle (nicht unter 1. fallende Modelle) durch das Institut zum Zwecke der Entscheidungsfindung. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird im operationellen Risiko berücksichtigt.
- Das Risiko aus dem Einsatz der Informationstechnologie (IT) ist definiert als die Gefahr von Verlusten aus dem Betrieb und der Entwicklung von IT-Systemen (zum Beispiel technische Umsetzung fachlicher Anforderungen, technische Ausgestaltung für die Bereitstellung, Betreuung sowie Entwicklung von Soft- und Hardware). Die Gefahr von Verlusten besteht in der Verletzung der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit oder Integrität von Daten oder unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung.
- Das Informationssicherheits-Risiko (IS-Risiko) umfasst die Gefahr von Verlusten aus der Beeinträchtigung schutzwürdiger Informationen, die sich durch Ausnutzung technischer, prozessualer oder organisatorischer Schwachstellen ergeben können. Hierbei besteht die Gefahr von Verlusten, die sich aus der Verletzung der Verfügbarkeit, der Vertraulichkeit oder der Integrität von Informationen oder einem unvorhergesehenen Mehraufwand in der Informationsverarbeitung sowie durch Angriffe von außen (so genannte Cybercrimes) ergeben können.
- Das Outsourcing-Risiko ist definiert als die Gefahr von Verlusten, resultierend aus Vertrags-, Lieferanten- und Leistungsrisiken sowie Risiken aus der Nichteinhaltung regulatorischer Vorgaben, die bei externem Leistungsbezug auftreten können.

- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.

- Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden, soweit das Reputationsrisiko nicht ursächlich auf ein operationelles Risiko zurückzuführen ist.

- Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht etwaige Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung der risikoartenübergreifenden Stress-Szenarien der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten implizit berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation
Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise für die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig. Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen. Daneben führt auch die jährlich durchzuführende beziehungsweise anlassbezogene Risikoinventur in der Helaba-Gruppe dazu, dass bisher unbekannte Risiken identifiziert und im Falle der Wesentlichkeit in den Risikomanagementprozess aufgenommen werden.

2. Risikoquantifizierung
Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz. Das aus dem Einsatz von Modellen resultierende und im Rahmen von Validierungen sich bestätigende Modellrisiko deckt die Bank über entsprechende Auf- beziehungsweise Abschläge ab.

3. Risikosteuerung
Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting
Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien
Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Ziele sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem beschließt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Neben dem Risikoausschuss operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegen die Überwachung der Marktpreisrisiken einschließlich der dazugehörenden Limitauslastung sowie die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegt die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie der Syndizierungs-, Platzierungs- und Länderrisiken. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt, die vom Vorstand verabschiedet werden.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen über 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt für die Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine juristische oder ökonomische Wesentlichkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Im Geschäftsjahr 2016 wurde neben der Helaba (einschließlich der WIBank und der LBS) die Frankfurter Sparkasse vollumfänglich in die Einzelrisikosteuerung eingebunden. Die Einbindung weiterer gruppenangehöriger Gesellschaften in die Einzelrisikosteuerung wird entsprechend ihren wesentlichen Risikoarten vorgenommen.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und Risikosteuerung ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikosteuerung beziehungsweise die Risikoüberwachung verantwortlich:

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung (Kommunalkredite)	Risikocontrolling (Gesamtbankportfolioebene), Credit Risk Management (Einzelengagementebene und Einzelportfolioebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiko	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling
Liquiditätsrisiko	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling
Operationelles Risiko	Alle Bereiche	Risikocontrolling, Recht (Rechtsrisiko), Organisation und Informatik (IT-Risiken), Information Security Management (IS-Risiken), Zentrales Sourcing Management (Outsourcing-Risiko)
Geschäftsrisiko	Marktbereiche	Risikocontrolling
Immobilienrisiko	Unternehmerisch selbstständige Tochtergesellschaften ▪ Operativ: in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung ▪ Strategisch: durch die Aufsichtsgremien der Gesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement	Risikocontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei.

Interne Revision

Die interne Revision ist direkt dem Vorstand unterstellt und prüft und beurteilt weisungsunabhängig die Aktivitäten und Prozesse der Bank sowie von risikoorientiert ausgewählten Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind dabei besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung werden nach einheitlichen Standards dokumentiert. Der Vorstand sowie die Verantwortlichen der geprüften Bereiche erhalten aussagekräftige Prüfungsberichte. Die interne Revision berichtet dem Verwaltungsrat quartalsweise über die wesentlichen Prüfungsergebnisse.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, MaRisk-Compliance sowie Informationssicherheitsmanagement

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, der Compliance-Stelle Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), des Informationssicherheitsmanagements sowie des Datenschutzbeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMaAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und der Marktmanipulation und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz einer Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen. Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verantwortet außerdem die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit (FATCA) sowie aus dem internationalen automatischen Steuerdatenaustausch (AEOI).

Die MaRisk-Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Umsetzung und Einhaltung der unter Risikogesichtspunkten identifizierten wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben hin und führt Kontrollhandlungen durch. In diesem Zusammenhang kontrolliert und bewertet die MaRisk-Compliance-Funktion regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Geschäftsprozesse und Verfahrensweisen zur Umsetzung und Einhaltung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben in der Bank.

Die Information-Security-Management-Funktion verantwortet die adäquate Steuerung, Koordination und Weiterentwicklung des Informationssicherheitsmanagements in Abstimmung mit der Geschäftsstrategie, der IT-Strategie und der Risikomanagementstrategie der Bank. Hierzu ermittelt und bewertet die Funktion die Risiken der Informationssicherheit im Rahmen eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) und entwickelt relevante Maßnahmen und Kontrollen zur nachhaltigen Risikoreduzierung beziehungsweise Risikoüberwachung. Auch die Ableitung und Definition notwendiger Sicherheitsanforderungen aus relevanten Gesetzen und Verordnungen (Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), IT-Sicherheitsgesetz, Mindestanforderungen an die Sicherheit von Internetzahlungen (MaSI), MaRisk etc.), die regelmäßige Analyse von Schutzbedarfsklassifizierungen und Infrastrukturen sowie die Abstimmung hierfür angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung eines angemessenen Sicherheitsniveaus in der Bank werden durch die Information-Security-Management-Funktion dauerhaft gewährleistet.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung datenschutzrechtlicher Anforderungen hin. Sie fungiert hierbei als feste Ansprechpartnerin des Vorstands und der Bankangestellten für jegliche Fragen zum Thema Datenschutz. Sie führt eine Verfahrensübersicht (§ 4g Abs. 2 BDSG) und überwacht die ordnungsgemäße Anwendung von Datenverarbeitungsprogrammen (§ 4g Abs. 1 Nr. 1 BDSG). Ebenso führt sie Vorabkontrollen durch und stellt eine regelmäßige Schulung und Sensibilisierung der Bankmitarbeiter zum Thema Datenschutz sicher.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung der regulatorischen Eigenmittel Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgröße ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden regelmäßig die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0 %-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz regelmäßig auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die Einhaltung der regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen der Eigenkapitalquoten. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollauslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen, die das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS berücksichtigt. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmasse angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2016 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert das konservative Risikoprofil der Helaba. Dies gilt analog für die Risikotragfähigkeitsrechnung des Helaba-Einzelinstituts.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 3,5 Mrd. € (2015: 3,2 Mrd. €). Im Liquidationsansatz für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 7,1 Mrd. € (2015: 6,6 Mrd. €).

Die im Rahmen der simulierten Stress-Szenarien erreichten Kapitalquoten liegen deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen beziehungsweise zum Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und somit einbezogen in das aus den elf Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen bestehende Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe.

Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge nach aufsichtsrechtlich definierten Risikogrößen. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz setzt in Deutschland die Anforderungen der EU-Richtlinie über Einlagensicherungssysteme um. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem fristgerecht an die geänderten rechtlichen Vorgaben angepasst. Insbesondere wurde zusätzlich zur Institutssicherung eine Einlagensicherung zum Schutz entschädigungsfähiger Einlagen bis zu 100.000 € pro Kunde installiert. Im Helaba-Konzern belaufen sich die gedeckten Einlagen auf insgesamt 15,1 Mrd. €. Die bis zum Jahr 2024 anzusparende Zielausstattung des Sicherungssystems wurde zudem vergrößert und auf eine geänderte Bemessungsgrundlage umgestellt. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes anerkannt.

Darüber hinaus gehören die Helaba und die Frankfurter Sparkasse satzungsrechtlich dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung. Er sichert die Verbindlichkeiten der Helaba und der Frankfurter Sparkasse gegenüber Kunden einschließlich Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und sonstigen institutionellen Anlegern sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Ausgenommen hiervon sind unabhängig von ihrer Restlaufzeit Verbindlichkeiten, die bei den Instituten als Eigenmittelbestandteile im Sinne von § 10 KWG dienen oder gedient haben, wie Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, Genussrechtsverbindlichkeiten sowie nachrangige Verbindlichkeiten. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 ‰ des Gesamtrisikobetrags der angeschlossenen Institute und betrug Ende 2016 insgesamt 522 Mio. € (31. Dezember 2015: 521 Mio. €).

Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) haben jeweils einseitig einen zusätzlichen regionalen Reservefonds für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung durch das Land Hessen.

Adressenausfallrisiko

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft.

Basel III/CRR
Die Helaba wendet den IRB-Ansatz an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem regulatorischen Rechenkern sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System
Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlimite auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlimite werden alle Arten von Krediten gemäß Artikel 389f der CRR, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften, Kontokorrent-Intraday-Risiken sowie so genannte Additional Risks aus Konstrukten werden als wirtschaftliche Risiken genehmigt und auf separate Limite angerechnet.

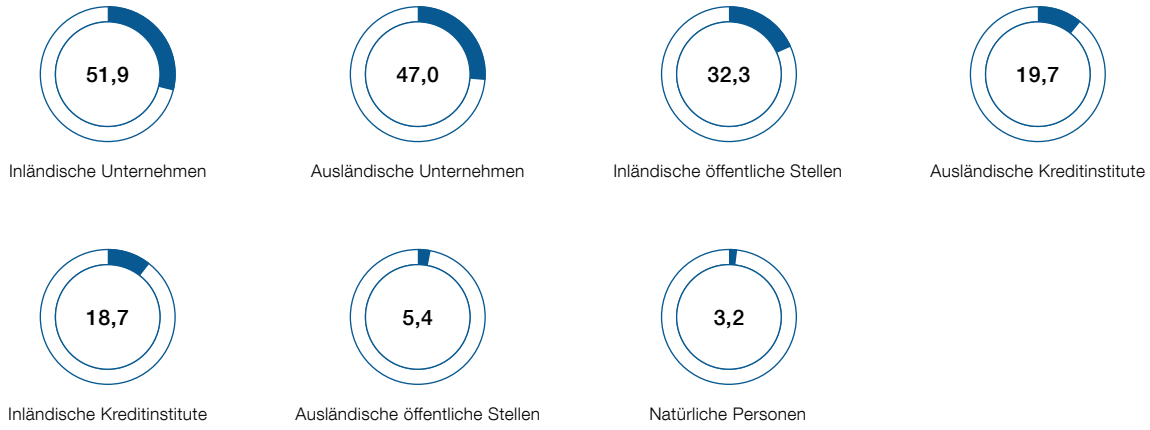
Die genehmigten Gesamtlimite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der CRR ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden als indirekte wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien sowie Lastschrifteinreicher-Risiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2016 des engen Konzernkreises (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services) in Höhe von 178,2 Mrd. € (31. Dezember 2015: 184,6 Mrd. €), aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt. Das Gesamtkreditvolumen entspricht dem gemäß den geltenden Rechtsnormen für Großkredite ermittelten Risikopositionswert vor Anwendung der Ausnahmen zur Ermittlung der Großkreditobergrenzenauslastung und vor Anwendung von Kreditminderungstechniken.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (enger Konzernkreis)
Grafik 1 in Mrd. €



Entsprechend dem Geschäftsmodell liegt der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten der Helaba zum 31. Dezember 2016 bei Finanzinstitutionen (insbesondere im Kreditgewerbe), im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie bei öffentlichen Stellen.

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die regionale Verteilung des Gesamtkreditvolumens auf Basis des Sitzlands des Kreditnehmers:

Anteil in %

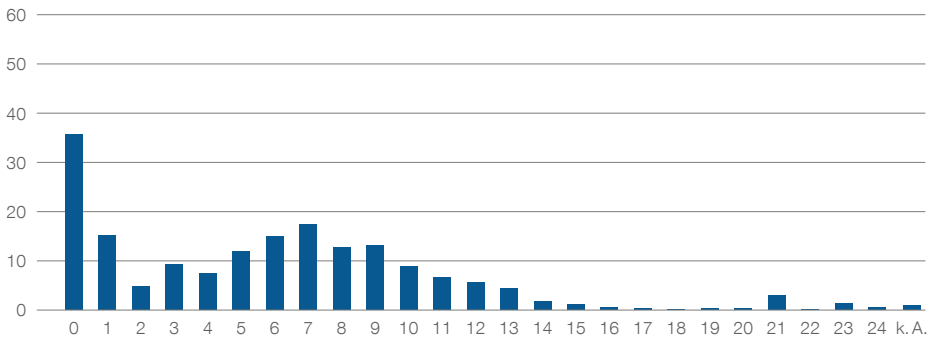
Ländercluster	31.12.2016	31.12.2015
Deutschland	59,42	60,49
Westeuropa	18,89	18,88
Skandinavien	2,70	2,37
Restliches Europa	4,20	4,38
Europa	**85,21**	**86,12**
Nordamerika	13,52	12,47
Restliche Welt	1,27	1,43

Danach liegt der Schwerpunkt unverändert in Deutschland sowie weiteren ausgewählten westeuropäischen Staaten. Auf Großbritannien entfällt ein Anteil von 4,4 % (31. Dezember 2015: 4,3 %).

Bonitäts-/Risikobeurteilung
Die Bank verfügt über 14 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie zwei selbst entwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zu.

Im engen Konzernkreis (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services) teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 178,2 Mrd. € (31. Dezember 2015: 184,6 Mrd. €) nach Ausfall-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

Gesamtkreditvolumen nach Ausfall-Rating-Klassen (enger Konzernkreis)
Grafik 2 in Mrd. €



Sicherheiten
Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Kreditrisikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des turnusmäßigen oder anlassbezogenen Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach CRR ausschöpfen zu können. Es stellt den Datenbestand zur Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen bereit.

Länderrisiken
Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter oder des Leasingnehmers beziehungsweise bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2016 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Der Vorstand legt für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer, insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen) Länderlimite fest. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Sublimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich vom Bereich Volkswirtschaft/Research ermittelt und vom Bereich Credit Risk Management final festgelegt. Der Kreditmanagementausschuss unterbreitet auf dieser Basis unter Einbeziehung bankspezifischer, geschäftspolitischer und risikomethodischer Überlegungen einen Länderlimitvorschlag, auf dessen Basis der Gesamtvorstand die Limite für die einzelnen Länder festsetzt.

Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen (22 – 24) hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen der Helaba im engen Konzernkreis an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 48,7 Mrd. € (31. Dezember

2015: 49,2 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (79,9 %) und Nordamerika (17,5 %). Sie sind per 31. Dezember 2016 zu 74,4 % (31. Dezember 2015: 91,9 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 25,4 % (31. Dezember 2015: 7,9 %) werden in den Rating-Klassen 2 – 13 generiert. Lediglich 0,2 % (31. Dezember 2015: 0,2 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet. Die leichte Verschlechterung der guten Rating-Struktur resultiert aus einem Rating-Downgrade Großbritanniens von Rating-Klasse 1 auf 2.

Engagements in Großbritannien
Per 31. Dezember 2016 beträgt das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in Großbritannien 7,9 Mrd. € (31. Dezember 2015: 8,1 Mrd. €). Im Übrigen hatte das EU-Austritts-Votum Großbritanniens („Brexit") keine wesentlichen Auswirkungen auf das Adressenausfallrisiko.

Kreditrisikoprozesse und Organisation
Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Organisationsrichtlinien für das Kreditgeschäft festgelegt.

Genehmigungsverfahren
Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Risiko- und Kreditausschusses des Verwaltungsrats; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Vorstands-Kreditausschuss, einzelne Vorstandsmitglieder, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Marktfolge-Bereich. Der Vertreter des jeweiligen Marktfolge-Bereichs hat dabei im Rahmen eines Eskalationsprozesses stets ein Vetorecht. In letzter Instanz entscheidet der Gesamtvorstand.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Gruppe verbundener Kunden die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch Einsatz des Global-Limit-Systems gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Gruppe verbundener Kunden zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken
Die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken erfolgt über den regulatorischen Rechenkern. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGD). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß CRR vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet.

In der internen Steuerung werden Adressenausfallrisiken mit einem Value-at-Risk-Ansatz ermittelt. Dafür wird ein CreditMetrics-basiertes Simulationsverfahren (Monte-Carlo-Simulation) unter Berücksichtigung von Migrations- und LGD-Risiken verwendet. Der ermittelte Value-at-Risk gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die innerhalb eines Jahres mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Als Risikoparameter werden neben den internen Rating-Verfahren auch intern geschätzte LGD-Parameter sowie empirisch gemessenen Korrelationswerte herangezogen. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe des Risikomodells ermittelte Value-at-Risk (VaR) ein Maß für den maximalen Verlust (expected und unexpected) dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 95,0 % (Fortführungsansatz) beziehungsweise 99,9 % (Liquidationsansatz) auf Basis des zugrunde gelegten Beobachtungszeitraums von einem Jahr nicht überschritten wird. Durch die Berücksichtigung von empirischen Korrelationen wird das simultane Eintreten einzelner Kreditevents (systematisches Risiko) abgebildet.

Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-Situationen aufzuzeigen. Dafür werden die Risikoparameter szenarioabhängig modelliert.

Die beschriebene Simulationsmethodik wurde erstmals zum 30. September 2016 produktiv verwendet und löste das bisher verwendete Verfahren ab, welches als Grundlage die (angepasste) CRR-Formel nutzte.

Im Basisszenario der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Adressenausfallrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial von 561 Mio. € (31. Dezember 2015: 824 Mio. €). Die Reduktion resultiert dabei im Wesentlichen (rund 80 %) aus der Umstellung der Methodik auf das Simulationsmodell.

Risikovorsorge
Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Beteiligungsrisiko
Unter dem Beteiligungsrisiko werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden die für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und rechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert (Einzelrisikosteuerung), ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach CRR der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios ist im Vergleich zum Jahresende 2015 nahezu unverändert. Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Beteiligungsrisiken für den Konzern ein gegenüber dem Jahresende 2015 unverändertes ökonomisches Risikopotenzial von 10 Mio. € (31. Dezember 2015: 10 Mio. €).

Marktpreisrisiko

Risikosteuerung
Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis der Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den zum Handelsbuch gehörenden Rückflussbestand eigener Emissionen.

Limitierung von Marktpreisrisiken
Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Risikoausschuss auf Empfehlung des Dispositionsausschusses Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und der Gruppe sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung
Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Hierzu gehören neben der Risikoquantifizierung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“

verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung und Risikoquantifizierung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Stichtagsbetrachtung der eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2016 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Aktienpositionen im Bankbuch wurden deutlich zurückgeführt. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung eingesetzt. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 90 % (31. Dezember 2015: 84 %) auf Positionen in Euro und 6 % (31. Dezember 2015: 9 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken und Britischen Pfund. Das Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 12 Mio. € (31. Dezember 2015: 15 Mio. €). Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9 %-Konfidenzniveau 136 Mio. € (31. Dezember 2015: 201 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 395 Mio. € (31. Dezember 2015: 433 Mio. €). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das gesunkene inkrementelle Risiko zurückzuführen.

Konzern-MaR nach Risikoarten in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Gesamt	**92**	**89**	**88**	**69**	**0**	**1**	**4**	**19**
Handelsbuch	28	29	26	27	0	0	2	2
Bankbuch	67	67	64	49	0	1	2	17

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere wird insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen eingesetzt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Internes Modell gemäß Capital Requirements Regulation (CRR)

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß CRR, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 3 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut) für das Geschäftsjahr 2016 dargestellt. Im Gesamtjahr 2016 betrug das durchschnittliche MaR 25 Mio. € (2015: 26 Mio. €), der maximale Wert 33 Mio. € (2015: 34 Mio. €) und der minimale Wert 19 Mio. € (2015: 11 Mio. €). Die sich gegenüber 2015 auf ein ähnliches Niveau belaufenden Risikowerte sind auf weiterhin hohe Volatilitäten in Verbindung mit dem Niedrigzinsniveau zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2016
Grafik 3

Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikoquantifizierung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikoquantifizierung in den Standorten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch.

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2016

ø MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Zinsänderungsrisiko	26	16	22	26	21	29	25	25	23	24
Währungsrisiko	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktienrisiko	2	1	2	2	2	2	2	2	2	2
Gesamtrisiko	**28**	**17**	**24**	**28**	**23**	**31**	**27**	**27**	**25**	**26**

Anzahl der Handelstage: 253 (2015: 251)

Für die Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr jeweils ein MaR von 0 Mio. €.

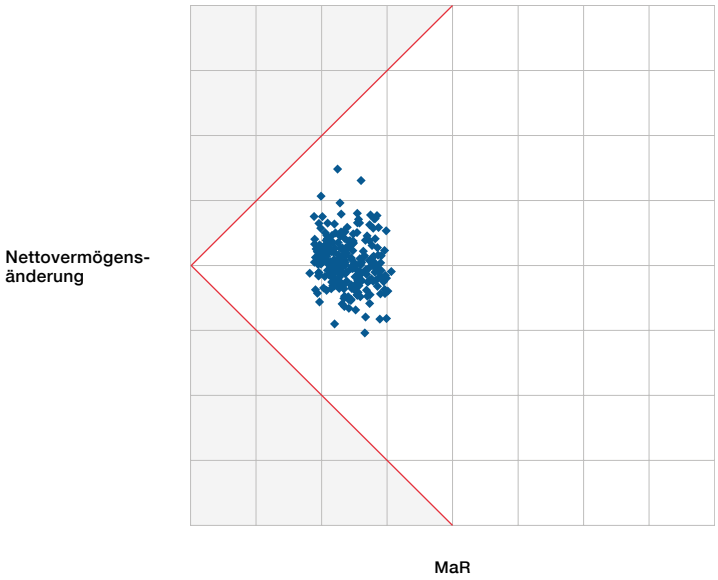
Backtesting

Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenz-

niveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 4 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2016 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2015: ein negativer Ausreißer).

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2016
Grafik 4



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko traten im aufsichtsrechtlichen Backtesting im Jahr 2016 keine negativen Ausreißer auf (2015: keine negativen Ausreißer).

Stresstestprogramm
Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikoquantifizierung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken (inklusive Zinsänderungsrisiken) im Bankbuch
Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Täglich erstellte Fristenablaufbilanzen, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist, ergänzen dabei die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikokennzahlen. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks

gefordert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2016 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 261 Mio. € führen (31. Dezember 2015: 285 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 249 Mio. € (31. Dezember 2015: 270 Mio. €) und auf Fremdwährungen 12 Mio. € (31. Dezember 2015: 15 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung
Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten werden regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durchgeführt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Sicherung der Liquidität im Sinne der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit sowie der Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Refinanzierungsmittel besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2016 jederzeit vollumfänglich gewährleistet. Die Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken werden im Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) zusammengeführt und regelmäßig umfassend validiert.

Steuerung und Überwachung
Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit, für mögliche Kostenrisiken der Refinanzierung und für eine unabhängige Überwachung dieser Risiken verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des konzernweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewendeten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung für die kurzfristige Zahlungsfähigkeit und die strukturelle Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die zentrale Steuerung des Liquiditätsabsicherungsbestands sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der LCR als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die Kostenverrechnung ist durch ein Liquiditätstransferpreissystem geregelt.

Der Bereich Risikocontrolling berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die mögliche Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko
Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren (Liquiditätsabsicherungsbestand), der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken verwendet werden (zum Beispiel Repos und Verpfändungen) und damit belegt sind, werden vom freien liquiden Wertpapierbestand abgezogen. Dies betrifft auch Wertpapiere, die als Liquiditätspuffer für die Intra-Day-Liquiditätssteuerung bevorratet werden. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die Helaba verfügt über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf

die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Die bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen hat die Helaba 2016 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von fünf Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 20 % (31. Dezember 2015: 45 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 24 % (31. Dezember 2015: 46 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2016 bei 27 % (2015: 28 %).

Parallel zum internen Modell steuert die Bank die kurzfristige Liquidität entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben der Liquidity Coverage Ratio (LCR). Die LCR lag 2016 stets über der aufsichtsrechtlich relevanten Mindestgröße von 70 %.

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über unbesicherte und besicherte Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Offenmarktgeschäfte beziehungsweise Fazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Außerbilanzielle Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. Die zu bevorratende Liquidität wird mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,6 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist eine Erhöhung um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2015) kein Liquiditätsabruf aus Standby-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem (ZDS) die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba, das im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsabsicherungsbestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung umfasst. Die Steuerung des Refinanzierungsrisikos basiert auf Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätsinkongruenzen limitiert sind. Durch eine Diversifikation der Funding-Quellen vermeidet die Bank entstehende Konzentrationsrisiken in der Liquiditätsbeschaffung. Die Überwachung obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Quantifizierung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Das skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2016 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos (Refinanzierungsrisiko), die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten. Die Helaba unterhält zudem ein Liquiditätstransferpreissystem zur Verrechnung von Liquiditätskosten. Verrechnet werden sowohl die Kosten der Refinanzierung als auch die Kosten des Liquiditätsabsicherungsbestands.

Operationelles Risiko

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit den regulatorischen Anforderungen verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken identifiziert, gesteuert und überwacht.

Die Steuerung und Überwachung operationeller Risiken werden in der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Die Überwachung operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikocontrolling angesiedelt.

Instrumentarium
Die Helaba wendet den Standardansatz für die regulatorische Eigenmittelunterlegung an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch sind ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten und ihre Steuerung auf Basis von Maßnahmen möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des selbst entwickelten Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird. Die Quantifizierungsmethodik fußt auf einem Modellierungsansatz, der interne und externe Schadensfälle sowie von den Geschäftseinheiten erstellte und vom Bereich Risikocontrolling plausibilisierte Risikoszenarien umfasst.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank sowie einer zentralen Anwendung für das Risikoberichtswesen.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung
In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss, der eingerichtete Steuerungskreis Operationelle Risiken und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Das Risikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VöB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung
Die Quantifizierung operationeller Risiken erfolgt für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest im Rahmen eines internen Modells auf Basis eines Verlustverteilungsansatzes, in den interne und externe Schadensfälle sowie Risikoszenarien zur Ermittlung des unerwarteten Verlusts (ökonomisches Risikopotenzial) einfließen. Dies beinhaltet auch interne Schadensfälle und Risikoszenarien aus operationellen Risiken, die ursächlich auf die vorgenannten Subrisiko-Kategorien, unter anderem Rechts-, Informationssicherheits- und IT-Risiken, zurückzuführen sind. Die nachfolgende Übersicht enthält das Risikoprofil für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest sowie für die übrigen in die Einzelrisikosteuerung eingebundenen Unternehmen des Helaba-Konzerns:

Operationelle Risiken – Risikoprofil

Ökonomisches Risikopotenzial – Basisszenario in Mio. €

	Stichtag 31.12.2016	Stichtag 31.12.2015
	VaR 95,0 %	VaR 95,0 %
Einzelinstitut	36	37
Frankfurter Sparkasse, Helaba Invest und übrige Unternehmen der Einzelrisikosteuerung	37	34
Enger Konzernkreis	**73**	**71**

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus operationellen Risiken für den Konzern ein unerwarteter Verlust (ökonomisches Risikopotenzial) in Höhe von 73 Mio. € (2015: 71 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktualisierung der Risikoszenarien bei in die Einzelrisikosteuerung einbezogenen Gruppenunternehmen.

Dokumentationswesen
Das Dokumentationswesen regelt die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Im Dokumentationswesen wird der definierte Handlungsrahmen durch Regelungen zu Aktivitäten und Prozessen dargestellt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach den MaRisk vorgeschriebenen Anforderungen.

Rechtsrisiko
Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Outsourcing-Risiko
Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Risiken aus Auslagerungen die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und die Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Organisation und Informatik hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Informationssicherheits- und IT-Risiko
Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der Informationssicherheit sind die Basis für ein angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Das Niveau sowie die Angemessenheit der Informationssicherheit werden im Rahmen des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) kontinuierlich überwacht und angepasst. Zusätzlich werden im Rahmen von Monitoring-Tätigkeiten wesentliche Systeme kontinuierlich überwacht. Auch werden wichtige Prozesse und Verfahren sowie wesentliche Auslagerungen im Rahmen von regelmäßigen Informationssicherheits-Audits überprüft.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende Informationssicherheits-Richtlinien (IS-Richtlinien) und Sicherheitskonzepte haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominimierung definiert und umgesetzt werden. Diese Dokumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ferner erfolgt ein aktives Management der IT-Risiken. Die IT-Risiken, wie auch die zugehörigen Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen, werden periodisch und anlassbezogen überprüft, überwacht und gesteuert. Damit sind die drei Aspekte der Informationssicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden. Darüber hinaus erfolgt für die IS- und IT-Risiken eine regelmäßige Berichterstattung an den Steuerungskreis Operationelle Risiken.

Business Continuity Management
Im Rahmen des Business Continuity Managements haben die Bereiche und Niederlassungen der Helaba für die kritischen Geschäftsprozesse zur Notfallvorsorge Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Geschäftsfortführungspläne werden regelmäßig aktualisiert, weiterentwickelt und ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Hierdurch werden sowohl der Wiederanlauf und die Durchführung eines angemessenen Notbetriebs als auch die Rückführung in den Normalbetrieb sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den jeweiligen Vertragsdokumenten zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung

des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung sowohl der Einzelabschluss nach HGB als auch der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlussaussagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB-/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Die Steuern der ausländischen Niederlassungen sowie der übrigen Einheiten im Konzern werden dezentral betreut. Wesentliche Entwicklungen und Ergebnisse finden Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung zur zentralen Abschlusserstellung. Im Bedarfsfall sowie grundsätz-

lich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und die Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit ihr eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Sonstige Risikoarten

Geschäftsrisiken
Die Risikosteuerung der Geschäftsrisiken umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Der Bereich Risikocontrolling quantifiziert die Geschäftsrisiken für die Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung und analysiert deren Entwicklung. Die Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands erfolgt vierteljährlich.

Zum 31. Dezember 2016 sind die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2015 um 6 Mio. € auf 158 Mio. € zurückgegangen (31. Dezember 2015: 164 Mio. €).

Immobilienrisiken
Die Risikosteuerung der Immobilienprojektierungen und Immobilienbestände wird durch den Bereich Immobilienmanagement gemeinsam mit den gruppenangehörigen Unternehmen übernommen. Die Risikosteuerung umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Der Bereich Risikocontrolling übernimmt schwerpunktmäßig die Risikoquantifizierung und die Risikoüberwachung von Immobilienrisiken. Die Risikoquantifizierung ermittelt die notwendigen Kapitalbedarfe zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, die Risikoüberwachung mündet in die Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2016 aufgrund von methodischen Anpassungen auf 31 Mio. € (31. Dezember 2015: 21 Mio. €) angestiegen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesen Geschäften abgedeckt.

Zusammenfassung
Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Prognose- und Chancenbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
Die Weltwirtschaft bleibt 2017 auf Expansionskurs, ohne dabei an die Zuwachsraten vor der Finanzkrise anknüpfen zu können. In den USA fällt die Dynamik wieder etwas höher aus als ein Jahr zuvor. Der Euroraum setzt mit 1,4 % seine moderate Erholung fort. Chinas Wachstumstrend wird sich weiter abschwächen und in Russland sowie anderen ölexportierenden Ländern verbessert sich die Lage allmählich. Das weltweite Wirtschaftswachstum wird mit rund 3 % ähnlich ausfallen wie im Jahr zuvor.

Deutschland wird 2017 mit kalenderbereinigt rund 1,5 % kaum schwächer wachsen als im Vorjahr. Dazu wird erneut insbesondere die Binnennachfrage beitragen. Realeinkommen und Beschäftigung dürften sich positiv entwickeln. Die Zuwanderung setzt sich in vermindertem Tempo fort. Die Investitionen werden allmählich an Schwung gewinnen. Bereits jetzt zeigt die Industriekonjunktur mehr Dynamik, so dass die Kapazitätsauslastung weiter zunimmt. Damit werden Erweiterungsinvestitionen dringlicher. Auch die Bautätigkeit sollte erneut expandieren. Neben den Aussichten für den Wohnungsbau sind auch die Perspektiven für den Nichtwohnungsbau günstiger. Die Auftragseingänge sowohl für den öffentlichen als auch für den gewerblichen Bau sind zuletzt angestiegen. Der Außenhandel wird vom schwächeren Euro profitieren. Trotzdem dürfte der Wachstumsbeitrag aufgrund lebhafter Importe negativ ausfallen. Die öffentlichen Haushalte sollten 2017 einen kleineren Überschuss erzielen, nachdem im Vorjahr 0,8 % des Bruttoinlandsprodukts erreicht wurden. Die Steuereinnahmen werden

zwar weiter zunehmen, höhere Investitionsausgaben und mehr öffentlicher Konsum werden allerdings die Überschüsse begrenzen. In der Eurozone dürften die Wachstumsunterschiede bestehen bleiben. In Spanien und Irland, wo eine gelungene Strukturpolitik betrieben worden ist, sollte das Wirtschaftswachstum erneut überdurchschnittlich ausfallen. Frankreich und Italien dagegen haben spät und mit geringem Tempo mit Reformen begonnen. Beide Länder werden in diesem Jahr wiederum nur zögerlich zulegen.

Trotz der relativ robusten Konjunktur und der höheren Teuerung ist eine Abkehr von der hochgradig expansiven Geldpolitik für die EZB 2017 noch keine Option. Mit der Verlängerung des Kaufprogramms wurde die entscheidende Weiche bereits im letzten Jahr gestellt. Die US-Notenbank wird von ihrem vorsichtigen Straffungskurs ebenfalls nicht abweichen. Die Renditen längerer Laufzeiten werden moderat steigen und die Zinsstrukturkurve wird steiler.

Chancenbericht

Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank konnte deshalb in den letzten Jahren nicht nur ihre Marktposition in den Kerngeschäftsfeldern festigen, auf Basis der guten erzielten Betriebsergebnisse konnten auch durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie regelmäßige Dividenden gezahlt werden. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail-Geschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung. Von ihren Kunden wird die Helaba aufgrund ihres stabilen Geschäftsmodells als verlässlicher Partner geschätzt. Dies zeigt sich insbesondere bei den langfristigen Finanzierungen der Bereiche Immobilienkreditgeschäft und Corporate Finance, wo die Bank zu den führenden deutschen Anbietern gehört.

Von den Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), Fitch Ratings (Fitch) und Standard & Poor's (S&P) wird die Helaba als Emittentin als „A1", „A+" und „A" eingestuft. Bezogen auf die Beurteilung der langfristigen unbesicherten Verbindlichkeiten ohne Besserstellung nach § 46f (6) KWG („plain vanilla senior unsecured") unterscheiden sich die Ansätze der Agenturen im Hinblick auf die Berücksichtigung der deutschen Haftungskaskade im Licht des neuen europäischen Abwicklungsregimes und liegen bei „A1", „A+" und „A–". Die Ratings für kurzfristige Verbindlichkeiten sind „P–1", „F–1+" und „A–1".

Die Ratings von Fitch und Standard & Poor's basieren auf einem gemeinsamen Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Die strategisch bedeutsamen Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekenpfandbriefe weisen „AAA"-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren und ihrer diversifizierten Produktpalette stand der Helaba in den letzten Jahren durchgehend der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen. Die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund stärkt die nachhaltige Refinanzierungsfähigkeit der Helaba an den Geld- und Kapitalmärkten weiter.

Die Helaba ist aufgrund ihrer Trägerstruktur (88 % der Anteile werden von Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten) und ihrer Zentralbankfunktion für 40 % der bundesdeutschen Sparkassen nachhaltig in der Sparkassen-Finanzgruppe verankert. Die Helaba verfolgt strategisch das Ziel, ihre Stellung als führende Verbundbank der deutschen Sparkassen weiter auszubauen und sich unumkehrbar mit den Sparkassen zu verzahnen. Der durch den Wettbewerb im Retail Banking begründete und durch die Niedrigzinsphase verstärkte Rentabilitätsdruck wird zu einer weiteren Intensivierung der Arbeitsteilung im Verbund führen.

Das Immobiliengeschäft ist ein strategisches Kerngeschäftsfeld der Helaba. Entlang der Wertschöpfungskette werden fast alle Produkte und Dienstleistungen von der Strukturierung über die Finanzierung bis hin zum Portfoliomanagement angeboten. Langfristige Kundenbeziehungen sowie eine nachhaltige Geschäftspolitik in den gewählten in- und ausländischen Zielmärkten sind die Grundlage der positiven Entwicklung des Neugeschäfts der letzten Jahre. Um das Potenzial der skandinavischen Immobilienmärkte weiter zu erschließen, wurde eine Repräsentanz in Stockholm eröffnet. Auch in Phasen des zunehmenden Wettbewerbs- und Margendrucks sieht die Helaba gute Chancen, aufgrund ihrer langjährigen Verankerung in den Märkten und ihrer Produktexpertise ihre Marktposition im Immobilienkreditgeschäft zu behaupten und weiter zu stärken.

Im Kreditbereich wird die Helaba zur Stärkung ihrer Syndizierungsteams zum einen ihr Angebot gegenüber Kunden und Investoren erweitern und zum anderen die Steuerung des eigenen Bilanzbestands optimieren. Im Rahmen von Syndizierungen können auch Sparkassen an durch die Helaba-Experten akquiriertem Aktivgeschäft partizipieren und so eine Risikodiversifikation erreichen.

Exportorientierte Firmenkunden erwarten von ihrer Partnerbank Produktangebote zur Begleitung der Kunden im Ausland. Die institutionelle Verankerung in der Sparkassen-Finanzgruppe und die erweiterte Kundenbasis ermöglichen es der Helaba, sich als führende Adresse in der Außenhandelsfinanzierung und im Auslandszahlungsverkehr in der Sparkassen-Finanzgruppe zu etablieren und das Geschäftsvolumen und die Erträge in diesem Segment zu steigern. Dazu wird eine weitere Repräsentanz am Standort São Paulo eröffnet.

Im Zahlungsverkehr ist die Helaba in einem von zunehmendem Wettbewerbsdruck und weiterhin umzusetzenden regulatorischen Anforderungen bestimmten Markt einer der führenden Zahlungsverkehrs-Clearer in Deutschland und dominierende Landesbank in diesem Sektor. Die sich hieraus ergebenden Chancen, insbesondere im Clearing und Kartengeschäft, werden konsequent ausgebaut, um dem weiter zunehmenden Margendruck auf der Provisionsseite zu begegnen.

Der digitale Strukturwandel führt zu einer fortschreitenden Veränderung des Konsumverhaltens und hat entsprechende Auswirkungen auf den Handel und die Bezahlverfahren im E- und M-Commerce. Gleichzeitig verschärft sich der Wettbewerb durch neue Marktteilnehmer aus dem digitalen Umfeld, die insbesondere bei Internetbezahlverfahren, Mobile Payment, aber auch am Point of Sale Teile der Wertschöpfungskette im Zahlungsverkehr besetzen. Zur Abwehr branchenfremder Wettbewerber hat die Helaba als Teil des kreditwirtschaftlichen Sektors ein gemeinsames Standardzahlverfahren (paydirekt) entwickelt, das im Frühjahr 2016 erfolgreich gestartet ist. Die Helaba übernimmt bei der (Weiter-)Entwicklung und Vermarktung des Bezahlverfahrens eine führende Rolle innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Darüber hinaus unterstützt sie die Sparkassen-Finanzgruppe aktiv bei der aufsichtsrechtlich geforderten Umsetzung von Instant Payments im Jahr 2017.

Durch das Schlüsselthema Digitalisierung eröffnen sich für Banken in den nächsten Jahren Möglichkeiten zur Optimierung der Geschäfts- und IT-Prozesse. Die Schnittstelle zum Kunden wird neu definiert und es entstehen Optionen zur Entwicklung neuer Produktangebote. Wesentliche Herausforderung der kommenden Jahre wird es sein, den Zahlungsverkehr auf die zunehmenden Anforderungen des digitalen Zeitalters vorzubereiten und somit die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft weiter zu stärken.

Die Helaba hat einen neuen Bereich „Strategieprojekt Digitalisierung“ gegründet, der in einem ersten Schritt den Optionsraum, der sich für ihre Geschäftsbereiche eröffnet, systematisch analysiert hat. Hieraus sind Digitalisierungsinitiativen entstanden, in denen gemischte Teams aus Fach- und IT-Seite in agiler Entwicklungsmethodik Prototypen für Kundenportale und Zahlungsverkehrsanwendungen erarbeitet haben. Es ist geplant, mit den ersten Releases im Jahr 2017 online zu gehen. Parallel wird die Helaba weitere Initiativen starten, um nicht nur die Schnittstelle zum Kunden, sondern auch die Effizienz der nachgelagerten Prozesse über digitale Lösungen weiterzuentwickeln.

Weitere Effizienzsteigerungen sollen auch durch die Einführung eines neuen Kernbankensystems erschlossen werden. Nachdem im Jahr 2016 im Rahmen einer Voruntersuchung die Grundlage für die Erneuerung des Kernbankensystems gelegt wurde, beginnt die Umsetzung im Jahr 2017 und soll bis 2020 abgeschlossen werden. Neben der Modernisierung der IT wird die Umstellung auch die Verbesserung vieler interner Prozesse mit sich bringen und damit einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherheit der Helaba leisten.

Insgesamt ist die Helaba mit ihrem strategischen Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des Öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung geänderter regulatorischer Rahmenbedingungen und merklich gestiegener Bankstrukturkosten die Sicherung der nachhaltigen Ertragskraft zur Stärkung der Kapitalbasis und Beachtung der risikostrategischen Vorgaben.

Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns

Das Geschäftsmodell der Landesbank Hessen-Thüringen als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut basiert auf einem starken regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation und bietet damit gute Voraussetzungen für die Geschäftsentwicklung in 2017. Die volkswirtschaftlichen Prognosen für 2017 gehen von einer stabilen konjunkturellen Entwicklung mit einem moderaten Wachstum aus. Allerdings werden das anhaltend niedrige Zinsniveau und die vielfältigen Projektaktivitäten in 2017 die Ertragslage belasten.

Im Segment Immobilien erwartet die Helaba im inländischen Immobilienkreditgeschäft auch in 2017 ein stabiles Marktumfeld.

Das in- und ausländische Immobilienkreditgeschäft ist durch die unverändert hohe Liquiditätsbereitstellung der Notenbanken einem anhaltenden Druck auf die Preise bei zunehmender Risikobereitschaft der Finanzierungswettbewerber ausgesetzt. Die Bank wird vor diesem Hintergrund für 2017 an ihrer risiko- und ertragsorientierten Selektion im mittel- und langfristigen Neugeschäft festhalten. Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft wird in 2017 daher mit 8,6 Mrd. € um rund 17 % unter dem Niveau des Vorjahres geplant. Dieses Neugeschäft wird unter Berücksichtigung der erwarteten Tilgungen zu einer leichten Erhöhung der Kundenforderungen und zu stabilen Erträgen vor Risikovorsorge auf Vorjahresniveau führen. Die Erträge aus den immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen werden für 2017 leicht steigend geplant. Die Risikovorsorge steigt gegenüber dem sehr niedrigen Vorjahresniveau auf –67 Mio. € an, liegt damit aber noch deutlich unter dem Durchschnitt der letzten Jahre. Das Ergebnis vor Steuern des Segments wird 2017 bei Berücksichtigung dieser Risikovorsorgeplanung, stabilen Erträgen und einem leichten Anstieg des Verwaltungsaufwands mit 323 Mio. € deutlich unterhalb des sehr guten Vorjahreswertes erwartet (2016: 407 Mio. €).

Im Segment Corporate Finance wird trotz des grundsätzlich positiven konjunkturellen Rahmens für 2017 mit einer weiterhin verhaltenen Kreditnachfrage bei einer hohen Wettbewerbsintensität gerechnet. Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft wird in 2017 mit 4,8 Mrd. € um rund 12 % über dem Niveau des Vorjahres geplant. Unter Berücksichtigung der erwarteten Tilgungen wird nur ein leichter Anstieg der Kundenforderungen erwartet. Bei einem hohen Margendruck im Neugeschäft werden die Zins- und Provisionserträge im Corporate Finance-Geschäft rückläufig geplant. Die Risikovorsorge wird für 2017 mit –110 Mio. € nach einer hohen Belastung in 2016 (–226 Mio. €) deutlich niedriger geplant. In 2017 entfallen durch den Verkauf der HANNOVER LEASING belastende Einmaleffekte im sonstigen betrieblichen Ergebnis. Für 2017 wird das Ergebnis vor Steuern mit 77 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert erwartet (2016: – 42 Mio. €).

Im Segment Financial Markets ist das zinsbezogene Geschäft mit in- und ausländischen Gebietskörperschaften enthalten. Das mittel- und langfristige Abschlussvolumen im inländischen Kommunalkreditgeschäft wird für 2017 mit 1,0 Mrd. € auf dem Niveau des Vorjahres geplant. Das Geschäft mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wird in 2017 weiterhin nur selektiv betrieben und mit 0,3 Mrd. € geplant. Der Zinsüberschuss wird leicht steigend geplant.

Im Asset Management ist der Ausbau des Provisionsüberschusses vorgesehen. Im Kapitalmarktgeschäft soll in 2017 der Anteil des Kunden- und umsatzgetriebenen Ertrags über Cross Selling und die Wettbewerbsposition im Primärmarktgeschäft weiter erhöht werden. Ergebnisse aus der Marktbewertung von Beständen wurden konservativ geplant, so dass das Handelsergebnis mit rund 23 % deutlich unterhalb des Vorjahresergebnisses geplant wird.

Die Helaba plant für das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO einen Wert von 21 Mio. € (2016: 40 Mio. €). In 2017 werden gegenüber dem Vorjahr keine Einmaleffekte in dem Ergebnis aus Finanzanlagen erwartet. Insgesamt wird in diesem Segment mit 57 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (2016: 126 Mio. €) ein deutlich niedrigeres, aber nachhaltig erzielbares Ergebnis erwartet.

Im Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft werden für die Frankfurter Sparkasse und die LBS aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus ein deutlicher Rückgang der Erträge um 18 % beziehungsweise 35 % erwartet. Dagegen wird für die Frankfurter Bankgesellschaft mit einem Anstieg der Erträge um 10 % gegenüber dem Jahr 2016 geplant. Im Geschäft der Verbundbank mit den Sparkassen strebt die Helaba den Ausbau der Stellung als führende Verbundbank der deutschen Sparkassenorganisation mit bundesweitem Vertriebsansatz an. Die auch für 2017 vorgesehenen Produktverbesserungen und eine Intensivierung der Vertriebstätigkeiten lassen gegenüber dem Ergebnis in 2016 einen weiteren Anstieg der Erträge erwarten. Aufgrund des Zinsumfelds und einer Normalisierung der Risikovorsorge wird allerdings für das gesamte Segmentergebnis in 2017 von einem deutlichen Rückgang auf 43 Mio. € ausgegangen (2016: 101 Mio. €).

Im Segment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird die Entwicklung in 2017 durch den weiteren Ausbau des Fördergeschäfts und die EU-Förderperiode geprägt sein. Für das Neugeschäft im Jahr 2017 wird von 1,2 Mrd. € an Krediten nach 1,1 Mrd. € im Jahr 2016 und von einem konstanten Niveau im Zuschussgeschäft ausgegangen. Bei den Zuschüssen handelt es sich um nicht rückzahlbare Mittel der EU, des Bundes und des Lands Hessen, etwa für die Landwirtschafts- oder die Krankenhausförderung, die von der WIBank für die Mittelgeber administriert und an die Förderempfänger ausgezahlt werden. Die Erträge werden in 2017 voraussichtlich durch den partiellen Wegfall von margenstarkem Altgeschäft leicht zurückgehen. Der Verwaltungsaufwand wird über dem Vorjahresniveau geplant, getrieben durch systemtechnische Umstellungen. Insgesamt wird das Ergebnis im Segment mit 14 Mio. € auf dem Niveau der Vorjahresdurchschnitte geplant.

Im Segment Sonstige werden im Cash Management durch den Ausbau der Marktposition leicht steigende Erträge erwartet, während im Depotservice die Erträge leicht zurückgehen. Die Erträge aus der Eigenmittelanlage werden nur leicht oberhalb der Werte für 2016 geplant. Das sonstige betriebliche Ergebnis für 2017 verbessert sich gegenüber dem Vorjahr durch den Wegfall der Sondereffekte in 2016. Im Verwaltungsaufwand werden sich die im Segment Sonstige abgebildeten Projektkosten gegenüber dem Vorjahr moderat erhöhen. Das Ergebnis vor Steuern des Segments wird 2017 mit –161 Mio. € leicht unterhalb des Vorjahreswertes erwartet (2016: –149 Mio. €).

Das gesamte Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft (inklusive Frankfurter Sparkasse, ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) wird in 2017 mit 17,7 Mrd. € geplant. Die Kundenforderungen werden leicht steigend geplant. Die Entwicklung der Bilanzsumme ist stark abhängig von Stichtagssalden. Insgesamt wird von einer leichten Erhöhung ausgegangen.

Der Zinsüberschuss im Konzern wird für 2017 insgesamt um rund 10 % unter dem Vorjahreswert erwartet. Bei stabilen Kundenbeiträgen entstehen Belastungen aus dem niedrigen Zinsniveau bei der Frankfurter Sparkasse und der Eigenmittelanlage. Ferner wird auch für 2017 mit einer steigenden Belastung aus den niedrigen Renditen für Liquiditätswertpapiere mit hoher Bonität für die Erfüllung der LCR-Anforderungen gerechnet.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird für 2017 aufgrund der weiterhin guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit 195 Mio. € geplant. Dabei sind – wie bisher – Ausweisverschiebungen unberücksichtigt, die sich durch die Konsolidierung von Problemkrediten ergeben.

Der Provisionsüberschuss wird, getragen durch das Kundengeschäft, um rund 6 % über dem Vorjahr geplant.

Im Handelsergebnis wird 2017 gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 16 % erwartet.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis wird für 2017 mit 205 Mio. € ein deutlich höheres Ergebnis als im Vorjahr geplant.

Der Personalbestand wird in 2017 insgesamt auf einem unveränderten Niveau geplant. Trotz der berücksichtigten Tarifsteigerungen wird der gesamte Personalaufwand durch den Wegfall von Einmalbelastungen um 0,8 % unter dem Vorjahreswert erwartet. Der geplante Sachaufwand (inklusive Abschreibungen) im Jahr 2017 steigt gegenüber 2016 hingegen um 4,3 % an. Der Anstieg resultiert aus zahlreichen Projekttätigkeiten zur Sicherstellung geschäftsgetriebener und aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Der Verwaltungsaufwand im Konzern wird insgesamt mit einem Anstieg von 1,8 % gegenüber dem Vorjahr geplant.

Das für 2017 geplante Konzernergebnis vor Steuern liegt durch die Belastungen aus dem niedrigen Zinsumfeld somit um rund 30 % unter dem Wert des Jahres 2016.

Die Cost-Income-Ratio wird für 2017 bei rund 68 % erwartet. Die Eigenkapitalrentabilität wird für 2017 bei rund 5 % erwartet.

Auch für 2018 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern mit einem Ausbau der Kundenerträge angestrebt. Mit einer mittelfristig erwarteten Normalisierung des Zinsniveaus sollten die damit verbundenen Belastungen zurückgehen. Insgesamt plant die Helaba daher mittelfristig mit einem Wiederanstieg des Ergebnisniveaus.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank resultieren aus politischen und makroökonomischen Entwicklungen. Unsicherheit entsteht unter anderem aus dem für März 2017 erwarteten Beginn der Verhandlungen von Großbritannien hinsichtlich des Austritts aus der EU und aus der Entwicklung in den USA unter dem neuen Präsidenten. Ebenso bestehen Risiken aus der unverändert angespannten Lage im Nahen Osten. Die genannten Entwicklungen üben allesamt Druck auf die EU aus und beeinflussen somit direkt die politische und wirtschaftliche Lage in Europa. Eine politische Destabilisierung Europas kann für einzelne EU-Staaten zu einer Belastung der Staatshaushalte führen und den Druck auf einzelne Kreditinstitute erhöhen. Ein Risiko besteht insbesondere dann, wenn durch aufsichtsrechtliche Initiativen die Anforderungen und Kosten über die in der Planung erwartete Höhe hinaus steigen. Die Bank geht für 2017 von einer anhaltenden Niedrigzinsphase aus. Risiken bestehen dann, wenn sich das Zinsniveau noch deutlicher in den Negativbereich bewegt.

Gesamtaussage

Die Helaba hat im Geschäftsjahr 2016 ein Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von 549 Mio. € erzielt, das zu den drei besten Ergebnissen in der Geschichte der Helaba gehört, jedoch das sehr gute Ergebnis des vorangegangenen Jahres (596 Mio. €) um 8 % verfehlt. Das operative Geschäft entwickelte sich angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen zufriedenstellend. Während der Zinsüberschuss aufgrund der anhaltenden Belastungen aus dem Null- und Negativniveau 6 % unter den Vorjahreswert fiel, konnte der Provisionsüberschuss gesteigert werden. Die Rückführung des Handelsergebnisses, in dem sich auch der fortgesetzte Abbau der Handelsbuchbestände niederschlägt, entspricht dem Planansatz. Bei Fortsetzung der konservativen Vorsorgepolitik der Bank konnte die Risikovorsorge deutlich reduziert werden. Der Verwaltungsaufwand stieg infolge höherer IT- und Beratungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung regulatorischer Vorgaben. Das im Geschäftsjahr 2016 erzielte Ergebnis erlaubt die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stillen Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie eine Dotierung der Rücklagen.

Trotz des zunehmenden Wettbewerbsdrucks und der Vielzahl regulatorischer Anforderungen ist die Helaba mit ihrem strategischen, an den Anforderungen der Realwirtschaft und der Sparkassen-Finanzgruppe ausgerichteten Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Weitere Entwicklungsmöglichkeiten werden im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft gesehen. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung der regulatorisch steigenden Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft zur Stärkung der Kapitalkraft und die Mehrung des Unternehmenswerts bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 28. Februar 2017

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker	Groß	Fenk
Dr. Hosemann	Mulfinger	Dr. Schraad

Konzernabschluss

50 **Gewinn- und Verlustrechnung**

51 **Gesamtergebnisrechnung**

52 **Bilanz**

54 **Eigenkapitalveränderungsrechnung**

55 **Kapitalflussrechnung**

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

57 (1) Allgemeine Angaben

61 (2) Konsolidierungsgrundsätze

63 (3) Konsolidierungskreis

65 (4) Finanzinstrumente

66 (5) Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten

68 (6) Hierarchie der Bewertungslevel

69 (7) Bilanzielle Verrechnung von Vermögenswerten und Verpflichtungen

69 (8) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

70 (9) Strukturierte Produkte

70 (10) Finanzgarantien

70 (11) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

71 (12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

71 (13) Währungsumrechnung

72 (14) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

72 (15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

73 (16) Sachanlagen

74 (17) Immaterielle Vermögenswerte

75 (18) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

75 (19) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

75 (20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

76 (21) Andere Rückstellungen

77 (22) Ertragsteuern

77 (23) Nachrangkapital

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

78 (24) Zinsüberschuss

79 (25) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

79 (26) Provisionsüberschuss

79 (27) Handelsergebnis

80 (28) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

80 (29) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

80 (30) Ergebnis aus Finanzanlagen

81 (31) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

81 (32) Sonstiges betriebliches Ergebnis

82 (33) Verwaltungsaufwand

82 (34) Ertragsteuern

84 (35) Segmentberichterstattung

Erläuterungen zur Bilanz

87 (36) Barreserve

87 (37) Forderungen an Kreditinstitute

87 (38) Forderungen an Kunden

88 (39) Risikovorsorge

89 (40) Handelsaktiva

90 (41) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

90 (42) Finanzanlagen

91 (43) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

93 (44) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

93 (45) Sachanlagen

95 (46) Immaterielle Vermögenswerte

96 (47) Ertragsteueransprüche

97 (48) Sonstige Aktiva

97 (49) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

98 (50) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

98 (51) Verbriefte Verbindlichkeiten

99 (52) Handelspassiva

99 (53) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

99 (54) Rückstellungen

106 (55) Ertragsteuerverpflichtungen

107 (56) Sonstige Passiva

107 (57) Nachrangkapital

107 (58) Eigenkapital

Angaben zu Finanzinstrumenten

109 (59) Sicherheitsleistungen

110 (60) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung

110 (61) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung

110 (62) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

112 (63) Nachrangige Vermögenswerte

112 (64) Fremdwährungsvolumina

113 (65) Restlaufzeitengliederung

113 (66) Derivative Geschäfte

115 (67) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

117 (68) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

122 (69) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte

123 (70) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

124 (71) Angaben zur Emissionstätigkeit

124 (72) Angaben zum Risikomanagement

124 (73) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

127 (74) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

128 (75) Patronatserklärungen

128 (76) Treuhandgeschäfte

Sonstige Angaben

129 (77) Angaben zum Leasinggeschäft

130 (78) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

131 (79) Berichterstattung zu Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen

133 (80) Maßgebliche Beschränkungen bei Vermögenswerten oder dem Transfer von Finanzmitteln

134 (81) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

137 (82) Honorare des Abschlussprüfers

137 (83) Angaben zu Arbeitnehmern

138 (84) Mitglieder des Verwaltungsrats

139 (85) Mitglieder des Vorstands

140 (86) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

141 (87) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

149 **Versicherung der gesetzlichen Vertreter**

150 **Country by Country Reporting nach § 26a KWG**

153 **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

		2016	2015	Veränderung	
	Notes	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinserträge		4.022	4.385	–363	–8,3
Zinsaufwendungen		–2.791	–3.073	282	9,2
Zinsüberschuss	(4), (24)	**1.231**	**1.312**	**–81**	**–6,2**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(13), (25)	–154	–237	83	35,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		**1.077**	**1.075**	**2**	**0,2**
Provisionserträge		538	567	–29	–5,1
Provisionsaufwendungen		–198	–234	36	15,4
Provisionsüberschuss	(26)	**340**	**333**	**7**	**2,1**
Handelsergebnis	(4), (27)	146	190	–44	–23,2
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	(4), (8), (28)	51	22	29	>100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(8), (29)	–5	3	–8	>–100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(4), (30)	45	7	38	>100,0
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(2), (31)	8	–17	25	>100,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(15), (32)	119	173	–54	–31,2
Verwaltungsaufwand	(33)	–1.232	–1.190	–42	–3,5
Ergebnis vor Steuern		**549**	**596**	**–47**	**–7,9**
Ertragsteuern	(22), (34)	–209	–177	–32	–18,1
Konzernjahresergebnis		**340**	**419**	**–79**	**–18,9**
Davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		–5	–8	3	37,5
Davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		345	427	–82	–19,2

Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

		2016	2015	Veränderung	
	Notes	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Konzernjahresergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung		**340**	**419**	**–79**	**–18,9**
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:					
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	(54)	–168	77	–245	>–100,0
Ertragsteuern auf nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten	(34)	48	–23	71	>100,0
Zwischensumme		**–120**	**54**	**–174**	**>–100,0**
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:					
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten					
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten		79	–60	139	>100,0
Bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste (+)		–16	–2	–14	>–100,0
Veränderung aus der Währungsumrechnung					
Gewinne (+)/Verluste (–) aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe		7	9	–2	–22,2
Ertragsteuern auf in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten	(34)	–14	19	–33	>–100,0
Zwischensumme		**56**	**–34**	**90**	**>100,0**
Sonstiges Ergebnis nach Steuern		**–64**	**20**	**–84**	**>–100,0**
Gesamtergebnis der Berichtsperiode		**276**	**439**	**–163**	**–37,1**
Davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		–	–4	4	100,0
Davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		276	443	–167	–37,7

Bilanz

zum 31. Dezember 2016

Aktiva

		31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	Notes	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Barreserve	(36)	3.096	1.909	1.187	62,2
Forderungen an Kreditinstitute	(4), (37)	15.235	17.144	–1.909	–11,1
Forderungen an Kunden	(4), (38)	93.078	93.194	–116	–0,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	(14), (39)	–772	–986	214	21,7
Handelsaktiva	(4), (40)	20.498	26.078	–5.580	–21,4
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (8), (41)	4.024	4.376	–352	–8,0
Finanzanlagen	(4), (42)	25.771	26.575	–804	–3,0
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(2), (43)	25	34	–9	–26,5
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(15), (44)	2.163	1.946	217	11,2
Sachanlagen	(16), (45)	435	425	10	2,4
Immaterielle Vermögenswerte	(17), (46)	113	141	–28	–19,9
Ertragsteueransprüche	(22), (47)	522	495	27	5,5
Sonstige Aktiva	(19), (48)	976	925	51	5,5
Summe Aktiva		**165.164**	**172.256**	**–7.092**	**–4,1**

Passiva

	Notes	31.12.2016 in Mio. €	31.12.2015[1] in Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4), (49)	30.138	35.976	–5.838	–16,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(4), (50)	46.824	47.727	–903	–1,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	(4), (51)	50.948	47.073	3.875	8,2
Handelspassiva	(4), (52)	18.713	22.423	–3.710	–16,5
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (8), (53)	3.918	4.380	–462	–10,5
Rückstellungen	(20), (21), (54)	2.319	2.089	230	11,0
Ertragsteuerverpflichtungen	(22), (55)	184	184	–	–
Sonstige Passiva	(19), (56)	647	692	–45	–6,5
Nachrangkapital	(23), (57)	3.623	4.036	–413	–10,2
Eigenkapital	(58)	7.850	7.676	174	2,3
Gezeichnetes Kapital		2.509	2.509	–	–
Kapitalrücklage		1.546	1.546	–	–
Gewinnrücklagen		3.521	3.398	123	3,6
Neubewertungsrücklage		246	202	44	21,8
Rücklage aus der Währungsumrechnung		30	23	7	30,4
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital		–2	–2	–	–
Summe Passiva		**165.164**	**172.256**	**–7.092**	**–4,1**

[1] Vorjahreszahlen angepasst, siehe Anhangangabe (1).

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

in Mio. €

	Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Eigenkapital						Auf Konzern-fremde entfallender Anteil am Eigenkapital	Summe Eigenkapital
	Gezeich-netes Kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklagen	Neube-wertungs-rücklage	Rücklage aus der Währungs-umrechnung	Zwischen-summe		
Eigenkapital zum 1.1.2015	**2.509**	**1.546**	**3.030**	**249**	**14**	**7.348**	**2**	**7.350**
Dividendenzahlung			–113			–113	–	–113
Gesamtergebnis der Berichtsperiode			481	–47	9	443	–4	439
Eigenkapital zum 1.1.2016	**2.509**	**1.546**	**3.398**	**202**	**23**	**7.678**	**–2**	**7.676**
Veränderungen im Konsolidierungskreis			2			2	–	2
Dividendenzahlung			–104			–104	–	–104
Gesamtergebnis der Berichtsperiode			225	44	7	276	–	276
Eigenkapital zum 31.12.2016	**2.509**	**1.546**	**3.521**	**246**	**30**	**7.852**	**–2**	**7.850**

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

in Mio. €

	2016	2015
Jahresüberschuss	**340**	**419**
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Anlagevermögen	240	569
Zuführung/Auflösung von Rückstellungen	245	155
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	35	–599
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	–38	–81
Sonstige Anpassungen	–1.097	–1.002
Zwischensumme	**–275**	**–539**
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	1.898	3.271
Forderungen an Kunden	110	–2.174
Handelsaktiva/-passiva	1.833	–1.235
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	–570	336
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–5.819	561
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–881	2.509
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.016	–1.144
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	–182	–18
Erhaltene Zinsen und Dividenden	4.045	4.352
Gezahlte Zinsen	–3.005	–3.336
Ertragsteuerzahlungen	–201	–242
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	**969**	**2.341**
Einzahlungen aus der Veräußerung von:		
Finanzanlagen	7.324	9.990
Sachanlagevermögen	–	3
Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	44	49
Auszahlungen für den Erwerb von:		
Finanzanlagen	–6.364	–9.944
Sachanlagevermögen	–12	–12
Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–277	–104
Immateriellen Vermögenswerten	–19	–16
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises:		
Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen	6	3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**702**	**–31**
Dividendenzahlungen	–104	–113
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	–406	–1.265
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**–510**	**–1.378**

in Mio. €

	2016	2015
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	**1.909**	**1.033**
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	969	2.341
Cashflow aus Investitionstätigkeit	702	–31
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	–510	–1.378
Effekte aus Wechselkursänderungen, Bewertungsänderungen und Änderungen des Konsolidierungskreises	26	–56
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	**3.096**	**1.909**
Davon:		
Kassenbestand	105	77
Guthaben bei Zentralnotenbanken	2.991	1.832

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres. Die Veränderung des Zahlungsmittelbestands ergibt sich aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen, Verbindlichkeiten, Handelsaktiva/-passiva und anderen Aktiva beziehungsweise Passiva. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen werden separat ausgewiesen. Die sonstigen Anpassungen umfassen den Zinsüberschuss und den Steueraufwand vom Einkommen und Ertrag ohne latente Steuern.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte sowie Ein- und Auszahlungen für den Verkauf beziehungsweise Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen. Weitere Angaben zu den konsolidierten erworbenen oder verkauften Unternehmen sind der Anhangangabe (3) zu entnehmen.

Als Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital ausgewiesen. Die im Geschäftsjahr ausgeschütteten Dividenden und die Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen werden ebenfalls hier gezeigt.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Allgemeine Angaben

Grundlagen der Konzernrechnungslegung
Der Konzernabschluss der Helaba zum 31. Dezember 2016 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und durch die Europäische Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden, aufgestellt.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs. Der Lagebericht des Konzerns gemäß § 315 HGB enthält einen separaten Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Chancen- und Risikobericht), in dem auch das Risikomanagement erläutert wird.

Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro (€). Die Beträge sind in der Regel auf volle Mio. € gerundet.

Die zum 31. Dezember 2016 gültigen Standards und Interpretationen wurden vollumfänglich angewendet. Zusätzlich sind die nach § 315a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt.

Erstmals angewendete Rechnungslegungsvorschriften
Im Geschäftsjahr 2016 waren erstmals die folgenden Standards und Interpretationen, die von der EU übernommen sind und für die Helaba relevant sein können, verpflichtend anzuwenden:

- Änderungen an IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ – Initiative zu Angaben
  Die Änderungen an IAS 1 resultieren aus einer Initiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen bezüglich Darstellung und Anhangangaben. Sie stellen klar, dass das Prinzip der Wesentlichkeit auf den gesamten Finanzabschluss anzuwenden ist, dass professionelle Einschätzungen bei der Bestimmung von Anhangangaben anzuwenden sind und dass die Aufnahme von nicht materiellen Informationen zu einer reduzierten Übersichtlichkeit der Anhangangaben führen kann. Die Änderungen sind retrospektiv anzuwenden.

- Änderungen an IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ – Arbeitnehmerbeiträge
  Die Anpassung fügt ein Wahlrecht in Bezug auf die Bilanzierung leistungsorientierter Pensionszusagen, an denen sich Arbeitnehmer (oder Dritte) durch verpflichtende Beiträge beteiligen, in den Standard ein. Die Änderungen an IAS 19 wären nach den Vorschriften des Standardsetzers erstmals im Geschäftsjahr 2015 anzuwenden gewesen; die EU hat jedoch im Rahmen der Übernahme die verpflichtende Erstanwendung auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Februar 2015 beginnen, verschoben. Die Helaba hatte diesen Standard im Jahresabschluss 2015 noch nicht angewendet. Die Änderungen sind retrospektiv anzuwenden.

- Änderungen an IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“ – Erwerb von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit
  Hierin wird klargestellt, dass Erwerbe und Hinzuerwerbe von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ darstellen, nach den Prinzipien für die Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen des IFRS 3 und anderer anwendbarer IFRS zu bilanzieren sind, soweit diese Prinzipien nicht in Konflikt mit Regelungen des IFRS 11 stehen. Die neuen Regelungen gelten prospektiv für Anteilserwerbe, die in Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen, stattfinden.

- Jährliche Verbesserungen der International Financial Reporting Standards – Zyklus 2010 – 2012
  Die jährlichen Verbesserungen umfassen sowohl Änderungen von IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Sie wären nach den Vorschriften des Standardsetzers erstmals im Geschäftsjahr 2015 anzuwenden gewesen; die EU hat jedoch im Rahmen der Übernahme die verpflichtende Erstanwendung auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Februar 2015 beginnen, verschoben. Die Helaba hatte diesen Standard im Jahresabschluss 2015 noch nicht angewendet. Die neuen Regelungen sind teilweise retrospektiv anzuwenden. Im Einzelnen sind folgende Standards betroffen:
  - IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütung“
  - IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“

- IFRS 8 „Geschäftssegmente“
- IAS 16 „Sachanlagen“
- IAS 24 „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“
- IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“

- Jährliche Verbesserungen der International Financial Reporting Standards – Zyklus 2012 – 2014
  Die jährlichen Verbesserungen umfassen sowohl Änderungen von IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die neuen Regelungen sind teilweise retrospektiv anzuwenden. Im Einzelnen sind folgende Standards betroffen:
  - IFRS 5 „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche“
  - IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“
  - IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“
  - IAS 34 „Zwischenberichterstattung“

Die Anwendung der neuen beziehungsweise geänderten Standards hatte keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften für zukünftige Geschäftsjahre

- IFRS 9 „Finanzinstrumente“
  Das IASB hat sein Projekt zur Ablösung von IAS 39 „Finanzinstrumente“ – Ansatz und Bewertung – im Juli 2014 durch die Veröffentlichung der endgültigen Version von IFRS 9 „Finanzinstrumente“ abgeschlossen. IFRS 9 enthält in der finalen Fassung insbesondere folgende grundlegend überarbeitete Regelungsbereiche:

  - Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten:
    Die Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten wurden im Vergleich zu IAS 39 insbesondere für die Aktivseite grundlegend neu verfasst. Künftig beruht die Klassifizierung und Bewertung finanzieller Vermögenswerte auf dem jeweiligen Geschäftsmodell und den Eigenschaften der vertraglichen Zahlungsströme. Fremdkapitalinstrumente der Aktivseite, deren Zahlungsströme typisch für ein einfaches Kreditverhältnis sind, qualifizieren abhängig vom Geschäftsmodell „Halten“ oder „Halten und Verkaufen“ für eine Bewertung „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder „erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert“. Liegt keines der beiden Geschäftsmodelle vor oder wird das Zahlungsstromkriterium nicht erfüllt, besteht eine verpflichtende Abbildung als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“. Eine Ausnahme hiervon bildet das Wahlrecht, Eigenkapitalinstrumente erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert abzubilden, soweit sie nicht zu Handelszwecken gehalten werden (FVOCI-Option).

    Die Anforderungen an die Klassifizierung auf der Aktivseite weichen von der bestehenden Beurteilung unter IAS 39 ab. Hieraus wird mit einem leicht erhöhten Bestand an erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten gerechnet. Die FVOCI-Option soll lediglich für wesentliche strategische Investments ausgeübt werden. Alle anderen Beteiligungen innerhalb der Finanzanlagen sind unter IFRS 9 erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Des Weiteren wird in Einzelfällen mit Verschiebungen in die Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ aufgrund der Nichterfüllung des Zahlungsstromkriteriums gerechnet. Die Beurteilung der jeweiligen Geschäftsmodelle findet auf einer den Kerngeschäftsfeldern untergeordneten Portfolioebene statt. Insgesamt erwartet die Helaba nicht, dass die Änderungen erheblichen Einfluss auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung haben werden.

    Die Klassifizierungs- und Bewertungsregeln für finanzielle Verbindlichkeiten haben sich durch IFRS 9 kaum geändert. Lediglich für zum beizulegenden Zeitwert designierte Verbindlichkeiten (Fair Value-Option, FVO) sind Zeitwertveränderungen aufgrund des eigenen Kreditrisikos nicht mehr im Gewinn und Verlust, sondern im sonstigen Ergebnis (OCI) zu erfassen. Der Standard erlaubt eine separate vorzeitige Anwendung dieser Vorschrift vor erstmaliger Umsetzung von IFRS 9. Eine freiwillige frühere Anwendung ist von der Helaba nicht beabsichtigt.

  - Bilanzierung von Wertminderungen:
    Die neuen Wertminderungsvorschriften unter IFRS 9 stellen eine Abkehr von der bisherigen Erfassung bereits eingetretener Verluste (so genanntes „Incurred Loss Model“ gemäß IAS 39) dar. Der Anwendungsbereich des neuen Modells umfasst neben zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten auch alle erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Fremdkapitalinstrumente sowie bestimmte Kreditzusagen und Finanzgarantien. Das neue „Expected Credit Loss Model“ erfordert für alle Instrumente im Anwendungsbereich eine zwingende Risikovorsorgebildung abhängig von der jeweiligen Stufenzuordnung. Die Risikovorsorge in Stufe 1 basiert auf den erwarteten Kreditausfällen aufgrund von Ausfallereignissen innerhalb der nächsten zwölf Monate und beinhaltet zunächst alle Instrumente bei Erstansatz. Tritt eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos seit Erstansatz ein, erfolgt ein Transfer in Stufe 2. Die Risikovorsorge in Stufe 2 ist auf die erwarteten Verluste über die gesamte Restlaufzeit aufzustocken (Lifetime Expected Credit Losses – Lifetime ECL). Stufe 3 beinhaltet die Finanzinstrumente mit objektivem Hinweis auf eine Wertminderung und erfordert ebenfalls die Erfassung der Lifetime ECL. Die objektiven Hinweise wurden hierbei

unverändert aus IAS 39 übernommen. IFRS 9 gewährt Wahlrechte in Bezug auf Leasingforderungen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Instrumente mit niedrigem Ausfallrisiko.

Die Konzeptionsphase mit Vorgabe der fachlichen Anforderungen zur Umsetzung der neuen Wertminderungsvorschriften wurde weitestgehend abgeschlossen. Die Helaba plant, das Wahlrecht, Instrumente mit niedrigem Ausfallrisiko pauschal Stufe 1 zuzuordnen, ausschließlich für das Wertpapierportfolio in Anspruch zu nehmen. Alle anderen Instrumente werden dem Regelprozess folgend auf eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos geprüft. Hierzu wird auf den etablierten internen Rating-Prozess aufgesetzt. Ein Transfer in Stufe 2 erfolgt, soweit es zu signifikanten Erhöhungen von der bei Erstansatz erwarteten Höhe des Ausfallrisikos kommt. In Bezug auf Stufe 3 erfolgt eine Harmonisierung der objektiven Hinweise mit der aufsichtsrechtlichen Definition eines Ausfallereignisses nach Artikel 178 CRR. Die Berechnung der Höhe der zu berücksichtigenden Wertberichtigung setzt auf den vorhandenen Verfahren und Parametern für regulatorische Zwecke auf. Davon abweichende Anforderungen des IFRS 9 werden dabei hinreichend berücksichtigt, etwa durch die Verwendung intern geschätzter Parameter zur Verlustquote bei Ausfall (LGD-Parameter) oder den möglichen Einbezug verschiedener makroökonomischer Szenarien.

Der weitere Projektverlauf wird sich auf Implementierungstätigkeiten sowie Anpassungen der IT-Architektur konzentrieren. Auf Basis von Simulationsrechnungen ist mit einer Erhöhung des Risikovorsorgeniveaus sowie einer stärkeren Ergebnisvolatilität zu rechnen. Eine verlässliche Schätzung wird mit Abschluss der Implementierungstätigkeiten in 2017 zur Verfügung stehen. Die Auswirkungen auf die Kapitalquoten sind auch aufgrund der noch ausstehenden aufsichtsrechtlichen Überlegungen für Übergangsregelungen in Bezug auf den Erstanwendungseffekt aus IFRS 9 noch nicht konkret abschätzbar. Auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Konzerns werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet.

- Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen:
  Mit IFRS 9 wurde auch die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (so genanntes allgemeines Hedge Accounting) weitgehend überarbeitet. Ziel der neuen Regelungen ist es, die Hedge-Accounting-Vorschriften stärker mit der ökonomischen Risikosteuerung der Unternehmen in Einklang zu bringen. Hierzu wurden einige Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar werden und der strenge retrospektive Effektivitätsnachweis entfällt.

  Da das Macro Hedge Accounting nicht Bestandteil des derzeitigen IFRS 9 ist, besteht ein Wahlrecht, die gesamten Regelungen des IAS 39 zum Hedge Accounting (allgemeines und Macro Hedging) weiterhin anzuwenden, bis das Projekt Macro Hedge Accounting des IASB abgeschlossen ist. Die Helaba hat noch nicht entschieden, ob dieses Wahlrecht genutzt wird.

IFRS 9 ist erstmals in Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Eine freiwillige frühere Anwendung ist von der Helaba nicht beabsichtigt. Die Erstanwendung hat grundsätzlich retrospektiv zu erfolgen, allerdings werden diverse Vereinfachungsoptionen gewährt. Hierunter fällt etwa die Möglichkeit, eine rückwirkende Anpassung der Vergleichsperiode zu unterlassen. Die Helaba plant, diese Vereinfachungen in Anspruch zu nehmen.

- IFRS 15 „Umsatzerlöse aus Kundenverträgen“
  Nach IFRS 15 sind Umsatzerlöse dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Güter und Dienstleistungen erlangt und Nutzen aus diesen ziehen kann. Entscheidend ist nicht mehr die Übertragung wesentlicher Chancen und Risiken, wie noch nach den alten Regelungen des IAS 18 „Umsatzerlöse“. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen erwartet zu erhalten. Das neue Modell sieht zur Ermittlung der Umsatzrealisierung ein fünfstufiges Schema vor. Die Regelungen und Definitionen des IFRS 15 ersetzen künftig sowohl die Inhalte des IAS 18 „Umsatzerlöse“ als auch die des IAS 11 „Fertigungsaufträge“; sie haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereichs von IFRS 9/IAS 39 entstehen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Helaba prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 15; es werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet. Eine vorzeitige Anwendung ist nicht beabsichtigt.

- IFRS 16 „Leasingverhältnisse“
  Kerngedanke des neuen Standards ist es, beim Leasingnehmer generell alle Leasingverhältnisse und die damit verbundenen vertraglichen Rechte und Verpflichtungen in der Bilanz zu erfassen. Die bisher unter IAS 17 erforderliche Unterscheidung zwischen Finanzierungs- und Operating-Leasingverträgen entfällt damit künftig für den Leasingnehmer.

  Für alle Leasingverhältnisse erfasst der Leasingnehmer in seiner Bilanz eine Leasingverbindlichkeit für die Verpflichtung, künftig Leasingzahlungen zu leisten. Gleichzeitig aktiviert der Leasingnehmer ein Nutzungsrecht am zugrunde liegenden Vermögenswert, welches grundsätzlich dem Barwert der künftigen Leasingzahlungen zuzüglich direkt zurechenbarer Kosten entspricht. Während der Laufzeit des Leasingvertrags wird die Leasingverbindlichkeit ähnlich den

Regelungen nach IAS 17 für Finanzierungsleasingverhältnisse finanzmathematisch fortgeschrieben, während das Nutzungsrecht planmäßig abgeschrieben wird. Erleichterungen bei der Bilanzierung gibt es für kurzfristige Leasingverhältnisse und Leasinggegenstände von geringem Wert.

Für den Leasinggeber ähneln die Regelungen des neuen Standards dagegen den bisherigen Vorschriften des IAS 17. Die Leasingverträge werden weiterhin entweder als Finanzierungs- oder Operating-Leasingverhältnisse klassifiziert. Leasingverhältnisse, bei denen im Wesentlichen alle Risiken und Chancen aus dem Eigentum übertragen werden, sind als Finanzierungsleasingverhältnisse zu klassifizieren, alle anderen Leasingverträge als Operating Leases. Für die Klassifizierung nach IFRS 16 wurden die Kriterien des IAS 17 übernommen.

IFRS 16 enthält darüber hinaus eine Reihe von weiteren Regelungen zum Ausweis und zu den Anhangangaben sowie zu Sale-and-Lease-Back-Transaktionen.

Die neuen Regelungen sind verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen, anzuwenden. Eine frühere Anwendung ist zulässig, sofern IFRS 15 ebenfalls angewendet wird. Die Helaba prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 16. Insbesondere bei der Abbildung von gemieteten Gewerbeimmobilien wird sich der neue Leasingstandard auswirken, jedoch bleibt der Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage voraussichtlich gering. Eine vorzeitige Anwendung durch die Helaba ist nicht beabsichtigt. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Die übrigen vom IASB beziehungsweise IFRS-IC verabschiedeten Standards und Interpretationen, die erst zum Teil von der EU übernommen worden sind und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Eine vorzeitige Anwendung ist auch nicht beabsichtigt. Sie werden mit Ausnahme von IFRS 9 „Finanzinstrumente“ voraussichtlich keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Ausweis- und Schätzungsänderungen, Fehlerkorrekturen
Die Helaba hat im Rahmen eines Projekts im Geschäftsjahr 2016 diverse Maßnahmen durchgeführt, um die Bewertung und Messung der verschiedenen Aspekte von Adressenausfallrisiken bei der OTC-Derivatebewertung zu erreichen. Dabei wurden insbesondere die Diskontierung von OTC-Derivaten und die Berücksichtigung von Sicherheiten für diese Finanzinstrumente verfeinert. Die Anpassungen führten in Summe zu einem negativen Ergebniseffekt im Credit Value Adjustment in Höhe von –3 Mio. €. Bei diesen Anpassungen der Bewertungsmodelle handelt es sich um Schätzungsänderungen nach IAS 8.32 ff. Das Projekt wurde mit den genannten Umstellungen erfolgreich abgeschlossen.

In den Angaben zum Nachrangkapital (siehe Anhangangabe (57)) wurden im Vorjahr bereits fällige Zinszahlungen als anteilige Zinsen im Buchwert des Genussrechtskapitals (16 Mio. €) und der stillen Einlagen (34 Mio. €) ausgewiesen. Der Vorjahresausweis wurde korrigiert und in die sonstigen Passiva (siehe Anhangangabe (56)) umgebucht. Hieraus ergaben sich Folgeanpassungen in den Anhangangaben (67), (68), (71).

In der Segmentberichterstattung (siehe Anhangangabe (35)) wurde die Allokation des Eigenkapitals angepasst. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend aktualisiert.

In den Anhangangaben (54), (67), (73), (76), (79), (81) und (82) sind Umgliederungen beziehungsweise Anpassungen innerhalb der Anhangangabe bei den Vorjahreszahlen vorgenommen worden. Zu den Details siehe die entsprechende Anhangangabe.

Aus den oben genannten Anpassungen von Vorjahreszahlen ergaben sich weder Auswirkungen auf das Konzernjahresergebnis noch auf das Eigenkapital.

Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung
Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die im Rahmen der Vollkonsolidierung und Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen haben grundsätzlich ebenso wie die Helaba ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2016 aufgestellt. Auch in den überwiegend Investmentvermögen betreffenden Ausnahmen erfolgte eine Einbeziehung mit den Werten vom 31. Dezember 2016. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden konzerneinheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Ausübung von Wahlrechten wird in den folgenden Anhangangaben erläutert.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird, und wenn eine verlässliche Bewertung möglich ist. Eine Schuld wird angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass eine gegenwärtige Verpflichtung künftig zu einem Abfluss von wirtschaftlichen Ressourcen führt, und wenn der Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern nicht ein anderer Wert vorgeschrieben ist. Erträge und Aufwendungen werden abgegrenzt und somit der Periode zugerechnet, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, wie Planungen, Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich

insbesondere im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Wertminderungen von Vermögenswerten inklusive Geschäfts- oder Firmenwerten und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, dem Ansatz von aktiven latenten Steuern sowie den Rückstellungen und sonstigen Verpflichtungen. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Folgenden dargestellt.

(2) Konsolidierungsgrundsätze

Nach den Vorschriften des IFRS 10 beherrscht ein Investor ein Unternehmen, wenn er die relevanten Tätigkeiten bestimmen kann, variablen Rückflüssen aus der Verbindung mit dem Unternehmen ausgesetzt ist und die Möglichkeit hat, diese Rückflüsse durch seine Beherrschungsmöglichkeit zu beeinflussen. Die Beherrschung ist auf der Grundlage aller gegenwärtigen Tatsachen und Umstände festzustellen und bei Änderungen der Gegebenheiten fortlaufend zu überprüfen.

Für die Überprüfung, ob bei einem Unternehmen eine Tochterunternehmenseigenschaft vorliegt, wird seitens des Helaba-Konzerns bei wesentlichen Sachverhalten untersucht, ob Beherrschungsmacht bezüglich der relevanten Tätigkeiten des Unternehmens mittel- oder unmittelbar durch die Helaba ausgeübt werden kann. Dies beinhaltet

- eine Bestimmung des Zwecks und der Ausgestaltung des Unternehmens,
- eine Identifizierung der relevanten Tätigkeiten,
- eine Ermittlung, ob die Helaba aufgrund ihrer Rechte die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen,
- eine Einschätzung der Risikobelastung durch das Unternehmen oder einer Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens und
- eine Einschätzung, ob die Helaba die Fähigkeit hat, ihre Bestimmungsmacht zu nutzen, um die Höhe der Partizipation am wirtschaftlichen Erfolg zu beeinflussen.

Die Überprüfung beinhaltet neben der Berücksichtigung von Stimmrechten auch die Analyse sonstiger Rechte und faktischer Gegebenheiten, die zu einer Beherrschungsmöglichkeit führen können, sowie Indizien für das Vorliegen eines (De-facto-) Agentenverhältnisses nach IFRS 10.

Liegen bei einem Unternehmen die Voraussetzungen für zellulare Strukturen („Silos“) vor, so erfolgen die Prüfungsschritte für jede einzelne dieser identifizierten Strukturen. Eine solche Struktur liegt vor, wenn innerhalb einer rechtlichen Einheit eine Vermögensmasse so weitgehend separiert ist, dass sie wirtschaftlich und für Zwecke des IFRS 10 als eigenständiges Objekt anzusehen ist und keine oder nur unwesentliche Risikomischungen mit anderen Vermögensmassen dieser rechtlichen Einheit bestehen.

Wurde als Ergebnis der Bestimmung des Zwecks, der Ausgestaltung und der Identifizierung der relevanten Aktivitäten die Maßgeblichkeit der Stimmrechte für die Beurteilung der Beherrschungsmöglichkeit identifiziert, so wird im Regelfall eine Beherrschung seitens des Helaba-Konzerns bezüglich eines Unternehmens angenommen, wenn er direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen innehat oder über diese verfügen kann. Abweichend hiervon ist keine Beherrschungsmöglichkeit durch den Helaba-Konzern anzunehmen, wenn ein anderer Investor über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen, weil dieser über die Mehrheit der Stimmrechte für die wesentlichen Tätigkeiten verfügen kann beziehungsweise die Helaba nur als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 für einen anderen Investor agiert. Zudem erfolgt eine Prüfung, ob Vereinbarungen einer gemeinschaftlichen Leitung vorliegen und hierdurch eine Beherrschungsmöglichkeit eingeschränkt ist.

Entsprechend erfolgt die Beurteilung in den Fällen, in denen der Helaba-Konzern nicht Inhaber der Stimmrechtsmehrheit ist, aber die praktische Möglichkeit zum einseitigen Bestimmen der relevanten Tätigkeiten hat oder ein anderer Investor nur als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 für den Helaba-Konzern agiert. Diese Fähigkeit zur Beherrschung kann abweichend von einer allgemeinen mehrheitlichen Stimmrechtsquote zum Beispiel in Fällen entstehen, in denen der Helaba-Konzern aufgrund vertraglicher Vereinbarungen die Möglichkeit zur Bestimmung der relevanten Tätigkeiten des Unternehmens hat oder über potenzielle Stimmrechte verfügen kann.

Bestehen Optionsrechte oder ähnliche Rechte auf Stimmrechte, so werden sie bei der Überprüfung, wer über Stimmrechte eine Beherrschungsmöglichkeit ausüben kann, berücksichtigt, soweit sie als substanziell erachtet werden. Dabei werden sowohl mögliche Bedingungen oder Ausübungsfristen berücksichtigt als auch die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit einer Ausübung beurteilt.

Die Prüfung, ob unabhängig von einer rechtlich basierten eine faktische Beherrschungsmöglichkeit besteht, betrifft die Überprüfung, ob ein formaler Stimmrechtsinhaber oder ein Inhaber eines Rechts, das zur Beherrschung eines Unternehmens führen kann, als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 agiert. In diesem Fall agiert in einer wirtschaftlichen Betrachtung der

(De-facto-)Agent mangels wesentlicher eigener unternehmerischer Interessen am Unternehmen für einen anderen Investor. Dies kann auch dann vorliegen, wenn dieser andere Investor keine unmittelbaren Weisungsrechte hat, aber faktisch die Verhältnisse so auf ihn ausgerichtet sind, dass er ganz überwiegend die Variabilitäten aus dem Unternehmen trägt.

Als erstes Indiz für das Vorliegen eines (De-facto-)Agenten im Sinne des IFRS 10 wird ein Schwellenwert für die Teilhabe an den erwarteten Variabilitäten verwendet. Sofern der Helaba-Konzern rechtlich die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten eines Unternehmens zu bestimmen, wird auf Basis eines Schwellenwerts plausibilisiert, ob ein Indiz für eine Zurechnung zu Dritten nach IFRS 10 vorliegt. Eine solche Zurechnung kann beispielsweise von der Helaba Invest verwaltete Wertpapiersondervermögen betreffen.

Bei nicht eindeutiger Möglichkeit, die relevanten Tätigkeiten eines Unternehmens durch den Helaba-Konzern zu bestimmen, wird ab einem Tragen von rund 90 % der Variabilitäten seitens des Helaba-Konzerns eine vertiefte Einzelfallprüfung vorgenommen, ob die Helaba Beherrschungsmöglichkeit über das Unternehmen hat.

Die vorgenannten Prüfungen erfolgen periodisch für alle Fälle oberhalb einer Wesentlichkeitsschwelle. Bei wesentlichen Veränderungen der Beurteilungsgrundlagen oder einer Überschreitung der Wesentlichkeitsschwelle erfolgt eine Neueinschätzung. In einem gestuften Verfahren erfolgt zunächst eine Ersteinschätzung durch die dezentralen kunden- oder geschäftsbetreuenden Stellen mittels Checklisten. Diese stellen neben der Analyse rechtlicher Möglichkeiten zu Einflussnahmen auf Indizien des Tragens von Variabilitäten aus dem Unternehmen ab. Als Variabilitäten werden alle erwarteten positiven und negativen Beiträge des Unternehmens berücksichtigt, die in einer wirtschaftlichen Betrachtung vom Unternehmenserfolg abhängen und hierdurch Schwankungen unterliegen.

IFRS 11 regelt die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen oder gemeinschaftlichen Tätigkeiten, wenn mindestens zwei Unternehmen die gemeinschaftliche Führung eines Unternehmens ausüben. Die gemeinschaftliche Führung ist bei Änderungen der Gegebenheiten zu überprüfen.

Um festzustellen, ob eine gemeinschaftliche Tätigkeit vorliegt, wird analog zum Vorgehen bei Tochterunternehmen zunächst ermittelt, wer Beherrschungsmacht über die relevanten Tätigkeiten ausübt. Wird diese von zwei oder mehr Parteien auf einer vertraglichen Basis gemeinschaftlich ausgeübt, so liegt eine gemeinsame Vereinbarung vor. Die Überprüfung der Fälle mit vorliegenden gemeinsamen Vereinbarungen ergab bislang regelmäßig die Klassifizierung als Gemeinschaftsunternehmen. Bei der Überprüfung werden neben gesonderten Vereinbarungen über gemeinsame Entscheidungsfindungen oder Stimmrechtsausübungen auch notwendige Mindestquoten für Beschlüsse, die Gesellschafteranzahl und deren Stimmrechtsanteile, mögliche (De-facto-)Agentenverhältnisse oder fallweise Zustimmungsvorbehalte aus sonstigen vertraglichen Beziehungen berücksichtigt.

Maßgeblicher Einfluss bei bestehendem Anteilsbesitz liegt im Regelfall vor, wenn mindestens 20 % der Stimmrechte gehalten werden. Bei der Beurteilung, ob der Helaba-Konzern tatsächlich einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen ausüben kann, werden neben der Höhe der Stimmrechte weitere Parameter und Gegebenheiten berücksichtigt. Hierzu zählen beispielsweise die Vertretung durch Mitarbeiter in Leitungs- und Aufsichtsgremien der Gesellschaft sowie gegebenenfalls bestehende Zustimmungserfordernisse bei wesentlichen Entscheidungen im Unternehmen. Werden solche Faktoren im Rahmen der Überprüfung festgestellt, kann ein maßgeblicher Einfluss auch dann vorliegen, wenn die Beteiligung des Helaba-Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst, und es erfolgt eine vertiefte Analyse aller Einflussnahmemöglichkeiten und der Verhältnisse der Gesellschafter zueinander.

Die Überprüfung des Vorliegens gemeinschaftlicher Führungen oder von Assoziierungen erfolgt regelmäßig im Prozess zur Identifizierung der konsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen.

In den Konzernabschluss sind alle wesentlichen Tochterunternehmen und sonstigen Unternehmen, die von der Helaba mittel- oder unmittelbar beherrscht werden, im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Für die wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen und die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen erfolgt eine Bewertung at Equity gemäß IAS 28. In Einzelfällen, die einzeln und insgesamt betrachtet im Vergleich zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Konzerns von nur untergeordneter Bedeutung sind, wurde von einer Konsolidierung beziehungsweise Bewertung at Equity abgesehen. Die Überprüfung und Festlegung der Wesentlichkeit erfolgt durch eine Gegenüberstellung der (als nachhaltig eingeschätzten) bilanziellen Volumina und Ergebnishöhen der jeweiligen Unternehmen mit Schwellenwerten. Die Schwellenwerte werden aus den Durchschnitten der Bilanzvolumina und Ergebnishöhen des Konzerns der letzten fünf Jahre ermittelt. Bei so festgestellter Unwesentlichkeit erfolgt der Ausweis der Anteile unter den Finanzanlagen.

Die Erstkonsolidierungen erfolgen nach der Erwerbsmethode auf den Stichtag des Anteilserwerbs beziehungsweise des Entstehens einer Beherrschungsmöglichkeit im Sinne des IFRS 10. Die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den beizulegenden Zeitwerten auf diesen Erstkonsolidierungszeitpunkt. Verbleibende positive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden als Geschäfts- oder Firmenwert in der Konzernbilanz unter den immateriellen Vermögens-

werten ausgewiesen und mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen (siehe Anhangangabe (17)). Aus der Erstkonsolidierung resultierende negative Unterschiedsbeträge sind nach Überprüfung der beizulegenden Zeitwerte erfolgswirksam zu vereinnahmen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Gesamtergebnisrechnung als auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital beziehungsweise konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden bei Zugang auf Grundlage der Zeitwerte der ihnen zugeordneten Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Im Fall eines sukzessiven Anteilserwerbs wird die Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung vollkonsolidiert. Die Anteile, die vor Erlangung der Beherrschung erworben wurden (Altanteile), werden zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und der Kapitalkonsolidierung zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Altanteile und dem beizulegenden Zeitwert ist, gegebenenfalls nach Recycling erfolgsneutraler Buchwertbestandteile aus der Fortschreibung eines Equity-Werts oder der bisher erfolgsneutralen Bewertung aufgrund der Zuordnung zur Bewertungskategorie AfS, erfolgswirksam zu erfassen.

Entfällt eine Einbeziehungspflicht für bislang konsolidierte beziehungsweise at Equity bewertete Unternehmen, so erfolgt auf den Stichtag, an dem die Einbeziehungspflicht nicht mehr besteht, eine erfolgswirksame Entkonsolidierung beziehungsweise Beendigung der Bewertung at Equity. Der Ansatz der verbliebenen Anteile nach IAS 39 oder im Rahmen einer Bewertung at Equity erfolgt dabei zum beizulegenden Zeitwert.

Sind Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen zum kurzfristigen Verkauf bestimmt und liegen die sonstigen Voraussetzungen vor, so erfolgt eine Bewertung nach IFRS 5 und der Ausweis der Vermögenswerte, Schulden und Erfolgsbeiträge in separaten Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung.

Zwischen konsolidierten Unternehmen bestehende konzerninterne Salden sowie entstandene Erträge und Aufwendungen werden im Wege der Schulden- beziehungsweise Erfolgskonsolidierung eliminiert. Zwischenerfolge aus Transaktionen zwischen einbezogenen Unternehmen werden ebenfalls eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden vom Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Vorliegen der gemeinschaftlichen Führung zu den Anschaffungskosten des Konzerns in der Konzernbilanz angesetzt. Der bilanzierte Equity-Wert wird in den Folgejahren unter Berücksichtigung der Amortisierung von identifizierten stillen Reserven und Lasten um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens sowie eventuelle Wertminderungen und sonstige Risikovorsorgen werden als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ausgewiesen. Anteile am sonstigen Ergebnis von at Equity bewerteten Unternehmen werden in der Gesamtergebnisrechnung des Konzerns als eigene Ergebniskomponente angegeben.

Liegt der erzielbare Betrag der Anteile an einem at Equity bewerteten Unternehmen unter dem bisherigen Bilanzansatz, werden sie abgeschrieben. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen bis maximal zur Höhe des anteiligen fortzuführenden Equity-Werts.

(3) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des Helaba-Konzerns umfasst neben der Helaba als Mutterunternehmen 116 (31. Dezember 2015: 110) Unternehmen. Es werden 88 (31. Dezember 2015: 83) Gesellschaften durch Vollkonsolidierung und 28 (31. Dezember 2015: 27) Gesellschaften im Wege der At-Equity-Bewertung in den Konzern einbezogen. Bei den vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich um Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften nach IFRS 10, darunter auch Investmentvermögen.

Bei 37 Tochterunternehmen, 19 Gemeinschafts- und 16 assoziierten Unternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Helaba-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wird auf eine Einbeziehung in den Konzernabschluss verzichtet. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind in Anhangangabe (87) aufgeführt. Diese Aufstellung enthält auch Erläuterungen hinsichtlich einer im Vergleich zu einer von den Stimmrechten indizierten abweichenden Klassifizierung als Tochter-, Gemeinschafts- beziehungsweise assoziiertes Unternehmen.

Die Veränderungen im Konsolidierungskreis während des Geschäftsjahres betreffen folgende Tochtergesellschaften.

Veränderungen im Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen

Zugänge

Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im Dezember 2016
Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im Dezember 2016
Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Die im Vorjahr gegründete Gesellschaft ist nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit im März 2016 nicht mehr unwesentlich
Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im November 2016
MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	Nach Veränderung der Finanzierungsstruktur und aktuellen Werteinschätzungen Erlangung der Beherrschungsmöglichkeit nach IFRS 10 im Dezember 2016
MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	Nach Veränderung der Finanzierungsstruktur und aktuellen Werteinschätzungen Erlangung der Beherrschungsmöglichkeit nach IFRS 10 im Dezember 2016
Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im Dezember 2016
Vierte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im November 2016
Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im Dezember 2016

Bei den erstmals vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich überwiegend um Objektgesellschaften zur Entwicklung von Immobilien des Teilkonzerns OFB Projektentwicklung GmbH. Die MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG sowie die MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG sind Schiffsobjektgesellschaften und führten zu einem Zugang von 17 Mio. € beim Leasingvermögen.

Abgänge

Altherz Stuttgart 1 GmbH, Stuttgart	Verlust der Beherrschungsmöglichkeit nach Veräußerung der Immobilien der Gesellschaft im Januar 2016
Altherz Stuttgart 2 GmbH, Stuttgart	Verlust der Beherrschungsmöglichkeit nach Veräußerung der Immobilien der Gesellschaft im Januar 2016
HI-Turbo-Fonds, Frankfurt am Main	Auflösung des Fonds im Dezember 2016
Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Teilweise Veräußerung der Gesellschaftsanteile und Bewertung des verbleibenden Anteils at Equity ab Dezember 2016

Der Aufwand aus der Entkonsolidierung betrug bei Altherz Stuttgart 1 GmbH –3 Mio. € und bei Altherz Stuttgart 2 GmbH sowie bei der Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG jeweils –1 Mio. €. Der Ausweis erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Veränderungen im Kreis der at Equity bewerteten Unternehmen

Zugänge

GOB Projektentwicklung Fünfte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung Juni 2016
Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Teilweise Veräußerung der Gesellschaftsanteile und Bewertung des verbleibenden Anteils at Equity ab Dezember 2016

Abgänge

GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Veräußerung der Gesellschaftsanteile im Januar 2016

Der Abgangserfolg aus der Entkonsolidierung der GOB Werfthaus GmbH & Co. KG wird in Höhe von unter 1 Mio. € im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen.

(4) Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente in der Bilanz anzusetzen. Die Erstbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Gegenwert der hingegebenen beziehungsweise erhaltenen Vermögenswerte zum Zeitpunkt des Erwerbs entsprechen. Transaktionskosten werden grundsätzlich als Anschaffungsnebenkosten berücksichtigt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften nicht derivativer finanzieller Vermögenswerte zum Erfüllungstag und derivativer Finanzinstrumente zum Handelstag. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind, beziehungsweise wenn die Kontrolle oder Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet wurden:

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables, LaR)
Als Kredite und Forderungen (LaR) werden alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte kategorisiert, die mit festen oder bestimmbaren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, designiert. Auch Wertpapiere mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, für die kein aktiver Markt besteht, können als LaR kategorisiert werden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bestehende Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Die Buchwerte von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Aktiva gezeigt.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Forderungen, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Bezüglich der Berücksichtigung von Risiken aus dem Kreditgeschäft wird auf Anhangangabe (14) verwiesen.

Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (at Fair Value, aFV)
Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder zu Handelszwecken gehalten werden (Held for Trading, HfT) oder für die im Zugangszeitpunkt unwiderruflich von der Fair Value-Option (FVO) Gebrauch gemacht wird. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente designiert werden, sind immer der Bewertungskategorie HfT zugeordnet.

Bei den zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten besteht die Absicht, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Sie werden unter den Handelsaktiva oder Handelspassiva ausgewiesen. Die Aufwendungen und Erträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten werden vollständig im Handelsergebnis ausgewiesen. Nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente werden als positive oder negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Die Aufwände und Erträge aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten werden in einer separaten Ergebnisposition ausgewiesen.

Die FVO wird überwiegend für wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen der Hedge-Management-Strategie angewendet, für die keine Mikro-Hedge-Beziehung gemäß IAS 39 dokumentiert ist. Die FVO wird auch für Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten genutzt. Darüber hinaus designiert die Helaba finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die als Einheit (Portfolio) im Rahmen einer dokumentierten Risikomanagementstrategie zum beizulegenden Zeitwert gesteuert werden. Der Ausweis nicht derivativer Finanzinstrumente, für die die FVO ausgeübt wird, erfolgt in dem jeweiligen Bilanzposten, der auch ohne Designation genutzt worden wäre. Zinsen (inklusive amortisierter Agien beziehungsweise Disagien) und Dividenden der designierten Finanzinstrumente sind im Zinsüberschuss enthalten. Das Bewertungs- und das Veräußerungsergebnis werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ausgewiesen.

Bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten können Differenzen zwischen dem Transaktionspreis und dem beizulegenden Zeitwert (Day-One Profit or Loss) auftreten. Der Day-One Profit or Loss wird im Regelfall sofort ergebniswirksam vereinnahmt. Sofern die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf nicht beobachtbaren Bewertungsparametern beruht, ist der Day-One Profit or Loss über die Laufzeit in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity, HtM)
Eine Einstufung in die Kategorie HtM erfordert feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit der nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte. Des Weiteren müssen diese Finanzinstrumente mit der Absicht und der Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Helaba-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zugeordnet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AfS)
Die Kategorie AfS beinhaltet alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Bei der Helaba handelt es sich insbesondere um Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie um Beteiligungen. Finanzinstrumente der Kategorie AfS werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert, wie in Anhangangabe (5) erläutert. Sofern dieser bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen. Dies ist dann der Fall, wenn weder Preise von aktiven Märkten vorliegen noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind.

Das Ergebnis aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Anwendung von Hedge Accounting wird der Teil des Bewertungsergebnisses, der auf das abgesicherte Risiko entfällt, im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment), die dazu führen, dass der beizulegende Zeitwert voraussichtlich dauerhaft unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegen wird, wird die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag angepasst und im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Zuschreibungen auf zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalinstrumente werden nicht vorgenommen. Die Kriterien für das Vorliegen einer Wertminderung bestehen aus einer Zeit- und einer Wertveränderungskomponente.

Die Zinserträge aus Wertpapieren einschließlich amortisierter Agien und Disagien sowie Dividendenerträge aus Aktien oder Beteiligungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei einer Veräußerung eines finanziellen Vermögenswerts wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Finanzielle Verbindlichkeiten (Other Liabilities, OL)
Diese Kategorie beinhaltet finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ausweis der Buchwerte erfolgt in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Ausweis von Zinsanomalien
Zinsanomalien (negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten) werden in der Anhangangabe (24) tabellarisch aufgegliedert. Die Helaba weist positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten unter den Zinserträgen, negative Zinsen aus finanziellen Vermögenswerten unter den Zinsaufwendungen aus. Zahlungsströme, resultierend aus Zinsanomalien bei Derivaten, werden – in Analogie zu der in einem normalen Zinsumfeld vorgenommenen Saldierung der Zahlungsströme je Derivat – in Summe entweder im Zinsertrag oder Zinsaufwand ausgewiesen.

(5) Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Bewertungsmethoden
Im Konzern wird hinsichtlich der Bewertungsmethoden unterschieden, ob die Wertfindung der Finanzinstrumente direkt über an aktiven Märkten beobachtbare Preisnotierungen oder über marktübliche Bewertungsverfahren erfolgt. Dabei wird von den Märkten, zu denen die Helaba Zugang hat, grundsätz-

lich der Markt mit der höchsten Aktivität als der relevante angenommen (Hauptmarkt). Sofern für einzelne Finanzinstrumente kein Hauptmarkt definiert ist, wird der vorteilhafteste Markt herangezogen.

Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Basis von Preisnotierungen ermittelt. Ein Markt wird als aktiv eingestuft, sofern für die entsprechenden oder vergleichbare Finanzinstrumente Handel in ausreichender Höhe und Häufigkeit getätigt wird, wodurch regelmäßig Marktpreise ablesbar sind.

Für Finanzinstrumente, bei denen zum Stichtag keine Preisnotierungen auf einem aktiven Markt vorhanden sind beziehungsweise keine Preisnotierungen von vergleichbaren Finanzinstrumenten auf aktiven Märkten für die Wertermittlung herangezogen werden können, wird der beizulegende Zeitwert mittels anerkannter marktüblicher Bewertungsverfahren ermittelt. Die Bewertung erfolgt auf Basis der Cashflow-Struktur unter Berücksichtigung von geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen, Diskontfaktoren und Volatilität. Dabei kommen Modellierungstechniken wie Discounted-Cashflow-Verfahren oder gängige Optionspreismodelle zum Einsatz. Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modelle angewendet, die auf komplexeren Parametern, zum Beispiel Korrelationen, beruhen.

Die Eingangsparameter für die Modelle sind in der Regel am Markt beobachtbar. Sollten für benötigte Modellparameter keine Marktinformationen beobachtbar sein, werden diese über andere relevante Informationsquellen, zum Beispiel Preise für ähnliche Transaktionen oder historische Daten, abgeleitet.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über die für die Finanzinstrumente verwendeten Bewertungsmodelle:

Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle	Wesentliche Parameter
Zins-Swaps und Zinsoptionen	Discounted-Cashflow-Methode, Black-Modelle, Markov-Functional-Modell, SABR, Replication-Modell, bivariate Copula	Zinskurven, Zinsvolatilitäten, Korrelationen
Zinstermingeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven
Devisentermingeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Devisenkurse, Zinskurven
Aktien-/Index-Optionen	Black-Modelle, Local-Volatility-Modell	Aktienkurse, Zinskurven, Aktienvolatilitäten, Dividenden
Devisen-Optionen	Black-Modell, Skew-Barrier-Modell	Devisenkurse, Zinskurven, FX-Volatilitäten
Commodity-Optionen	Black-Modell, Turnbull/Wakeman	Commodity-Kurse, Zinskurven, Volatilitäten
Kreditderivate	Black-Modell	Zinskurven, Credit Spreads, Korrelationen
Geldmarktgeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven
Wertpapierpensionsgeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven
Schuldscheindarlehen	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven, Credit Spreads
Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte	Discounted-Cashflow-Methode	Zinskurven, Credit Spreads, Wertpapierkurse

Bei angekauften Ansprüchen aus Kapitallebensversicherungsverträgen wird der beizulegende Zeitwert auf Basis des von der Versicherungsgesellschaft mitgeteilten Rückkaufswerts ermittelt und um Einzahlungen und andere Wertänderungen bis zum Bilanzstichtag fortgeschrieben.

Wertanpassungen

Ein weiterer Teil des Bewertungsprozesses sind zum Teil erforderliche Wertanpassungen.

Bei der modellbasierten Bewertung von Finanzinstrumenten besteht je nach Komplexität des Finanzinstruments eine Unsicherheit in der Wahl eines geeigneten Modells, gegebenenfalls dessen numerischer Implementierung sowie in der Parametrisierung/Kalibrierung dieses Modells. Diese Unsicherheiten werden in der Bewertung nach dem Fair Value-Prinzip über Model Adjustments berücksichtigt, welche sich wiederum in Deficiency Adjustments und Complexity Adjustments unterteilen.

Ein Deficiency Adjustment dient zur Abbildung der Bewertungsunsicherheit, die aus der Verwendung eines Bewertungsmodells resultiert. Eine Modellunsicherheit liegt vor, wenn ein nicht (mehr) marktgängiges Modell verwendet wird oder die Unschärfe in einem inadäquaten Kalibrierungsverfahren oder der technischen Implementierung begründet ist. Complexity Adjustments werden berücksichtigt, wenn hinsichtlich des einzusetzenden Modells kein Konsens aus dem Markt ableitbar ist oder die Parametrisierung des Modells sich nicht eindeutig aus den Marktdaten ergibt. In diesen Fällen wird von einem Modellrisiko gesprochen. Der sich aus den verschiedenen Adjustments ergebende Bewertungsabschlag wird in Form einer Modellreserve berücksichtigt.

Grundsätzlich werden Derivate derzeit in den Front-Office-Systemen risikolos bewertet, das heißt, es wird explizit angenommen, dass die jeweiligen Kontrahenten bis zur vertraglichen Fälligkeit der ausstehenden Geschäfte überleben. Das

so genannte Credit Value Adjustment (CVA) gibt das kalkulatorische Verlustrisiko wider, welchem sich der Konzern bei aus seiner Sicht positivem Marktwert gegenüber seinem Kontrahenten ausgesetzt sieht. Fällt der Kontrahent aus, so kann lediglich noch ein Bruchteil des Marktwerts der ausstehenden Geschäfte im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsprozess realisiert werden (Recovery Rate). Das Exposure im Zeitablauf wird mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation geschätzt. Das so genannte Debit Value Adjustment (DVA) ist das Spiegelbild des CVA und definiert sich als der Teil des aus Sicht des Konzerns negativen Marktwerts, welcher kalkulatorisch durch einen Ausfall für den Kontrahenten verloren ginge. Der sich aus CVA und DVA ergebende Betrag wird in Form einer Bewertungsanpassung berücksichtigt.

Anpassungen der Bewertung aufgrund von Refinanzierungsaspekten (Funding Valuation Adjustments, FVA) sind notwendig, um die vom Markt implizierten Finanzierungskosten bei der Bewertung von derivativen Finanzinstrumenten zu berücksichtigen. Finanzierungskosten fallen bei der replizierenden Absicherung unbesicherter Kundenderivate durch besicherte, im Interbankenmarkt abgeschlossene Hedge-Derivate an. Während sich das zu finanzierende Volumen aus einer Exposure-Simulation ergibt, werden die Refinanzierungssätze rollierend zum Euribor (Euro Interbank Offered Rate) angesetzt.

Die Bewertung erfolgt ähnlich CVA/DVA beidseitig, das heißt, es werden sowohl Funding Benifit Adjustments (FBA) aus negativem Exposure als auch Funding Cost Adjustments (FCA) aus positivem Exposure berücksichtigt.

Validierung und Kontrolle
Der Bewertungsprozess ist einer laufenden Validierung und Kontrolle unterworfen. Teil der handelsunabhängigen Bewertung der Positionen im Handelsgeschäft ist die Sicherstellung der Angemessenheit der für die Bewertung eingesetzten Methoden beziehungsweise Modelle.

Neue Bewertungsmodelle werden grundsätzlich vor ihrem Ersteinsatz einer umfassenden initialen Validierung unterzogen. In Abhängigkeit von Materialität sowie Marktgängigkeit und Komplexität des eingesetzten Modells werden die Bewertungsmodelle regelmäßig überprüft. Darüber hinaus erfolgen anlassbezogene Überprüfungen, wenn zum Beispiel wesentliche Methodenänderungen erfolgen.

Im Rahmen der handelsunabhängigen Prüfung der Bewertungsparameter (Independent Price Verification) wird darüber hinaus die Marktkonsistenz der zur Bewertung der Finanzinstrumente verwendeten Parameter sichergestellt.

(6) Hierarchie der Bewertungslevel

Level 1
Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Diese beizulegenden Zeitwerte werden als Level 1 ausgewiesen.

Level 2
Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein direkt beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung auf Basis vergleichbarer Finanzinstrumente mit Preisnotierungen auf aktiven Märkten. Sind diese ebenfalls nicht verfügbar, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei die wesentlichen Inputdaten auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und externen Quellen entnommen werden. Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet. In diesen Fällen werden die beizulegenden Zeitwerte als Level 2 ausgewiesen.

Level 3
In den Fällen, bei denen wesentliche Inputparameter nicht direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Basket-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden Arranger-Preise herangezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten, nicht börsennotierten Beteiligungen sowie die Werthaltigkeitsprüfung von Geschäfts- oder Firmenwerten beruht auf nicht beobachtbaren Inputparametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen. Für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden die beizulegenden Zeitwerte auf Basis von erwarteten Erträgen und Aufwendungen ermittelt, so dass sie ebenfalls dem Level 3 zuzuordnen sind.

(7) Bilanzielle Verrechnung von Vermögenswerten und Verpflichtungen

Gemäß IAS 32 ist eine Aufrechnung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen vorzunehmen, sofern eine Saldierung der bilanzierten Beträge jederzeit rechtlich durchsetzbar ist und entweder beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen, oder, den Vermögenswert und die Verpflichtung zeitgleich zu realisieren. Die rechtliche Durchsetzbarkeit darf nicht erst bedingt bei Eintritt bestimmter Umstände entstehen, sondern muss auch im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit zulässig sein. Der Umfang der bilanziellen Saldierung und der nur bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten, welche die Anforderungen an eine bilanzielle Saldierung nicht erfüllen, ist in Anhangangabe (62) dargestellt.

(8) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, das heißt für die Bilanzierung von Sicherungsinstrumenten (insbesondere Derivaten) und den durch sie abgesicherten Grundgeschäften.

Der Helaba-Konzern schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Werden Derivate nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind, eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung spezieller Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu.

Zu Beginn der Sicherungsbeziehung sind sowohl die Sicherungsbeziehung als auch die Risikomanagementziele und -strategien des Konzerns sowie die Methode zur prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessung im Hinblick auf die Sicherungsbeziehung zu dokumentieren. Insbesondere sind das abzusichernde Grundgeschäft, das abzusichernde Risiko und das Sicherungsinstrument eindeutig zu benennen.

Darüber hinaus verlangt IAS 39 einen effektiven Sicherungszusammenhang. Hierzu wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen regelmäßig überwacht. Eine Sicherungsbeziehung wird als effektiv betrachtet, wenn sowohl im Zeitpunkt der Designation als auch während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung die Wertänderungen des Grundgeschäfts durch die des Sicherungsinstruments in hohem Maße kompensiert werden (prospektiver Effektivitätstest oder Effektivitätsvermutung) und sich die aktuellen Bewertungsergebnisse in einer Spannbreite zwischen 80 % und 125 % bewegen (retrospektiver Effektivitätstest). Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv, wird sie aufgelöst. Verbleibt nach Beendigung einer Sicherungsbeziehung das Grundgeschäft in der Bilanz, erfolgt eine Amortisation der während der Sicherung vorgenommenen Buchwertanpassungen des zinstragenden Grundgeschäfts über dessen verbleibende Restlaufzeit im Zinsergebnis.

Der Helaba-Konzern nutzt das Mikro Fair Value Hedge Accounting, um zinsinduzierte Marktpreisänderungen der gesicherten Grundgeschäfte durch Wertänderungen aus Sicherungsderivaten auszugleichen. Einem solchen zinsinduzierten Marktpreisrisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die Wertpapiere des Liquiditätsanlageportfolios, sofern es sich um festverzinsliche Titel handelt. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Zins-Swaps und Zins-Währungs-Swaps genutzt, die den Anforderungen des Hedge Accounting genügen.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und unter den Bilanzposten Positive beziehungsweise Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Bei Grundgeschäften, die ohne Hedge Accounting zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bilanzieren wären, führen die Wertänderungen des Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zu einer entsprechenden Buchwertanpassung. Diese auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts wird zusammen mit der gegenläufigen Änderung des Sicherungsinstruments erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Die Absicherung von Fremdwährungsrisiken erfolgt mittels nicht derivativer Finanzinstrumente für Beteiligungen der Kategorie AfS und für eine Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit. Der Gewinn beziehungsweise Verlust aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäfts wird erfolgsneutral behandelt und in der Rücklage aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

Positive und negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

Unter diesem Posten werden im Helaba-Konzern Derivate ausgewiesen, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden. Hierunter fallen auch Derivate, die als Sicherungsinstrumente für einen Mikro Fair Value Hedge designiert sind. Darüber hinaus werden in diesem Posten derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nach IAS 39 nicht dokumentiert ist (ökonomische Hedges). Positive Marktwerte werden auf der Aktivseite und negative Marktwerte werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertungsergebnisse der Derivate, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden in Abhängigkeit von ihrer Verwendung im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) oder im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option erfasst. Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus diesen Derivaten werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

(9) Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Verträge bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Ein eingebettetes Derivat ist integraler Bestandteil des strukturierten Produkts und kann nicht separat gehandelt werden.

IAS 39 sieht unter bestimmten Voraussetzungen vor, eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke aus den zugehörigen Basisverträgen herauszulösen und als freistehende Derivate zu behandeln, soweit nicht das gesamte strukturierte Produkt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

Im Helaba-Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, jeweils separat bilanziert oder es wird die FVO für das strukturierte Produkt genutzt.

(10) Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung einer bestimmten Zahlung verpflichtet ist, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigt, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seine vertraglichen Zahlungsverpflichtungen eines Schuldinstruments nicht vertragsgemäß erfüllt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie erfasst. Dabei erfolgt der Ansatz einer Finanzgarantie bei der Helaba (Garantiegeber) zum beizulegenden Zeitwert, der bei Ausgeglichenheit der zu erwartenden Leistungen (Verpflichtungsbarwert) und Gegenleistungen in Form von ratierlichen, nachschüssigen und marktgerechten Prämienzahlungen (Prämienbarwert) dem Wert null entspricht. Im Rahmen der Folgebewertung wird für drohende Verluste aus einer Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie eine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus werden Finanzgarantien, für die im Zugangszeitpunkt die FVO ausgeübt wurde, sowohl im Rahmen der Zugangsbewertung als auch im Rahmen der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ausgewiesen.

(11) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Der Helaba-Konzern tritt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften sowohl als Pensionsgeber (Repo-Geschäfte) als auch als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) auf.

Repo-Geschäfte sind Verträge, bei denen ein Pensionsgeber ihm gehörende Wertpapiere an einen Pensionsnehmer gegen Zahlung eines bestimmten Betrags überträgt. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Pensionsnehmer die an ihn übertragenen oder gleichartige Wertpapiere zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt gegen Zahlung eines im Voraus vereinbarten Entgelts an den Pensionsgeber zurückübertragen muss.

Aufgrund der unbedingten Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere durch den Pensionsnehmer kommt es zu keinem bilanziellen Abgang der Wertpapiere beim Pensionsgeber und die Wertpapiere werden weiterhin in der Konzernbilanz entsprechend ihrer Bewertungskategorie gemäß IAS 39 bewertet und unter den Handelsaktiva oder innerhalb des Finanzanlagebestands ausgewiesen. Entsprechend werden die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften vom Helaba-Konzern in Pension genommenen Wertpapiere nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen, da es wirtschaftlich zu keinem Zugang kommt.

Sofern Repo-Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen werden, wird die zufließende Liquidität als Verbindlichkeit unter den Handelspassiva ausgewiesen und zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei wird der Unterschiedsbetrag zwischen erhaltener Zahlung und Rückzahlungsverpflichtung als Bestandteil des Bewertungsergebnisses im Handelsergebnis erfasst. Offenmarktgeschäfte, bei denen die Liquiditätssteuerung im Vordergrund steht, werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Die vereinbarten Zinszahlungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Im umgekehrten Fall werden Liquiditätsabflüsse aus Reverse-Repo-Geschäften, sofern sie mit Handelsabsicht getätigt werden, als Forderungen innerhalb der Handelsaktiva bilanziert und entsprechend bewertet. Die Bewertungsergebnisse werden, wie bei den Repo-Geschäften, entsprechend der Zweckbestimmung im Handelsergebnis erfasst.

Von den echten Wertpapierpensionsgeschäften sind Wertpapierleihegeschäfte abzugrenzen, bei denen der Helaba-Konzern sowohl als Verleiher als auch als Entleiher von Wertpapieren auftritt.

Hierbei werden Wertpapiere für einen begrenzten Zeitraum verliehen, wobei sich der Entleiher verpflichtet, mit Fristablauf Wertpapiere gleicher Art, Güte und Menge an den Verleiher zurückzuübertragen. Es handelt sich mithin um ein Sachdarlehen gemäß § 607 BGB. Während verliehene Wertpapiere beim Verleiher weiterhin im Wertpapierbestand (Handelsaktiva, Finanzanlagen) ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet werden, erfolgt keine Bilanzierung und Bewertung entliehener Wertpapiere beim Entleiher.

Für Wertpapierleihegeschäfte gestellte Barsicherheiten werden unter den Forderungen, erhaltene Barsicherheiten unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Vom Helaba-Konzern gestellte Wertpapiersicherheiten werden weiterhin nach der ursprünglich gewählten Bilanzierungsmethode bilanziert.

Erträge und Aufwendungen aus Wertpapierleihegeschäften werden, sofern sie zu Handelszwecken abgeschlossen werden, im Handelsergebnis ausgewiesen. Ansonsten erfolgt der Ausweis im Zinsergebnis.

Aus Leerverkäufen von entliehenen Wertpapieren resultierende Verbindlichkeiten werden unter den Handelspassiva zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

(12) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand bei dem Leasinggeber liegen. Demgegenüber sind solche Leasinggeschäfte, bei denen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen werden, als Finanzierungsleasing einzustufen.

Der Konzern als Leasinggeber
Soweit im Helaba-Konzern Operating-Leasinggeschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen oder unter den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt nach den dort beschriebenen Grundsätzen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Wenn der Leasingvertrag als Finanzierungsleasing klassifiziert ist, wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden oder Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Der Zinsanteil wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Der Konzern als Leasingnehmer
Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasingverhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(13) Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften in den Abschlüssen der einbezogenen Unternehmen sowie die Umrechnung der Abschlüsse von ausländischen Geschäftsbetrieben mit einer von der Berichtswährung abweichenden funktionalen Währung erfolgen nach den Regelungen des IAS 21.

Sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente (Aktien, Beteiligungen) in Fremdwährung werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Posten (zum Beispiel Sachanlagen) werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden, mit Ausnahme der aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten resultierenden Differenzen, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen einbezogener Geschäftsbetriebe (Tochterunternehmen, Niederlassungen) wird zunächst mittels der Zeitbezugsmethode von der Fremdwährung in die funktionale Währung umgerechnet, sofern diese Währungen voneinander abweichen. Anschließend erfolgt die Umrechnung in die Berichtswährung (Euro) gemäß der modifizierten Stichtagskursmethode. Hierbei werden sämtliche monetären und nicht monetären Vermögenswerte und Schulden unter Verwendung des EZB-Referenzkurses des Bilanzstichtags in die Berichtswährung umgerechnet. Erträge und Aufwendungen der Berichtsperiode werden zum Periodendurchschnittskurs umgerechnet. Alle sich hieraus ergebenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden bis zum Abgang oder zur Einstellung des ausländischen Geschäftsbetriebs in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Rücklage aus der Währungsumrechnung) ausgewiesen.

(14) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Helaba-Konzern wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR, die unter den Forderungen ausgewiesen werden, vorgenommen. Dabei unterliegen alle signifikanten Forderungen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, erfolgt eine Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs.

Wesentliche Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung sind beispielsweise:

- Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen,
- ungeregelte Überziehung für mehr als 90 Tage,
- bonitätsbedingte Restrukturierung,
- Zwangsvollstreckungsmaßnahmen,
- Vorliegen der Voraussetzung auf Antrag oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens,
- Vorliegen von Stundungsmaßnahmen.

Die Bildung einer Wertberichtigung ist erforderlich, wenn es wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen erbracht werden können. Die Höhe der Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag der Forderung. Der erzielbare Betrag entspricht dem Barwert der erwarteten Cashflows, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verwertung von Sicherheiten. Zur Diskontierung der erwarteten Cashflows wird der ursprüngliche Effektivzinssatz der Forderung herangezogen; bei Forderungen mit variablen Zinssätzen wird der aktuelle Zinssatz verwendet.

Bei unveränderten Zahlungserwartungen ergibt sich durch Zeitablauf eine Barwertänderung (Unwinding). Das Unwinding ist Bestandteil des Zinsertrags. Eine Zuführung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung wird als Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Sie resultiert aus seit dem letzten Bilanzstichtag eingetretenen Cashflows, die in ihrer Höhe von den erwarteten Beträgen abweichen, veränderten Erwartungen über zukünftige Cashflows sowie der Änderung von variablen Zinssätzen. Wechselkursveränderungen werden ebenfalls erfolgswirksam berücksichtigt.

Nicht signifikante Forderungen mit Hinweis auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolios mit ähnlichen Risikostrukturen zusammengeführt und nach einheitlicher Methodik bewertet. In die Berechnung der pauschalierten Einzelwertberichtigungen gehen Daten aus der Kreditrisikomessung ein, insbesondere die ausfallgefährdeten Beträge, Sicherheiten und historische Ausfallwahrscheinlichkeiten. Länderrisiken sind dabei implizit berücksichtigt. Auf Basis dieser Methodik werden auch Portfoliowertberichtigungen gebildet, und zwar für Forderungen, bei denen keine objektiven Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen oder bei denen im Rahmen der Einzelermittlung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde. Die Portfoliowertberichtigung dient der Abdeckung eingetretener, aber noch nicht identifizierter Wertminderungen. Hierzu werden erwartete Verluste mit Faktoren multipliziert, die den Zeitraum zwischen Eintritt und Identifizierung einer Wertminderung widerspiegeln.

Die Risikovorsorge für bilanzielle Forderungen wird offen von den Forderungen an Kreditinstitute und den Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe entspricht weitgehend den Verfahren für das bilanzielle Kreditgeschäft. Zusätzlich wird jedoch die Ziehungswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst. Die Abbildung der direkten Abschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen erfolgt in der Position Risikovorsorge im Kreditgeschäft der Gewinn- und Verlustrechnung.

(15) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind Immobilien, die der langfristigen Erzielung von Mieterträgen beziehungsweise Wertsteigerungen dienen.

Bei der Zuordnung von gemischt genutzten Immobilien, das heißt Immobilien, die zum Teil vermietet und zum Teil selbst genutzt werden, wird zunächst geprüft, ob die einzelnen Teile gesondert veräußert oder vermietet werden können beziehungsweise ob ein aktiver Markt für die Immobilienteile vorhanden ist. Für den Fall, dass eine Aufteilung der Immobilie nicht möglich ist, wird eine Klassifizierung als als Finanzinvestition gehaltene Immobilie nur dann vorgenommen, wenn der Anteil der Eigennutzung am Gesamtobjekt unwesentlich ist. Immobilien, deren selbst genutzter Anteil aus Konzernsicht wesentlich ist, werden gemäß IAS 16 bilanziert und unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sind zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst. Fremdkapitalkosten werden unter den Bedingungen des IAS 23 als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Gebäude werden planmäßig linear über ihre geschätzte wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Komponentenansatz kommt zur Anwendung, wenn sich wesentliche Bestandteile deutlich in ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer unterscheiden.

Die Bandbreiten der zugrunde gelegten Nutzungsdauern bewegen sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsart der Immobilie in folgendem Rahmen:

- Wohn- und Geschäftshäuser 40 – 80 Jahre
- Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser 40 – 60 Jahre
- Spezialimmobilien 20 – 60 Jahre

Darüber hinausgehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn der Grund für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen ist.

Der Ausweis von Mieterträgen, Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie Abschreibungen und sonstigen direkt den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zurechenbaren Aufwendungen erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die in Anhangangabe (44) angegebenen Marktwerte der Immobilien werden nach international anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt. Für den überwiegenden Bestand des Konzerns an Wohngebäuden, Gewerbeobjekten, Garagen und Stellplätzen sowie unbebauten Grundstücken erfolgt die Bewertung durch unabhängige Sachverständige nach Marktwerten, insbesondere ermittelt auf Basis des Discounted-Cashflow-Verfahrens. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt aufgrund der Kapitalanlagebasis des nachhaltigen erreichbaren Mieteinkommens unter Berücksichtigung der Bewirtschaftungskosten und erwarteter Leerstandsquoten.

Für die Bewertung werden die Immobilien aufgrund einer Standort- und Objektbeurteilung strukturiert und in Cluster unterteilt. Grundlage hierfür sind die Parameter Markt (Makro-Standort), Standort (Mikro-Standort), Objekt und Qualität des Cashflows. Dabei werden in sich homogene Gruppen gebildet, die sich untereinander in Bezug auf die Lage und die Qualität der Verwaltungseinheiten und damit ihr jeweiliges Risiko unterscheiden.

Auf Basis der gebildeten Cluster wurden folgende Grundsätze angewendet:

- Ableitung von jährlichen Mietsteigerungsraten;
- Ableitung von nicht umlagefähigen Betriebskosten;
- Ableitung von effektiven Leerstandsquoten;
- Ableitung von Kapitalisierungs- und Diskontierungszinssätzen.

Auf Basis der Immobilien wurden folgende Grundsätze angewendet:

- Festlegung der Marktmiete zum Bewertungsstichtag;
- Festlegung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung und sonstige Aufwendungen;
- Entwicklung der Miete je m² Mietfläche aus der Fortschreibung der Marktmiete und der Ist-Miete;
- Entwicklung des Leerstands bei clusterspezifischen Annahmen zum Zielleerstand;
- Entwicklung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung, nicht umlagefähige Betriebskosten, sonstige Aufwendungen sowie gegebenenfalls Erbbauzinsen.

Die Ermittlung der Cashflows erfolgt in zwei Schritten. Über einen Detailprognosezeitraum von zehn Jahren ergeben sich die Einzahlungen aus den derzeitigen Soll-Mieten bei unterstellter Vollvermietung, vermindert durch Ertragsschmälerungen aufgrund aktueller Leerstände im ersten Jahr respektive angenommener struktureller Leerstände in den Folgejahren zwei bis zehn. Der so ermittelte Betrag, vermindert um Verwaltungskosten, nicht umlagefähige Betriebskosten, Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten sowie Erbbauzinsen, ergibt den freien zu diskontierenden Cashflow vor Steuern und Kapitaldienst. Im elften Jahr wird ein hypothetischer Verkauf der Immobilie unterstellt, der Verkaufswert wird als Restwert der Berechnung zugrunde gelegt. Die Summe der Barwerte der Zahlungsströme des Detailprognosezeitraums und des hypothetischen Wiederverkaufs stellt den beizulegenden Zeitwert der Immobilie dar.

Der Diskontierungssatz besteht aus einem risikolosen Zinssatz sowie Zu- und Abschlägen für bestehende Immobilien-, Lage- und Marktrisiken.

(16) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen sind selbst genutzte Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien im Bau (sofern sie nicht für die zukünftige Nutzung als Finanzinvestition erstellt oder entwickelt werden) sowie Leasinggegenstände, die im Rahmen von Operating-Leasinggeschäften vermietet werden, ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Diese umfassen den Kaufpreis sowie alle direkt zurechenbaren Kosten, die anfallen, um den Vermögenswert in betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung von Sachanlagen werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben werden.

Die Bandbreite der erwarteten Nutzungsdauern stellt sich wie folgt dar:

- Gebäude 25 – 80 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung 1 – 30 Jahre
- Leasinggegenstände 3 – 25 Jahre

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert einer Sachanlage den höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert überschreitet. Fallen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung in Folgejahren weg, erfolgt eine Zuschreibung höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Verwaltungsaufwand, Gewinne und Verluste aus Anlageabgängen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(17) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung, Software sowie im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährlich und anlassbezogen bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Der Werthaltigkeitstest erfolgt für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit, der ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde. Die Zuordnung erfolgt zu den jeweils identifizierbaren Gruppen von Mittelzuflüsse erzeugenden Vermögenswerten, die weitgehend unabhängig von Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Bei der Ermittlung, ob ein Vermögenswert oder eine Gruppe von Vermögenswerten größtenteils von anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten unabhängige Mittelzuflüsse erzeugen, fließen diverse Faktoren ein, einschließlich der Art der Steuerung der Unternehmenstätigkeit durch das Management. Beim Werthaltigkeitstest wird der so genannte erzielbare Betrag mit dem Nettobuchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit inklusive Buchwerten der zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert von Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Sofern keine zeitnahen vergleichbaren Transaktionen oder beobachtbaren Marktpreise vorliegen, erfolgt im Regelfall eine Wertermittlung nach einem ertragswertorientierten Modell, das die erwarteten künftigen Ertragsüberschüsse barwertig bewertet. Die Ertragserwartungen werden aus Planungsrechnungen und individuellen Annahmen über Wachstumstrends von Erlösen und Kosten abgeleitet. Für den zu berücksichtigenden Zeitraum nach dem Planungszeitraum wird aus der Planung ein nachhaltiges Ergebnis für das Modell der ewigen Rente abgeleitet. Die Barwertberechnung erfolgt durch den Ansatz aktueller langfristiger lokaler Marktzinsen und die Berücksichtigung eines Risikozuschlags, der sich aus einer Marktrisikoprämie und einem Beta-Faktor ergibt. Sofern der Geschäfts- oder Firmenwert aus einer Objektgesellschaft resultiert, kann eine Zeitwertermittlung auch objektbezogen erfolgen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit den erzielbaren Betrag übersteigt. Dann wird eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe der Differenz vorgenommen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wird.

Software wird zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig über einen Zeitraum von überwiegend drei Jahren abgeschrieben. Die Abschreibung der erworbenen Auftragsbestände erfolgt entsprechend ihrer vertraglichen Laufzeit. Abschreibungen auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Abgangsergebnisse werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

(18) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Langfristige Vermögenswerte, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie bereits mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen werden ebenso wie Abgangsgruppen nach IFRS 5 und die mit diesen Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten in gesonderten Bilanzposten ausgewiesen. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt für mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen ein Ausweis der Erträge und Aufwendungen einschließlich der Veränderungen latenter Steuern im Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

Voraussetzung für die Bilanzierung nach IFRS 5 ist eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Veräußerung innerhalb von zwölf Monaten.

Bis zum Vorliegen der Voraussetzungen werden die Vermögenswerte nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bewertet. Sobald die Voraussetzungen nach IFRS 5 erfüllt sind, erfolgt ab diesem Zeitpunkt eine Bewertung mit dem niedrigeren Wert aus dem Vergleich des Buchwerts und des erzielbaren Nettoveräußerungswerts.

(19) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

Die sonstigen Aktiva enthalten Immobilien des Vorratsvermögens, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmt sind. Sie umfassen sowohl fertiggestellte Immobilien als auch im Bau befindliche Objekte, die selbst entwickelt und vermarktet werden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert, das heißt dem geschätzten erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der noch erwarteten Kosten für die Fertigstellung und den Verkauf. Fremdkapitalzinsen werden aktiviert, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind. Erträge und Aufwendungen aus Immobilien des Vorratsvermögens werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

In den sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva werden ferner Vermögenswerte beziehungsweise Schulden ausgewiesen, die für sich betrachtet von untergeordneter Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

(20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung im Helaba-Konzern umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen. Es bestehen sowohl Beitragszusagen (Defined Contribution Plans) als auch Leistungszusagen (Defined Benefit Plans).

Für Beitragszusagen werden festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger entrichtet. Da für den Konzern keine weiteren Zahlungsverpflichtungen bestehen, werden für diese Zusagen grundsätzlich keine Rückstellungen gebildet. Die laufenden Beiträge für Beitragszusagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Im Rahmen der Leistungszusagen bestehen sowohl Gesamtversorgungszusagen als auch Endgehaltspläne und Rentenbausteinsysteme. Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die gemäß IAS 19 Planvermögen darstellen und mit den Pensionsverpflichtungen verrechnet werden. Ergibt sich dadurch eine Vermögensüberdeckung, ist der Ansatz des Nettovermögenswerts begrenzt auf den Barwert der damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile, über die der Konzern während der Laufzeit des Versorgungsplans oder nach deren Erfüllung verfügen kann (Asset Ceiling). Wirtschaftliche Vorteile können beispielsweise in Form von Rückerstattungen oder der Minderung von Beitragszahlungen bestehen.

Die Pensionsverpflichtungen aus Leistungszusagen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie ein aktueller Marktzins zugrunde gelegt werden. Dieser Diskontierungszinssatz orientiert sich an der Verzinsung währungskongruenter erstklassiger Industrieanleihen mit einer der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der Zahlungsverpflichtungen entsprechenden Fristigkeit. Dabei wird im Inland ein Referenzzinssatz verwendet, der eine breite Anzahl von „AA“-eingestuften Anleihen berücksichtigt und um statistische Ausreißer bereinigt ist. Bei der Festlegung dieses Zinssatzes orientiert sich die Helaba im Wesentlichen an der Zinsempfehlung von Mercer. Der tatsächlich verwendete Zinssatz liegt in einem Intervall mit einer Breite von 0,5 Prozentpunkten, in dem drei erwartete Szenarien gerechnet werden. Es wird ausgehend von der Zinsempfehlung von Mercer der Zinssatz des Szenarios verwendet, der unter Berücksichtigung der Duration und der Zinsempfehlung anderer Aktuare als bester Schätzer anzusehen ist. Durch dieses Vorgehen sollen positive oder negative Ausreißer vermieden werden.

Gemäß IAS 19 wird der in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassende Pensionsaufwand für Leistungszusagen bereits maßgeblich zu Beginn eines Geschäftsjahres bestimmt. Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen die Nettozinskomponente und den laufenden Dienstzeitaufwand.

Die Nettozinskomponente umfasst sowohl den Aufwand aus der Aufzinsung des Barwerts der Pensionsverpflichtung als auch den rechnerischen Zinsertrag aus dem Planvermögen. Sie wird durch Multiplikation der Nettoschuld (Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich Planvermögen) zu Beginn der Periode mit dem dann gültigen Diskontierungszinssatz ermittelt, wobei erwartete unterjährige Beiträge und Rentenzahlungen berücksichtigt werden. Die Nettozinskomponente umfasst im Fall einer Planüberdeckung auch das Zinsergebnis aus einer etwaigen Begrenzung des Planvermögensüberhangs. Der Nettozinsaufwand ist im Zinsüberschuss enthalten.

Der laufende Dienstzeitaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Ändert sich der Barwert einer leistungsorientierten Zusage aufgrund einer Planänderung oder einer Plankürzung, werden die daraus resultierenden Effekte als nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand in dem Zeitpunkt erfolgswirksam im Verwaltungsaufwand erfasst, in dem die Planänderung oder Plankürzung eintritt. Etwaige Gewinne oder Verluste aus einer Abgeltung von leistungsorientierten Versorgungszusagen werden ebenso behandelt.

Abweichungen zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen zu Beginn der Periode und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie die Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende führen zu Neubewertungseffekten, die erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen werden.

Ist der Helaba-Konzern an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber beteiligt, für die keine hinreichend verlässlichen Informationen zur Verfügung stehen, um sie als solche zu bilanzieren, werden sie wie beitragsorientierte Pläne behandelt und ergänzende Informationen bereitgestellt.

(21) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, sofern dem Helaba-Konzern aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Ressourcenabfluss führen wird und zuverlässig geschätzt werden kann. Die betragliche Höhe beziehungsweise der Fälligkeitstermin der Verpflichtung sind dabei ungewiss. Der als Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgabe, die zur Begleichung der Verpflichtung am Bilanzstichtag erforderlich ist.

Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert ausgewiesen, sofern der Effekt der Abzinsung wesentlich ist. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen und risikoadäquaten Zinssatz.

In den anderen Rückstellungen sind darüber hinaus Rückstellungen für den Personalbereich enthalten, die nach IAS 19 bewertet werden.

(22) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen.

Latente Ertragsteueransprüche und verpflichtungen werden grundsätzlich auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und dem entsprechenden Steuerwert gebildet. Sie werden mit den Steuersätzen bewertet, die zum Berichtsstichtag beschlossen und für den Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuern maßgeblich sind. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen Nutzung ausgegangen werden kann. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden unter der Voraussetzung gleicher Steuerart und Steuerbehörde saldiert. Eine Abzinsung erfolgt nicht. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Die tatsächlichen und latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden in den Anhangangaben zu den Posten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen gesondert ausgewiesen.

(23) Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden Genussrechtsemissionen, verbriefte und unverbriefte nachrangige Verbindlichkeiten sowie stille Einlagen, die aufgrund in IAS 32 definierter Abgrenzungskriterien als Fremdkapital klassifiziert werden müssen, ausgewiesen.

Die unter dem Nachrangkapital ausgewiesenen Finanzinstrumente sind grundsätzlich der Kategorie finanzielle Verbindlichkeiten (OL) zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Vermeidung von Bewertungsinkongruenzen werden für Teile des Nachrangkapitals Mikro Fair Value Hedges oder die FVO genutzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(24) Zinsüberschuss

in Mio. €

	2016	2015
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.531	2.763
Festverzinslichen Wertpapieren	246	270
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	239	249
Nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	879	1.003
Finanzinstrumenten der FVO	66	66
Finanziellen Verbindlichkeiten (negative Zinsen)	22	4
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	24	22
Anteilen an verbundenen Unternehmen	1	2
Beteiligungen	14	6
Zinserträge	**4.022**	**4.385**
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	–1.024	–1.178
Verbrieften Verbindlichkeiten	–332	–358
Nachrangkapital	–146	–156
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	–223	–257
Nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–795	–841
Finanzinstrumenten der FVO	–208	–237
Finanziellen Vermögenswerten (negative Zinsen)	–20	–5
Rückstellungen	–43	–41
Zinsaufwendungen	**–2.791**	**–3.073**
Gesamt	**1.231**	**1.312**

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind so genannte Unwinding-Effekte, die sich aus der Aufzinsung von wertgeminderten Forderungen bei sonst unveränderten Zahlungserwartungen ergeben, in Höhe von 18 Mio. € (2015: 31 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind Dividenden und Ausschüttungen aus Finanzinstrumenten der Fair Value-Option in Höhe von 4 Mio. € (2015: 7 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen sind neben Dividenden auch Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen ausgewiesen.

Unter den Zinsaufwendungen aus Rückstellungen sind Nettozinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen in Höhe von –41 Mio. € (2015: –38 Mio. €) enthalten.

(25) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. €

	2016	2015
Zuführungen	**–354**	**–372**
Wertberichtigungen auf Forderungen	–325	–356
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	–29	–16
Auflösungen	**195**	**132**
Wertberichtigungen auf Forderungen	169	107
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	26	25
Direktabschreibungen auf Forderungen	**–6**	**–36**
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	**11**	**39**
Gesamt	**–154**	**–237**

(26) Provisionsüberschuss

in Mio. €

	2016	2015
Kredit- und Avalgeschäft	37	35
Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft	104	101
Vermögensverwaltung und Fondskonzeption	86	83
Wertpapier- und Depotgeschäft	47	49
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	23	22
Verwaltung öffentlicher Zuschuss- und Förderprogramme	37	40
Bauspargeschäft	–12	–13
Treuhandgeschäft	3	3
Sonstiges	15	13
Gesamt	**340**	**333**

Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften werden innerhalb des Handelsergebnisses ausgewiesen.

(27) Handelsergebnis

in Mio. €

	2016	2015
Kursbezogenes Geschäft	**3**	**1**
Aktien	24	19
Aktienderivate	–16	–8
Begebene Aktien-/Indexzertifikate	–5	–10
Zinsbezogenes Geschäft	**149**	**232**
Originäres zinsbezogenes Geschäft	164	116
Zinsderivate	–15	116
Währungsbezogenes Geschäft	**5**	**–22**
Devisen	96	–53
FX-Derivate	–91	31
Ergebnis aus Kreditderivaten	**1**	**–**
Warenbezogenes Geschäft	**6**	**6**
Provisionsergebnis	**–18**	**–27**
Gesamt	**146**	**190**

Das Handelsergebnis umfasst neben Veräußerungs- und Bewertungsergebnissen aus mit Handelsabsicht gehaltenen derivativen und nicht derivativen Finanzinstrumenten auch die aus Handelsbeständen resultierenden laufenden Zinsen und Dividenden sowie Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften.

Das Ergebnis aus dem originären zinsbezogenen Geschäft setzt sich vor allem aus den Ergebnisbeiträgen von festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Geldhandelsgeschäften sowie begebenen Geldmarktpapieren zusammen.

(28) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

in Mio. €

	2016	2015
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–35	–104
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der FVO	86	126
Gesamt	**51**	**22**

Dieser Posten enthält die Ergebnisse aus ökonomischen Hedges (Grundgeschäfte und Derivate). Darüber hinaus werden hier die realisierten und unrealisierten Ergebnisse weiterer freiwillig zum beizulegenden Zeitwert designierter Finanzinstrumente erfasst. Zins- und Dividendenerträge aus Finanzinstrumenten der FVO sind im Zinsüberschuss erfasst. Von dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten entfallen 3 Mio. € (2015: 3 Mio. €) auf Kreditderivate. Der Ergebnisanteil aus durch konsolidierte Spezial- und Publikumsfonds gehaltenen Finanzinstrumenten der FVO und Nichthandelsderivaten beläuft sich auf 23 Mio. € (2015: –31 Mio. €).

(29) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen enthält die Bewertungsergebnisse der abgesicherten Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente des Hedge Accounting.

in Mio. €

	2016	2015
Bewertungsergebnis aus Sicherungsinstrumenten	15	–10
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	–20	13
Gesamt	**–5**	**3**

(30) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ausgewiesen.

in Mio. €

	2016	2015
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	**19**	**63**
Anteile an verbundenen Unternehmen	1	11
Beteiligungen	12	15
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6	36
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	1
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	**26**	**–56**
Wertminderungen	–2	–56
Zuschreibungen	28	–
Gesamt	**45**	**7**

(31) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst die ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

in Mio. €

	2016	2015
Ergebnis aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	5	2
Ergebnis aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	3	–20
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	–	1
Gesamt	**8**	**–17**

(32) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €

	2016	2015
Sonstige betriebliche Erträge	**447**	**462**
Miet- und Leasingerträge (Operating Lease)	326	325
Erträge aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	31	41
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	14	12
Erträge aus nicht bankgeschäftlichen Dienstleistungen	31	32
Zuschreibungen zu nicht finanziellen Vermögenswerten	3	1
Erträge aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	–	15
Übrige sonstige betriebliche Erträge	42	36
Sonstige betriebliche Aufwendungen	**–328**	**–289**
Betriebskosten von nicht selbst genutzten Immobilien	–155	–149
Aufwendungen aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	–	–1
Abschreibung auf nicht finanzielle Vermögenswerte	–37	–56
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	–31	–
Aufwendungen aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	–5	–
Restrukturierungsaufwendungen	–2	–5
Aufwendungen aus Gewinnabführung	–1	–2
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	–97	–76
Gesamt	**119**	**173**

Die wesentlichen Komponenten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Leasingerträge.

Die Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte betreffen den Firmenwert an der Frankfurter Sparkasse, der dem Segment Sonstige zugeordnet ist.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen entfallen folgende Beträge auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien:

in Mio. €

	2016	2015
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	**326**	**315**
Mieterträge	307	297
Erträge aus dem Abgang	19	18
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	**–185**	**–182**
Betriebskosten von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	–150	–147
Davon: aus vermieteten Immobilien	–150	–147
Abschreibungen	–34	–35
Übrige Aufwendungen	–1	–
Gesamt	**141**	**133**

Auf Vorratsimmobilien wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von –3 Mio. € (2015: –21 Mio. €) vorgenommen.

(33) Verwaltungsaufwand

in Mio. €

	2016	2015
Personalaufwand	**–625**	**–624**
Löhne und Gehälter	–509	–502
Soziale Abgaben	–72	–71
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	–44	–51
Andere Verwaltungsaufwendungen	**–569**	**–526**
Gebäude- und Raumaufwendungen	–59	–58
IT-Aufwendungen	–175	–164
Pflichtbeiträge, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	–203	–180
Aufwendungen für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	–38	–36
Aufwendungen des Geschäftsbetriebs	–94	–88
Abschreibungen und Wertberichtigungen	**–38**	**–40**
Auf Sachanlagen	–23	–23
Auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–15	–17
Gesamt	**–1.232**	**–1.190**

Die Pflichtbeiträge enthalten den erfolgswirksamen Teil der Beiträge zum europäischen Abwicklungsfonds in Höhe von –37 Mio. € (2015: –27 Mio. €).

(34) Ertragsteuern

in Mio. €

	2016	2015
Tatsächliche Steuern	–135	–309
Latente Steuern	–74	132
Gesamt	**–209**	**–177**

Der im Berichtsjahr angefallene tatsächliche Steueraufwand resultiert im Wesentlichen aus den inländischen Stellen der Bank (– 52 Mio. €; 2015: – 221 Mio. €), der Frankfurter Sparkasse (– 31 Mio. €; 2015: – 32 Mio. €) und der Niederlassung New York (– 24 Mio. €; 2015: – 37 Mio. €). Er beinhaltet Erträge für Vorjahre von 2 Mio. € (2015: – 103 Mio. €).

Der tatsächliche Steueraufwand des Berichtsjahres wurde aufgrund der Nutzung von Verlustvorträgen wie im Vorjahr nur unwesentlich beeinflusst.

Der latente Steueraufwand des Berichtsjahres resultiert im Wesentlichen aus der Entstehung beziehungsweise Realisierung von temporären Differenzen in Höhe von – 74 Mio. € (2015: 138 Mio. €). Darin enthalten sind latente Steuererträge für Vorjahre von +5 Mio. € (2015: 106 Mio. €). Aus Steuersatzänderungen ergaben sich im Berichtsjahr keine wesentlichen Steueraufwendungen. Die Nutzung beziehungsweise Entstehung steuerlicher Verlustvorträge ergab im Berichtsjahr per saldo nur einen unwesentlichen Effekt auf den latenten Steueraufwand (2015: – 6 Mio. €).

Für Zwecke der Überleitungsrechnung stellt die Helaba auf den anzuwendenden Steuersatz des Mutterunternehmens ab und verwendet den gerundeten tariflichen Ertragsteuersatz der Helaba Bank Inland in Höhe von 32 %.

in Mio. €

	2016	2015
Ergebnis vor Steuern	**549**	**596**
Anzuwendender Ertragsteuersatz in %	32	32
Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	**–176**	**–191**
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	2	–
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	7	3
Steuerfreie Erträge	3	23
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	– 37	–11
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	7	3
Geschäfts- oder Firmenwertabschreibungen	–10	–
Wertberichtigungen und Ansatzkorrekturen	1	– 5
Sonstige Auswirkungen	– 6	1
Ertragsteueraufwand	**– 209**	**–177**

Neben den erfolgswirksam erfassten Ertragsteuern werden weitere latente Steuern auf die Bestandteile des sonstigen Ergebnisses gebildet. Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der erfolgsneutral erfassten Gewinne und Verluste und der auf sie entfallenden latenten Steuern:

in Mio. €

	Vor Steuern		Steuern		Nach Steuern	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:						
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	–168	77	48	– 23	–120	54
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:						
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	63	– 62	–14	19	49	– 43
Veränderung aus der Währungsumrechnung	7	9	–	–	7	9
Gesamt	**– 98**	**24**	**34**	**– 4**	**– 64**	**20**

(35) Segmentberichterstattung

in Mio. €

	Immobilien		Corporate Finance		Financial Markets		Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Zinsüberschuss	378	407	341	354	72	56	353	399
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–3	–66	–226	–93	–1	–	10	11
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**375**	**341**	**115**	**261**	**71**	**56**	**363**	**410**
Provisionsüberschuss	23	22	17	18	75	76	154	146
Handelsergebnis	–	–	–	–	127	178	30	24
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	5	11	–	–	40	42	15	–3
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–	–	–	–	–5	3	–	–
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	11	–1	–17	33	–9	5	8
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	14	5	–	–21	–	–	–	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	215	217	–44	–4	5	5	9	16
Summe Erträge	**633**	**607**	**87**	**237**	**346**	**351**	**576**	**602**
Verwaltungsaufwand	–226	–227	–129	–122	–220	–224	–475	–462
Ergebnis vor Steuern	**407**	**380**	**–42**	**115**	**126**	**127**	**101**	**140**
Vermögen (Mrd. €)	34,5	34,1	28,3	26,1	51,6	60,7	35,6	37,1
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	3,5	3,3	4,6	2,9	68,4	68,0	57,1	61,1
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	16,1	16,7	13,9	14,0	10,0	10,7	5,8	5,9
Alloziertes Kapital (Mio. €)[1]	2.740	2.642	1.715	1.634	1.200	1.172	1.166	1.133
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)[1]	14,9	14,4	–2,4	7,0	10,6	10,8	8,6	12,4
Cost-Income-Ratio	35,5	33,7	41,1	37,1	63,2	63,8	84,1	78,1

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Aufgrund einer Änderung der Allokation des Eigenkapitals wurden die Vorjahreswerte aktualisiert.

in Mio. €

	Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft		Sonstige		Konsolidierung/ Überleitung		Konzern	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Zinsüberschuss	46	51	–45	–36	86	81	1.231	1.312
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	–	64	–92	2	3	–154	–237
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**46**	**51**	**19**	**–128**	**88**	**84**	**1.077**	**1.075**
Provisionsüberschuss	39	42	33	29	–1	–	340	333
Handelsergebnis	–	–	–	–	–11	–12	146	190
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	–	–	–9	–28	–	–	51	22
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–	–	–	–	–	–	–5	3
Ergebnis aus Finanzanlagen	–	–	7	14	–	–	45	7
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	–	–	–6	–2	–	–	8	–17
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–	–1	–25	8	–41	–68	119	173
Summe Erträge	**85**	**92**	**19**	**–107**	**35**	**4**	**1.781**	**1.786**
Verwaltungsaufwand	–63	–65	–168	–146	49	56	–1.232	–1.190
Ergebnis vor Steuern	**22**	**27**	**–149**	**–253**	**84**	**60**	**549**	**596**
Vermögen (Mrd. €)	16,6	16,1	5,3	6,4	–6,7	–8,2	165,2	172,3
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	16,9	16,3	8,9	10,2	5,8	10,5	165,2	172,3
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	1,1	1,1	5,9	6,5	–	–	52,8	54,9
Alloziertes Kapital (Mio. €)[1]	128	120	694	696	–	–	7.643	7.397
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)[1]	17,1	22,8	–21,6	–29,3	–	–	7,2	8,1
Cost-Income-Ratio	74,2	70,4	–	–	–	–	63,7	58,8

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Aufgrund einer Änderung der Allokation des Eigenkapitals wurden die Vorjahreswerte aktualisiert.

Der Segmentbericht ist in die fünf nachstehend erläuterten Geschäftssegmente gegliedert:

- Im Geschäftssegment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Damit sind die Leistungen der Helaba für Immobilienkunden in einem Geschäftssegment zusammengefasst. Die Produktpalette erstreckt sich von klassischen Immobilienfinanzierungen im In- und Ausland über wohnwirtschaftliche Beteiligungen, die Planung und Betreuung von eigenen und fremden Immobilien- sowie Public-Private-Partnership-Projekten bis hin zum Facility Management. Diesem Geschäftssegment sind die OFB-Gruppe sowie die GWH-Gruppe zugeordnet.

- Das Geschäftssegment Corporate Finance enthält den Geschäftsbereich Corporate Finance. Im Segment sind speziell auf Unternehmen abgestimmte Finanzierungslösungen zusammengefasst. Dazu gehören strukturierte Finanzierungen, Anlagefinanzierungen, Asset Backed Securities, Leasingfinanzierungen sowie Strukturierung und Vertrieb von Fondskonzepten. Bestimmte Objektgesellschaften der HANNOVER LEASING werden als Zweckgesellschaften der Helaba gemäß IFRS 10 vollkonsolidiert und zusammen mit den sonstigen Ergebnisbeiträgen der Gruppe HANNOVER LEASING im Segment Corporate Finance abgebildet.

- Das Geschäftssegment Financial Markets umfasst die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften sowie diverser Zweckgesellschaften und der Beteiligung Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH. In diesem Segment werden primär die Treasury- sowie die Handels- und Sales-Aktivitäten der Bank abgebildet. Im Produktportfolio Financial Markets befinden sich klassische Kapitalmarktprodukte, Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung sowie auf Bedürfnisse von Unternehmen und der öffentlichen Hand zugeschnittene Finanzierungslösungen. Darüber hinaus gehören die klassische Vermögensbetreuung und -verwaltung sowie das Management von Spezial- und Publikumsfonds für institutionelle Anleger und die Betreuung von Master-KAG-Mandaten zu den Asset-Management-Produkten bei der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH.

- Im Geschäftssegment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft werden das Retail Banking, das Private Banking, die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen erfasst. Die Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse aus den klassischen Produkten einer Retail-Bank ab. Das Produktspektrum im Private Banking wird durch die Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft komplettiert. Im zentralen Fokus dieses Geschäftssegments stehen die Betreuung der Sparkassen und deren Kunden, für die Produkte entwickelt und bereitgestellt werden.

- Im Geschäftssegment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen dargestellt. In diesem Segment werden somit die Ergebnisse aus Tätigkeiten der Helaba in Zusammenhang mit den Fördermaßnahmen in den Bereichen Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung, Wohnungs- und Städtebau sowie Landwirtschaft und europäische Strukturfonds zusammengefasst.

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Das Zinsergebnis im Kreditgeschäft wird in der internen Steuerung mittels der Marktzinsmethode aus der Differenz zwischen dem Kundenzinssatz und dem Marktzinssatz eines strukturkongruenten Alternativgeschäfts berechnet. Ergebnisse aus Fristentransformation werden als Zinsergebnis in der Aktiv-/Passivsteuerung abgebildet.

Die Ergebnisse aus Handelsgeschäften, aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option, aus Sicherungszusammenhängen, aus Finanzanlagen sowie aus at Equity bewerteten Unternehmen werden entsprechend dem externen Rechnungswesen nach IFRS ermittelt.

In den Verwaltungsaufwand gehen die direkt zurechenbaren Kosten zuzüglich der im Rahmen der internen Leistungsrechnung auf Basis von marktorientierten Preisvereinbarungen und verursachungsgerechten Mengentreibern sowie der auf dem Verursachungsprinzip basierenden Overhead-Umlage der Corporate-Center-Kosten ein.

Unter dem Vermögen werden die bilanziellen Aktiva, unter den Verbindlichkeiten die bilanziellen Passiva einschließlich des Eigenkapitals bei den jeweils zuständigen Einheiten ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Geschäftssegmente erfolgt auf Basis der Deckungsbeitragsrechnung. Die Risikoposition beinhaltet die Risikoposition des Anlage- und Handelsbuchs einschließlich der Marktpreisrisikoposition gemäß CRR. Das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital für die Geschäftsbereiche wird nach Risikopositionen verteilt (alloziertes Kapital). Im Geschäftsjahr erfolgte eine Änderung in der Kapitalzuordnung auf die Tochtergesellschaften und Beteiligungen. Die Vorjahreswerte sind dementsprechend angepasst.

Das Ergebnis vor Steuern wird auf das allozierte Kapital bezogen, um die Rentabilitätskennziffern zu berechnen. Die Cost-Income-Ratio ergibt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern abzüglich Verwaltungsaufwand und Risikovorsorge im Kreditgeschäft).

Im Segment Sonstige sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden hier die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet.

Unter Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, welche zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls hier berichtet. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Die Erträge nach Risikovorsorge verteilen sich auf Produkte und Dienstleistungen wie folgt:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2016	**2015**
Immobilienkredite	438	428
Immobilienbewirtschaftung	26	25
Immobilienwirtschaftliche Dienstleistungen	169	154
Unternehmensfinanzierung	87	237
Treasury-Produkte	111	75
Handelsprodukte	151	185
Finanzierungen für Finanzinstitutionen	34	41
Fondsmanagement/Vermögensverwaltung	91	92
Bauspargeschäft	32	55
Sparkassenverbundgeschäft	109	127
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	85	92
Retail-Geschäft	394	378
Sonstige Produkte/Überleitung	54	–103
Konzern	**1.781**	**1.786**

Nach Regionen ergibt sich folgende Verteilung:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2016	**2015**
Deutschland	1.553	1.531
Europa (ohne Deutschland)	120	144
Welt (ohne Europa)	108	111
Konzern	**1.781**	**1.786**

Erläuterungen zur Bilanz

(36) Barreserve

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Kassenbestand	105	77
Guthaben bei Zentralnotenbanken	2.991	1.832
Gesamt	**3.096**	**1.909**

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 1.931 Mio. € (31. Dezember 2015: 547 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(37) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Angeschlossene Sparkassen	6.351	7.195
Girozentralen	333	382
Banken	8.551	9.567
Gesamt	**15.235**	**17.144**
Davon:		
Inländische Kreditinstitute	9.860	12.105
Ausländische Kreditinstitute	5.375	5.039

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Täglich fällige Forderungen	6.120	6.318
Andere Forderungen	9.115	10.826
Gesamt	**15.235**	**17.144**
Darunter:		
Sichteinlagen	254	409
Tages- und Termingelder	3.025	4.687
Gestellte Barsicherheiten	5.026	4.407
Weiterleitungsdarlehen	5.024	5.076
Namensschuldverschreibungen	696	887
Schuldscheindarlehen	578	776

(38) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Firmenkunden	68.176	67.090
Privatkunden	5.529	5.586
Öffentliche Stellen	19.373	20.518
Gesamt	**93.078**	**93.194**
Davon:		
Inländische Kunden	58.926	59.537
Ausländische Kunden	34.152	33.657

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Täglich fällige Forderungen	3.337	3.610
Andere Forderungen	89.741	89.584
Gesamt	**93.078**	**93.194**
Darunter:		
Gewerbliche Immobilienkredite	33.002	31.907
Wohnungsbaukredite	4.040	4.190
Weiterleitungsdarlehen	1.922	1.929
Infrastrukturkredite	15.006	15.258
Projektfinanzierungskredite	5.750	6.026
Konsumentenkredite	105	99
Schuldscheindarlehen	3.504	3.570
Finanzielle Vermögenswerte aus Kreditersatzgeschäften	89	114
Kontokorrentkredite	1.434	1.111
Gestellte Barsicherheiten	781	759
Tages- und Termingelder	2.689	3.235
Forderungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft	4	5

(39) Risikovorsorge

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	**1**	**2**
Einzelwertberichtigungen	–	1
Portfoliowertberichtigungen	1	1
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	**771**	**984**
Einzelwertberichtigungen	453	576
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	46	61
Portfoliowertberichtigungen	272	347
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	**43**	**44**
Gesamt	**815**	**1.030**

Die Wertberichtigungen auf Forderungen sind auf der Aktivseite separat ausgewiesen. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft ist als Rückstellung berücksichtigt und dort erläutert. Die Wertberichtigungen auf Forderungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Einzelwertberichtigungen		Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Stand zum 1.1.	**577**	**670**	**61**	**82**	**348**	**255**	**986**	**1.007**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–25	–	–	–	–	–	**–25**	**–**
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	5	5	–	–	–	–	**5**	**5**
Verbrauch	–327	–232	–8	–18	–	–	**–335**	**–250**
Auflösungen	–77	–80	–20	–27	–72	–	**–169**	**–107**
Umbuchungen	7	6	–1	–	–3	–	**3**	**6**
Unwinding	–18	–31	–	–			**–18**	**–31**
Zuführungen	311	239	14	24	–	93	**325**	**356**
Stand zum 31.12.	**453**	**577**	**46**	**61**	**273**	**348**	**772**	**986**

Die Veränderung des Konsolidierungskreises resultiert aus der Einbeziehung der Schiffsobjektgesellschaften MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG und MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG in den Konsolidierungskreis.

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden gliedert sich nach Kundensystematik der Deutschen Bundesbank wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Öffentliche Haushalte	1	2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	–	1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	9
Verarbeitendes Gewerbe	42	67
Energieversorgung	17	36
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	1	–
Baugewerbe	5	8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	9	15
Verkehr und Lagerei	370	337
Gastgewerbe	2	2
Information und Kommunikation	21	24
Grundstücks- und Wohnungswesen	105	138
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	33	25
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	14	44
Gesundheits- und Sozialwesen	3	8
Kunst, Unterhaltung und Erholung	1	1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	50	113
Sonstige finanzielle Unternehmen	56	104
Private Haushalte	40	50
Gesamt	**771**	**984**

(40) Handelsaktiva

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**6.723**	**12.428**
Geldmarktpapiere	–	2
Von öffentlichen Emittenten	–	2
Anleihen und Schuldverschreibungen	6.723	12.426
Von öffentlichen Emittenten	1.421	4.753
Von anderen Emittenten	5.302	7.673
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**96**	**192**
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	**12.343**	**11.934**
Kursbezogene Derivate	143	167
Zinsbezogene Derivate	10.574	10.417
Währungsbezogene Derivate	1.590	1.311
Kreditderivate	32	31
Warenbezogene Derivate	4	8
Forderungen des Handelsbestands	**1.336**	**1.524**
Gesamt	**20.498**	**26.078**

Die Finanzinstrumente des Postens Handelsaktiva sind ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Forderungen des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen sowie in geringem Umfang Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäfte.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 6.698 Mio. € (31. Dezember 2015: 12.588 Mio. €) börsennotiert.

(41) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	753	926
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	3.271	3.450
Gesamt	**4.024**	**4.376**

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(42) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen umfasst Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie AfS und der FVO. Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden entsprechend ihrer Zuordnung zur Kategorie AfS erfolgsneutral oder zur Kategorie FVO erfolgswirksam grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für den Fall, dass der Zeitwert nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen.

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**25.386**	**26.065**
Von öffentlichen Emittenten	8.686	9.543
Von anderen Emittenten	16.700	16.522
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**128**	**249**
Aktien	1	92
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	127	157
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	**25**	**25**
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	18	18
Bewertet zu Anschaffungskosten	7	7
Beteiligungen	**100**	**82**
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	77	59
Bewertet zu Anschaffungskosten	23	23
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	**132**	**154**
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	132	154
Gesamt	**25.771**	**26.575**

Die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beinhalten im Wesentlichen Anteile an Investmentvermögen sowie an Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen.

Der Buchwert der börsennotierten Finanzanlagen beläuft sich auf:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24.219	24.943
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	19	110
Gesamt	**24.238**	**25.053**

Unter den Beteiligungen sind auch Anteile an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ausgewiesen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertet werden.

Die Entwicklung der Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ist folgender Übersicht zu entnehmen:

in Mio. €

	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen		Beteiligungen		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Anschaffungskosten						
Stand zum 1.1.	**34**	**34**	**127**	**127**	**161**	**161**
Zugänge	1	10	1	7	2	17
Abgänge	–	–10	–1	–7	–1	–17
Stand zum 31.12.	**35**	**34**	**127**	**127**	**162**	**161**
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen						
Stand zum 1.1.	**8**	**9**	**17**	**15**	**25**	**24**
Erfolgsneutrale Wertänderungen aus der Bewertung (AfS)	–	–1	18	17	18	16
Abgänge	–1	–	–	–15	–1	–15
Stand zum 31.12.	**7**	**8**	**35**	**17**	**42**	**25**
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen						
Stand zum 1.1.	**–17**	**–16**	**–62**	**–62**	**–79**	**–78**
Wertminderungen	–	–1	–	–	–	–1
Stand zum 31.12.	**–17**	**–17**	**–62**	**–62**	**–79**	**–79**
Buchwerte zum 31.12.	**25**	**25**	**100**	**82**	**125**	**107**

(43) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In der Berichtsperiode werden insgesamt 25 (2015: 24) Gemeinschaftsunternehmen und 3 (2015: 3) assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile gliedern sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	21	30
Anteile an assoziierten Unternehmen	4	4
Gesamt	**25**	**34**

Unter den at Equity bewerteten Unternehmen befinden sich keine börsennotierten Gesellschaften.

Für Anteile in Höhe von 44 % an dem assoziierten Unternehmen HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG mit einem Buchwert von null liegen zum 31. Dezember 2016 die Voraussetzungen nach IFRS 5 für einen zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswert vor. Die Helaba hat in 2016 eine Vereinbarung zur Veräußerung dieses Anteils abgeschlossen, die unter der aufschiebenden Bedingung behördlicher Zustimmungen zum Erwerb durch den Käufer steht. Der Vollzug wird bis Mitte 2017 erwartet.

Die nicht erfassten Verluste der nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen, entsprechend der at Equity zu bewertenden Anteilsquote, belaufen sich in der laufenden Periode auf 4 Mio. € (2015: 7 Mio. €) und kumuliert zum 31. Dezember 2016 auf 7 Mio. € (31. Dezember 2015: 17 Mio. €).

Die nachfolgende Tabelle enthält die zusammengefassten finanziellen Informationen der at Equity bewerteten Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen auf Basis der Einzel- beziehungsweise Konzernabschlüsse dieser Unternehmen und bezogen auf den at Equity bewerteten Kapitalanteil des Helaba-Konzerns an den Vermögenswerten und Schulden sowie dem Ergebnis aus fortzuführenden Geschäftsbereichen und dem Gesamtergebnis.

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	370	276
Summe der Schulden	315	201
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	19	23
Gesamtergebnis	19	23
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	201	152
Summe der Schulden	175	122
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	8	12
Gesamtergebnis	8	12

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Anteile an assoziierten Unternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	707	876
Summe der Schulden	724	904
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2	–12
Sonstiges Ergebnis	8	8
Gesamtergebnis	10	–4
Anteile an assoziierten Unternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	63	414
Summe der Schulden	60	433
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	3	–8
Sonstiges Ergebnis	–	4
Gesamtergebnis	3	–4

(44) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Vermietete Grundstücke und Gebäude	2.012	1.826
Unbebaute Grundstücke	54	55
Leerstehende Gebäude	3	3
Immobilien im Bau	94	62
Gesamt	**2.163**	**1.946**

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entfallen mit 2.059 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.841 Mio. €) auf Immobilien der Unternehmensgruppe GWH.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zeigt die folgende Tabelle:

in Mio. €

	2016	2015
Anschaffungskosten/Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	**2.308**	**2.241**
Zugänge	277	103
Übertragungen in den Bestand der selbst genutzten Grundstücke und Gebäude	–1	–
Abgänge	–54	–36
Stand zum 31.12.	**2.530**	**2.308**
Kumulierte Abschreibungen		
Stand zum 1.1.	**–362**	**–332**
Planmäßige Abschreibungen	–34	–33
Außerplanmäßige Abschreibungen	–	–2
Abgänge	29	5
Stand zum 31.12.	**–367**	**–362**
Buchwerte zum 31.12.	**2.163**	**1.946**

Die vertraglichen Verpflichtungen zum Erwerb, zur Erstellung oder zur Entwicklung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bei der Unternehmensgruppe GWH betragen wie im Vorjahr 118 Mio. €

Die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 3.253 Mio. € (31. Dezember 2015: 2.906 Mio. €) und sind dem Bewertungslevel 3 zugeordnet.

(45) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	362	368
Betriebs- und Geschäftsausstattung	55	57
Leasinggegenstände	17	–
Maschinen und technische Anlagen	1	–
Gesamt	**435**	**425**

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Leasinggegenstände	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Anschaffungskosten/Herstellungskosten						
Stand zum 1.1.	**556**	**555**	**208**	**205**	**–**	**17**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	17	–8
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	1	–	1	–	–
Zugänge	–	–	11	11	–	–
Übertragungen aus dem Bestand der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	1	–	–	–	–	–
Abgänge	–	–	–7	–9	–	–9
Stand zum 31.12.	**557**	**556**	**212**	**208**	**17**	**–**
Kumulierte Abschreibungen						
Stand zum 1.1.	**–188**	**–177**	**–151**	**–146**	**–**	**–11**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	5
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–1	–	–1	–	–
Planmäßige Abschreibungen	–10	–10	–13	–13	–	–
Zuschreibungen	3	–	–	–	–	–
Abgänge	–	–	7	9	–	6
Stand zum 31.12.	**–195**	**–188**	**–157**	**–151**	**–**	**–**
Buchwerte zum 31.12.	**362**	**368**	**55**	**57**	**17**	**–**

in Mio. €

	Maschinen und technische Anlagen		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015
Anschaffungskosten/Herstellungskosten				
Stand zum 1.1.	**–**	**–**	**764**	**777**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	17	–8
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–	2
Zugänge	1	–	12	11
Abgänge	–	–	–7	–18
Stand zum 31.12.	**1**	**–**	**787**	**764**
Kumulierte Abschreibungen				
Stand zum 1.1.	**–**	**–**	**–339**	**–334**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	5
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–	–2
Planmäßige Abschreibungen	–	–	–23	–23
Zuschreibungen	–	–	3	–
Abgänge	–	–	7	15
Stand zum 31.12.	**–**	**–**	**–352**	**–339**
Buchwerte zum 31.12.	**1**	**–**	**435**	**425**

(46) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Geschäfts- oder Firmenwerte	68	99
Gekaufte Software	45	42
Gesamt	**113**	**141**

Die immateriellen Vermögenswerte des Helaba-Konzerns haben – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – begrenzte Nutzungsdauern und werden planmäßig abgeschrieben.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte resultieren aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse im Jahr 2005.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Gekaufte Software		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Anschaffungskosten/Herstellungskosten						
Stand zum 1.1.	**144**	**144**	**208**	**190**	**352**	**334**
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	1	3	1	3
Zugänge	–	–	18	16	18	16
Abgänge	–	–	–23	–1	–23	–1
Stand zum 31.12.	**144**	**144**	**204**	**208**	**348**	**352**
Kumulierte Abschreibungen						
Stand zum 1.1.	**–45**	**–45**	**–166**	**–148**	**–211**	**–193**
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–1	–2	–1	–2
Planmäßige Abschreibungen			–15	–17	–15	–17
Außerplanmäßige Abschreibungen	–31	–	–	–	–31	–
Abgänge	–	–	23	1	23	1
Stand zum 31.12.	**–76**	**–45**	**–159**	**–166**	**–235**	**–211**
Buchwerte zum 31.12.	**68**	**99**	**45**	**42**	**113**	**141**

Es besteht wie im Vorjahr keine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb immaterieller Vermögenswerte.

Der Werthaltigkeitstest für den Firmenwert aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse erfolgt auf Basis einer Ertragswertschätzung, deren Grundlage diskontierte Cashflows aus erwarteten Ausschüttungen gemäß der aktuellen Unternehmensplanung der Frankfurter Sparkasse sind. Für die Jahre 2017 bis 2021 erfolgt eine differenzierte Planung der Ergebnis- und Kostenkomponenten sowie eine konkrete Planung von Ausschüttungsbeträgen. Für das nachhaltige Ergebnis ab 2022 wird eine konstante Rendite als entnahmefähiges Ergebnis angenommen. Der Impairment-Test erfolgt grundsätzlich bezogen auf einen Stichtag im dritten Quartal. Zum 31. Dezember 2016 wurde aufgrund der gemäß aktualisierter Mittelfristplanung reduzierten Ausschüttungen eine zusätzliche Überprüfung der Werthaltigkeit vorgenommen. Auf diesen Stichtag errechnet sich aus dem Vergleich des auf Basis der Ertragswertschätzung ermittelten erzielbaren Betrags und des durch hohe Thesaurierungen der Vorjahre geprägten Buchwerts der Zahlungsmittel generierenden Einheit, der der Firmenwert zugeordnet wurde, ein Abschreibungsbedarf in Höhe von –31 Mio. €.

Für bestimmte dabei berücksichtigte Vermögenswerte (Anteilsbesitz) werden Werte berücksichtigt, die ebenfalls auf Ertragswertberechnungen beruhen.

Die Barwertermittlung zum 31. Dezember 2016 erfolgt auf Basis des aktuellen Marktzinses von 1,0 % zuzüglich einer Marktrisikoprämie von 6,0 % sowie eines aus einer Vergleichsgruppe von europäischen Banken mit vergleichbaren Geschäftsschwerpunkten abgeleiteten Beta-Faktors von 0,98.

Aus den Ertragswertberechnungen zugrunde liegenden Annahmen resultieren naturgemäß Schätzunsicherheiten aus von Planungsannahmen abweichenden tatsächlichen Entwicklungen in der Zukunft und Ermessensspielräume bei der Festlegung der Parameter. Eine stark negative wirtschaftliche Entwicklung könnte beispielsweise zu höheren Arbeitslosenquoten und somit einer steigenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft führen. Weitere regulatorische Anforderungen können zu noch nicht absehbaren Auswirkungen auf Erträge und Kosten führen. Eine Variation des Abzinsungssatzes bei der Ertragswertberechnung für den Firmenwert (ohne Berücksichtigung der besonderen Vermögenswerte der Frankfurter Sparkasse) von – 25 beziehungsweise + 25 Basispunkten würde bei isolierter Analyse zu einer Abweichung von rund 23 Mio. € führen.

(47) Ertragsteueransprüche

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	96	30
Latente Ertragsteueransprüche	426	465
Gesamt	**522**	**495**

Die latenten Ertragsteueransprüche verteilen sich auf folgende Posten:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	61	70
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.339	1.311
Finanzanlagen	79	103
Sonstige Aktiva	59	86
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	272	304
Pensionsrückstellungen	342	298
Sonstige Rückstellungen	70	34
Sonstige Passiva	93	66
Steuerliche Verlustvorträge	11	14
Latente Ertragsteueransprüche brutto	**2.326**	**2.286**
Saldierung mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen	–1.900	–1.821
Gesamt	**426**	**465**
Davon: langfristig	263	439

Aktive und passive latente Steuern wurden nach IAS 12.74 saldiert.

Für die Ermittlung der latenten Ertragsteueransprüche der in- und ausländischen Berichtseinheiten wurden die individuellen Steuersätze zugrunde gelegt. Gegenüber dem Vorjahr unverändert ergibt sich für die Bank im Inland in 2016 bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 452 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,7 %.

Latente Ertragsteueransprüche, deren Realisierung von künftigen zu versteuernden Ergebnissen abhängt, die über die Ergebniseffekte aus der Auflösung beziehungsweise Umkehrung zum Bilanzstichtag bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen hinausgehen, werden nur insoweit aktiviert, als ihre Realisierbarkeit hinreichend sicher ist. Die Realisierbarkeit setzt voraus, dass in einem überschaubaren zukünftigen Zeitraum ausreichend in zeitlicher Kongruenz zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, gegen die eine Verrechnung erfolgen kann. Im Helaba-Konzern wird dabei grundsätzlich ein Planungshorizont von fünf Jahren zugrunde gelegt.

Auf der Basis der Mehrjahresplanung trifft die Bank die Einschätzung, dass die aktiven latenten Steuern werthaltig sind und für diesen Zeitraum durch ausreichend zu versteuerndes Einkommen substantiiert werden können.

Zum Bilanzstichtag wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 8 Mio. € (31. Dezember 2015: 18 Mio. €) latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 1 Mio. € (31. Dezember 2015: 3 Mio. €) und auf gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 93 Mio. € (31. Dezember 2015: 98 Mio. €) latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 10 Mio. € (31. Dezember 2015: 11 Mio. €) aktiviert.

Insgesamt wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 47 Mio. € (31. Dezember 2015: 67 Mio. €) und auf gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 49 Mio. € (31. Dezember 2015: 71 Mio. €) keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden. Die Verlustvorträge sind zeitlich unbefristet nutzbar.

Die latenten Ertragsteueransprüche, die mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 226 Mio. € (31. Dezember 2015: 183 Mio. €).

(48) Sonstige Aktiva

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Immobilien des Vorratsvermögens	**363**	**278**
Fertiggestellte Immobilien	74	18
Immobilien im Bau	289	260
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	**92**	**69**
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	**36**	**51**
Steueransprüche aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	**5**	**3**
Sonstige Vermögenswerte	**480**	**524**
Gesamt	**976**	**925**

(49) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Zentralnotenbanken	200	2.450
Angeschlossene Sparkassen	5.464	6.626
Girozentralen	1.466	718
Banken	23.008	26.182
Gesamt	**30.138**	**35.976**
Davon:		
Inländische Kreditinstitute	27.103	32.610
Ausländische Kreditinstitute	3.035	3.366

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Täglich fällige Verbindlichkeiten	6.774	6.715
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	23.364	29.261
Gesamt	**30.138**	**35.976**
Darunter:		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	4.461	4.405
Weiterleitungsdarlehen	7.311	7.410
Begebene Namensschuldverschreibungen	2.757	2.555
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repo-Geschäfte)	–	3.602
Tages- und Termingelder	2.516	4.666
Sichteinlagen	4.762	5.783

(50) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Firmenkunden	25.729	27.419
Privatkunden	17.230	16.616
Öffentliche Stellen	3.865	3.692
Gesamt	**46.824**	**47.727**
Davon:		
Inländische Kunden	43.796	44.304
Ausländische Kunden	3.028	3.423

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Täglich fällige Verbindlichkeiten	23.731	23.682
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	23.093	24.045
Gesamt	**46.824**	**47.727**
Darunter:		
Sichteinlagen	13.276	13.044
Tages- und Termingelder	14.093	14.729
Spareinlagen	1.712	1.870
Bauspareinlagen	4.456	4.230
Begebene Namensschuldverschreibungen	9.984	10.452
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	1.744	2.211

(51) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Begebene Schuldverschreibungen	**42.966**	**39.992**
Hypothekenpfandbriefe	8.151	6.964
Öffentliche Pfandbriefe	12.563	14.443
Sonstige Schuldverschreibungen	22.252	18.585
Begebene Geldmarktpapiere	**7.982**	**7.081**
Commercial Papers	3.050	2.162
Certificates of Deposits	4.071	3.840
Asset Backed Commercial Papers	861	879
Sonstige Geldmarktpapiere	–	200
Gesamt	**50.948**	**47.073**

Für detaillierte Angaben zur Emissionstätigkeit siehe Anhangangabe (71).

(52) Handelspassiva

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	**10.795**	**10.390**
Kursbezogene Derivate	136	165
Zinsbezogene Derivate	9.377	9.172
Währungsbezogene Derivate	1.247	1.016
Kreditderivate	31	29
Warenbezogene Derivate	4	8
Begebene Geldmarktpapiere	**1.552**	**4.535**
Begebene Aktien-/Indexzertifikate	**123**	**129**
Verbindlichkeiten des Handelsbestands	**6.243**	**7.369**
Gesamt	**18.713**	**22.423**

Der Posten Handelspassiva enthält ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnete Finanzinstrumente. Die Verbindlichkeiten des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Geldhandelsgeschäfte.

(53) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	161	369
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	3.757	4.011
Gesamt	**3.918**	**4.380**

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(54) Rückstellungen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**1.839**	**1.657**
Andere Rückstellungen	**480**	**432**
Rückstellungen für den Personalbereich	131	127
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	43	44
Restrukturierungsrückstellungen	13	23
Rückstellungen für Prozessrisiken	45	57
Sonstige Rückstellungen	248	181
Gesamt	**2.319**	**2.089**

Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich in 2016 wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen
Stand zum 1.1.	**2.002**	**–345**	**1.657**
Summe Pensionsaufwand	**81**	**–8**	**73**
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (–)	49	–8	41
Laufender Dienstzeitaufwand	36		36
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand aus Plananpassungen	–4		–4
Summe Neubewertungen	**165**	**3**	**168**
Versicherungsmathematische Gewinne (–)/ Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	225		225
Versicherungsmathematische Gewinne (–)/ Verluste (+) aus demografischen Annahmen	–1		–1
Erfahrungsbedingte Gewinne (–)/Verluste (+)	–59		–59
Neubewertungen aus Planvermögen		3	3
Arbeitnehmerbeiträge	5	–5	–
Arbeitgeberbeiträge	–	–9	–9
Gezahlte Versorgungsleistungen	–60	11	–49
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–8	7	–1
Stand zum 31.12.	**2.185**	**–346**	**1.839**

Nachfolgend die entsprechenden Werte für 2015:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen
Stand zum 1.1.	**2.037**	**–324**	**1.713**
Summe Pensionsaufwand	**83**	**–8**	**75**
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (–)	46	–8	38
Laufender Dienstzeitaufwand	37		37
Summe Neubewertungen	**–77**	**–**	**–77**
Versicherungsmathematische Gewinne (–)/ Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	–103		–103
Versicherungsmathematische Gewinne (–)/ Verluste (+) aus demografischen Annahmen	7		7
Erfahrungsbedingte Gewinne (–)/Verluste (+)	19		19
Arbeitnehmerbeiträge	5	–5	–
Arbeitgeberbeiträge	–	–8	–8
Gezahlte Versorgungsleistungen	–55	7	–48
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	9	–7	2
Stand zum 31.12.	**2.002**	**–345**	**1.657**

Bei der Landesbank Hessen-Thüringen bestehen im Wesentlichen die folgenden Leistungszusagen, die im Rahmen von Direktzusagen gewährt wurden:

Für pensionsberechtigte Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1985 in die Dienste der Bank eingetreten sind, gilt eine volldynamische Gesamtversorgungszusage, bei der jährliche Rentenleistungen bis zu einer Höhe von maximal 75 % der ruhegehaltsfähigen Bezüge zum Zeitpunkt des Renteneintritts unter Anrechnung von Fremdrentenansprüchen gezahlt werden. Während der Rentenbezugsphase werden Rentenansprüche entsprechend den Tarifanpassungen erhöht. Der Bestand setzt

sich hauptsächlich aus Rentnern und Hinterbliebenen zusammen, es besteht ein geringer Anteil an aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Die in den Jahren 1986 bis 1998 geltende Versorgungsordnung stellt eine endgehaltsabhängige Zusage mit gespaltener Rentenformel dar. Es werden jährliche Rentenleistungen zugesagt, bei denen pro Dienstjahr ein bestimmter Prozentsatz der ruhegehaltsfähigen Bezüge in Abhängigkeit von der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (BBG) erdient wird, wobei Gehaltsteile oberhalb der BBG anders gewichtet werden als Gehaltsteile bis zur BBG. Es werden maximal 35 Dienstjahre berücksichtigt und die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase analog zu den Tarifanpassungen erhöht. Der Bestand besteht überwiegend aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Bei der seit 1999 geltenden Versorgungszusage ergibt sich die Altersrente aus der Summe so genannter Rentenbausteine, die während der versorgungsfähigen Dienstzeit angesammelt werden. Die Rentenbausteine ermitteln sich anhand der mit einem altersabhängigen Faktor multiplizierten ruhegehaltsfähigen Bezüge des jeweiligen Kalenderjahres. In der Rentenbezugsphase werden die Rentenansprüche jährlich mit einem Prozent dynamisiert. Der Bestand ist für Neuzusagen offen und besteht derzeit fast ausschließlich aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Daneben bestehen Einzelzusagen auf jährliche Rentenleistungen. Zum überwiegenden Teil handelt es sich dabei um beamtenähnliche Gesamtversorgungszusagen, bei denen die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase gemäß den Tarifanpassungen erhöht werden. Der Bestand setzt sich überwiegend aus Rentnern, Hinterbliebenenrentnern beziehungsweise unverfallbar Ausgeschiedenen zusammen und ist für Neuzugänge weiterhin offen.

Mit der Übernahme des Verbundbankgeschäfts sind im Rahmen des Teilbetriebsübergangs gemäß § 613a BGB auch die Pensionsverpflichtungen der Portigon AG gegenüber den neuen Mitarbeitern auf die Helaba übergegangen.

Mitarbeiter, die im Zusammenhang mit der Aufspaltung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale in die öffentlich-rechtliche Landesbank NRW (heutige NRW.Bank) und in die privatrechtliche WestLB AG (heutige Portigon AG) im Jahr 2002 der NRW.Bank zugeordnet wurden, wurden beurlaubt, um mit der Portigon AG ein zweites Arbeitsverhältnis („Doppelverträgler VBB“) zu begründen. Diese Pensionszusagen werden unverändert durch die NRW.Bank weitergeführt. Wirtschaftlich belastet wird jedoch die Helaba, da die von der NRW.Bank zu leistenden Versorgungszahlungen zu erstatten sind.

Für die Versorgungsanwartschaften der übrigen Mitarbeiter wurde zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs ein Besitzstand ermittelt, der auf die Helaba überging. Die extern finanzierten Versorgungsanwartschaften gegenüber der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin, wurden zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs beitragsfrei gestellt. Seit dem Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs sind die Mitarbeiter zur betrieblichen Altersversorgung der Helaba bei der seit 1999 geltenden Dienstvereinbarung angemeldet.

Des Weiteren besteht eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage in Form der Entgeltumwandlung, bei der einmalige Kapitalleistungen zugesagt werden. Dabei werden für jeden von dem Mitarbeiter gewandelten Betrag Fondsanteile erworben und ein altersabhängiger Kapitalbaustein berechnet. Im Versorgungsfall wird der höhere Betrag aus der Summe der Kapitalbausteine und dem Fondsvermögen ausgezahlt. Der Bestand ist für Neuzusagen offen.

Bei der Frankfurter Sparkasse haben grundsätzlich alle Mitarbeiter einen Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse. Es handelt sich hierbei um eine regulierte Pensionskasse. Die Anpassungsverpflichtung der lebenslänglichen laufenden Leistungen der Pensionskasse wird in Form einer Direktzusage der Frankfurter Sparkasse umgesetzt. Für Mitarbeiter der ehemaligen Stadtsparkasse Frankfurt besteht ein Rentenanspruch gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt (ZVK Frankfurt), den die Helaba im Rahmen des Unternehmenserwerbs der Frankfurter Sparkasse als Verpflichtung identifiziert hat und bilanziell ausweist. Des Weiteren bestehen Einzelzusagen, im Wesentlichen in Form von Gesamtversorgungszusagen, sowie eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage.

Für Mitarbeiter der Niederlassung London besteht ein leistungsorientierter Versorgungsplan, der für Neueintritte geschlossen ist. Bei dem Plan handelt es sich um einen Pensionsfonds, der lokalen Bewertungsmodalitäten folgt und in regelmäßigen Abständen auf die Anforderungen der Ausfinanzierung überprüft wird. Von der Möglichkeit einer befreienden Abgeltung der Versorgungsansprüche bei Dienstaustritt zugunsten einer ausfinanzierten Versorgungszusage eines externen Versorgungsträgers („pension buy-out“) wurde in der Vergangenheit Gebrauch gemacht.

Bei der Tochtergesellschaft Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG werden die gesetzlichen Anforderungen an die betriebliche Altersversorgung durch ein eigenes Vorsorgewerk dargestellt, das an eine Sammelstiftung eines externen Trägers angeschlossen ist.

Der Finanzierungsstatus der Pensionspläne stellt sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt dar:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensions-verpflichtungen
Inländische Pensionspläne	**2.039**	**–252**	**1.787**
Landesbank Hessen-Thüringen	**1.428**	**–35**	**1.393**
Gesamtversorgungszusagen	850	–	850
Versorgungszusage bis 1985	725	–	725
Einzelzusagen	85	–	85
Doppelverträgler VBB	40	–	40
Endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	217	–	217
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	241	–	241
Übrige Zusagen	120	–35	85
Frankfurter Sparkasse	**542**	**–209**	**333**
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	263	–208	55
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	95	–	95
ZVK Frankfurt	101	–	101
Einzelzusagen	72	–	72
Übrige Zusagen	11	–1	10
Übrige Konzerngesellschaften	**69**	**–8**	**61**
Ausländische Pensionspläne	**146**	**–94**	**52**
Gesamt	**2.185**	**–346**	**1.839**

Zum 31. Dezember 2015 ergaben sich folgende Werte:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Nettobetrag der Pensions-verpflichtungen
Inländische Pensionspläne	**1.874**	**–245**	**1.629**
Landesbank Hessen-Thüringen	**1.327**	**–30**	**1.297**
Gesamtversorgungszusagen	860	–	860
Versorgungszusage bis 1985	743	–	743
Einzelzusagen	82	–	82
Doppelverträgler VBB	35	–	35
Endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	196	–	196
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	174	–	174
Übrige Zusagen	97	–30	67
Frankfurter Sparkasse	**483**	**–208**	**275**
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	228	–207	21
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	81	–	81
ZVK Frankfurt	93	–	93
Einzelzusagen	70	–	70
Übrige Zusagen	11	–1	10
Übrige Konzerngesellschaften	**64**	**–7**	**57**
Ausländische Pensionspläne	**128**	**–100**	**28**
Gesamt	**2.002**	**–345**	**1.657**

Das Planvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015[1]
Planvermögen mit Marktpreisnotierungen in aktiven Märkten	**265**	**274**
Barreserve	1	3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	180	187
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	84	84
Übriges Planvermögen	**81**	**71**
Forderungen an Kreditinstitute	30	22
Qualifizierte Versicherungsverträge	51	49
Marktwert des Planvermögens	**346**	**345**

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Im Planvermögen einer Tochtergesellschaft wurden Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 22 Mio. € als Barreserve und Anteile an Investmentvermögen in Höhe von 1 Mio. € in den anderen Vermögenswerten ausgewiesen.

Von dem Planvermögen entfallen 46 Mio. € (31. Dezember 2015: 16 Mio. €) auf konzerneigene übertragbare Finanzinstrumente, in andere selbst genutzte Vermögenswerte wurde wie im Vorjahr nicht investiert.

Für das folgende Geschäftsjahr werden Einzahlungen der Helaba in das Planvermögen in Höhe von 35 Mio. € (2015: 7 Mio. €) erwartet.

Die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen, für die kein Planvermögen gemäß IAS 19 vorliegt, erfolgt überwiegend über langfristig ausgerichtete Spezialfonds mit Anlageschwerpunkt Rentenpapiere.

Die Pensionsverpflichtungen im Helaba-Konzern sind verschiedenen Risiken ausgesetzt. Die Risiken sind dabei sowohl auf allgemeine Marktschwankungen als auch auf besondere Risiken zurückzuführen. Es gibt dabei keine außergewöhnlichen Risiken aus den Pensionsverpflichtungen.

Die Risiken aus den allgemeinen Marktschwankungen betreffen im Wesentlichen Risiken aus Schwankungen in der Inflationsrate und den Marktzinsen, aber auch aus anderen Risiken wie dem Langlebigkeitsrisiko.

- Allgemeine Marktschwankungen
  Die allgemeinen Marktschwankungen wirken sich vorrangig durch Änderungen im Rechnungszins auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen aus. Durch allgemein gesunkene Rechnungszinsen haben sich die Pensionsrückstellungen in den letzten Jahren bereits spürbar erhöht; der starke Einfluss der Rechnungszinsen auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen liegt vor allem an der langen Laufzeit der Verpflichtungen.

- Inflationsrisiko – Rentenanpassung
  Für die Rentenzusagen des Helaba-Konzerns kommt im Rahmen der Rentenanpassungsprüfung grundsätzlich das Betriebsrentengesetz zur Anwendung. Die neueren Versorgungsordnungen, die als Rentenbausteinsysteme abgebildet werden, unterliegen dabei fest vereinbarten Anpassungssätzen und sind daher im Wesentlichen unabhängig von der Inflation beziehungsweise künftigen Tarifanpassungen.

- Inflationsrisiko – Gehalts- und Tarifsteigerungen sowie Steigerung der Beamtenbezüge
  Für den überwiegenden Teil der älteren Versorgungsordnungen (Gesamtversorgungsordnung bis 1985 beziehungsweise Endgehaltsplan) gewährt die Helaba Anpassungen an die Entwicklung im Tarifbereich für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Die tarifliche Erhöhung der pensionsfähigen Gehälter hat damit Einfluss auf die Höhe der laufenden Versorgungsleistungen. Einzelne Versorgungszusagen sehen die Anpassung auf Grundlage der Beamtenbesoldung nach den Vorschriften des jeweiligen Bundeslandes (Hessen, Thüringen beziehungsweise Nordrhein-Westfalen) vor.

- Langlebigkeitsrisiko
  Aufgrund der weit überwiegenden Leistungsform „lebenslange Renten“ wird das Risiko, dass die Rentenberechtigten länger leben als versicherungsmathematisch kalkuliert, durch die Helaba getragen. Normalerweise wird dieses Risiko durch das Kollektiv aller Rentenberechtigten ausgeglichen und kommt nur zum Tragen, wenn die allgemeine Lebenserwartung höher ausfällt als erwartet.

Im Rahmen der besonderen Risiken ist zu erwähnen, dass die Zusagen teilweise von externen Faktoren abhängig sind. Neben den bereits erwähnten Faktoren der Anpassungen durch Tarifsteigerungen beziehungsweise Erhöhung der Beamtenbezüge ist insbesondere im Rahmen von Gesamtversorgungszusagen die Anrechnung der gesetzlichen Altersrente beziehungsweise weiterer extern finanzierter Fremdrenten mit Schwankungen behaftet, die außerhalb des Einflussbereichs der Helaba liegen und von der Bank getragen werden müssen.

Die wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen, die der Bewertung der Pensionsverpflichtungen zugrunde liegen, sind der folgenden Tabelle zu entnehmen (gewichtete Durchschnittssätze):

in %

	31.12.2016	31.12.2015
Zinssatz	1,7	2,5
Gehaltstrend	2,2	2,4
Rententrend	1,7	1,7
Fluktuationsrate	2,8	2,9

Die Invaliditäts- beziehungsweise die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren im Inland im aktuellen Jahr, wie auch im Vorjahr, auf den Generationentafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck.

Eine Veränderung der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen hätte folgende Auswirkungen auf den Barwert des Verpflichtungsumfangs aller leistungsorientierten Verpflichtungen:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Abzinsungssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	226	199
Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 25 Basispunkte)	69	77
Rentensteigerung (Anstieg um 25 Basispunkte)	77	83
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %)	81	76
Fluktuationsrate (Rückgang um 50 Basispunkte)	5	9

Die dargestellte Sensitivitätsanalyse berücksichtigt jeweils die Änderung einer Annahme, wobei die übrigen Annahmen gegenüber der ursprünglichen Berechnung unverändert bleiben, das heißt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den einzelnen Annahmen werden dabei nicht berücksichtigt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen beträgt 20,2 Jahre (31. Dezember 2015: 18,9 Jahre). Die Fälligkeit der erwarteten Rentenzahlungen stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von bis zu einem Jahr	59	58
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über einem Jahr bis zu fünf Jahren	266	268
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über fünf Jahren bis zu zehn Jahren	398	413

Der Helaba-Konzern ist an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber (Multi-Employer-Pläne) beteiligt, die wie beitragsorientierte Pläne behandelt werden. Es handelt sich dabei um die Mitgliedschaft bei umlagefinanzierten Versorgungswerken in Form der regulierten Pensionskasse, die zum 1. Januar 2002 den Wechsel in das Kapitaldeckungsverfahren vorgenommen haben. Diese betreffen die regionalen Zusatzversorgungskassen sowie die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, deren Satzungen inhaltlich vergleichbar sind. Die bisherigen Leistungszusagen wurden mit dem Übergang in das Kapitaldeckungsverfahren in ein beitragsbezogenes System überführt. Die Satzungen berechtigen zur Erhebung zusätzlicher Beitragsanforderungen, um zugesagte Leistungen gegebenenfalls nachzufinanzieren beziehungsweise aufgrund eines nicht ausreichenden Deckungsstocks zu reduzieren (Sanierungsgeld, -klausel). Eine verursachergerechte Zuordnung von Vermögen und Verpflichtung liegt nicht vor. Über die Geschäfts- und Risikoentwicklung informiert die Pensionskasse ausschließlich im Jahresbericht, weiter gehende Informationen werden nicht ausgegeben. Für diese Pläne sind wie im Vorjahr Aufwendungen in Höhe von 1 Mio. € angefallen.

Darüber hinaus bestehen beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgrund der Mitgliedschaft bei dem BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. sowie weitere beitragsorientierte Leistungszusagen, die im Rahmen des Durchführungswegs der Direktversicherung bei öffentlich-rechtlichen Versicherern extern finanziert sind. Dabei handelt es sich weitestgehend um die SV SparkassenVersicherung sowie die Provinzial Lebensversicherung AG. Bei den ausländischen Niederlassungen London und New York bestehen ebenfalls beitragsorientierte Versorgungszusagen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 3 Mio. € (2015: 4 Mio. €) für beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgewendet.

Der Arbeitgeberzuschuss zur Rentenversicherung im Berichtsjahr belief sich auf 33 Mio. € (2015: 34 Mio. €).

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Rückstellungen für den Personalbereich		Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft		Restrukturierungsrückstellungen	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Stand zum 1.1.	**127**	**100**	**44**	**58**	**23**	**56**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–2	–	–	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	1	1	1	–	–
Verbrauch	–69	–70	–	–	–	–1
Auflösungen	–2	–1	–26	–25	–	–
Umbuchungen	12	36	–3	–6	–12	–37
Aufzinsung	1	–	–	–	–	–
Zuführung	62	61	29	16	2	5
Stand zum 31.12.	**131**	**127**	**43**	**44**	**13**	**23**

in Mio. €

	Rückstellungen für Prozessrisiken		Sonstige Rückstellungen		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Stand zum 1.1.	**57**	**57**	**181**	**168**	**432**	**439**
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–7	–2	–7
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–	1	1	3
Verbrauch	–14	–19	–110	–62	–193	–152
Auflösungen	–5	–2	–12	–7	–45	–35
Umbuchungen	–	–	–	–	–3	–7
Aufzinsung	–	2	1	1	2	3
Zuführung	7	19	188	87	288	188
Stand zum 31.12.	**45**	**57**	**248**	**181**	**480**	**432**

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit und Vorruhestandsvereinbarungen, Dienstjubiläen sowie Sonderzahlungen an Mitarbeiter. Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Transaktionen mit Unternehmensanteilen, Pauschallohnsteuern sowie der Verzinsung von Steuernachzahlungen und Risiken aus Immobilienprojektierungen und Mietverhältnissen.

Die Restrukturierungsrückstellungen betreffen im Wesentlichen das in 2013 gestartete Programm „Helaba PRO“, das eine Kostenoptimierung durch effizientere Prozesse und Komplexitätsreduktion zum Ziel hat.

Die Zuführungen beziehungsweise Auflösungen der Rückstellungen für den Personalbereich werden in der Regel im Personalaufwand, die der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft in der Risikovorsorge und die der Restrukturierungsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufzinsungsbeträge sind im Zinsüberschuss enthalten.

Gegenüber der Helaba werden Ansprüche in Gerichts- und schiedsgerichtlichen Verfahren geltend gemacht. Rückstellungen für Prozessrisiken wurden gebildet, wenn die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme mit mehr als 50 % angenommen wird.

Zurückgestellt wird der Betrag, der im Falle der Inanspruchnahme wahrscheinlich durch die Bank zu zahlen ist. Die von der Helaba gebildeten Rückstellungen für Prozessrisiken berücksichtigen auch Zahlungen für Prozesskosten (Gerichtskosten sowie außergerichtliche Kosten im Zusammenhang mit Prozessen, wie zum Beispiel Anwaltshonorare und sonstige Kosten).

Die Bank hat Rückstellungen für Prozessrisiken schwerpunktmäßig für Klagen von Anlegern in geschlossenen Fonds gebildet. Anleger, die sich in ihren Erwartungen an eine Beteiligung enttäuscht sehen, stützen Ansprüche auf die Nichteinhaltung von verbraucherschützenden Vorschriften. Die Bank prüft, nach den Umständen des Einzelfalls, Art und Umfang einer möglichen Anspruchserledigung. Eine detaillierte Darstellung der einzelnen Fälle und Verfahren sowie eine Differenzierung des Gesamtbetrags der Rückstellung für Prozessrisiken unterbleibt, da Anspruchsteller anderenfalls Rückschlüsse auf die Prozess- und Vergleichsstrategie der Bank ziehen könnten.

Die Rückstellungen für Prozessrisiken werden quartalsweise auf Angemessenheit überprüft und anhand der Einschätzungen des Managements unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen erhöht beziehungsweise aufgelöst. Die endgültigen Belastungen durch Prozessrisiken können von den gebildeten Rückstellungen abweichen, da für eine Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten aus Prozessen in großem Umfang eine Bewertung und Einschätzung erforderlich ist, die sich im weiteren Verlauf des jeweiligen Prozesses als nicht zutreffend erweisen kann.

Fälle, bei denen die Voraussetzungen für den Ansatz von Rückstellungen nicht erfüllt sind, werden hinsichtlich der Angabepflicht als Eventualverpflichtung geprüft und sind gegebenenfalls unter Anhangangabe (74) aufgeführt.

Von den anderen Rückstellungen sind 301 Mio. € kurzfristig (31. Dezember 2015: 263 Mio. €).

(55) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	174	175
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	10	9
Gesamt	**184**	**184**

In den tatsächlichen Ertragsteuerverpflichtungen sind Rückstellungen für steuerliche Risiken enthalten. Sie sind auf Basis des wahrscheinlichsten Erfüllungswerts berechnet worden.

Die Bank hat keine Eventualverbindlichkeiten aus steuerlichen Risiken bilanziert.

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich auf folgende Positionen:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	8	56
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.631	1.557
Finanzanlagen	194	165
Sonstige Aktiva	56	32
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	7	7
Pensionsrückstellungen	1	1
Sonstige Rückstellungen	1	2
Sonstige Passiva	12	10
Latente Ertragsteuerverpflichtungen brutto	**1.910**	**1.830**
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	–1.900	–1.821
Gesamt	**10**	**9**
Davon: langfristig	5	9

Für die Bewertung der temporären Differenzen, die zu latenten Ertragsteuerverpflichtungen führen, verweisen wir auf unsere Erläuterungen zu den latenten Ertragsteueransprüchen (siehe Anhangangabe (47)). Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen, die mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betrugen zum Bilanzstichtag 105 Mio. € (31. Dezember 2015: 96 Mio. €).

(56) Sonstige Passiva

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015[1]
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	84	129
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	25	23
Erhaltene Vorauszahlungen und Anzahlungen	304	272
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	33	34
Sonstige Verbindlichkeiten	201	234
Gesamt	**647**	**692**

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden bereits fällige Zinsen in Höhe von 50 Mio. € noch im Nachrangkapital ausgewiesen. Diese wurden in die sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert.

(57) Nachrangkapital

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015[1]
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.364	2.366
Darunter: anteilige Zinsen	33	33
Genussrechtskapital	276	687
Stille Einlagen	983	983
Darunter: anteilige Zinsen	14	14
Gesamt	**3.623**	**4.036**
Darunter: verbrieftes Nachrangkapital	1.527	1.836

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden bereits fällige Zinszahlungen als anteilige Zinsen im Buchwert des Genussrechtskapitals (16 Mio. €) und der stillen Einlagen (34 Mio. €) ausgewiesen.

Die hier ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen nicht die Eigenkapitalkriterien des IAS 32.

(58) Eigenkapital

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Gezeichnetes Kapital	2.509	2.509
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	3.521	3.398
Neubewertungsrücklage	246	202
Rücklage aus der Währungsumrechnung	30	23
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	–2	–2
Gesamt	**7.850**	**7.676**

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 2.509 Mio. € umfasst das von den Trägern nach der Satzung eingezahlte Stammkapital in Höhe von 589 Mio. € und die vom Land Hessen erbrachten Kapitaleinlagen von 1.920 Mio. €.

Zum 31. Dezember 2016 entfallen vom Stammkapital folgende Anteile auf die Träger:

	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	**589**	**100,00**

Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Stammkapital an die Träger.

Die Gewinnrücklagen umfassen neben den Gewinnthesaurierungen des Mutterunternehmens und der einbezogenen Tochterunternehmen auch Beträge aus den fortgeschriebenen Ergebnissen der Kapitalkonsolidierung und sonstigen Konsolidierungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind in den Gewinnrücklagen erfolgsneutral zu behandelnde Neubewertungen aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern enthalten.

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS nach Verrechnung latenter Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder abgeschrieben wird.

In der Rücklage aus der Währungsumrechnung sind die erfolgsneutral zu erfassenden Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung der Abschlüsse von wirtschaftlich selbstständigen ausländischen Geschäftsbetrieben (Tochterunternehmen, Niederlassungen) in die Konzernwährung bis zu deren Abgang enthalten (siehe Anhangangabe (13)). Darüber hinaus ist das Ergebnis aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäfts einer Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit gemäß Anhangangabe (8) in der Rücklage aus der Währungsumrechnung erfasst.

Angaben zu Finanzinstrumenten

(59) Sicherheitsleistungen

Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte
Die Sicherheitsleistungen erfolgen unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind. Nachstehende Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet oder übertragen (Buchwerte):

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Finanzielle Vermögenswerte	**8.659**	**14.166**
Handelsaktiva	8	5.985
Forderungen an Kreditinstitute	5.025	4.407
Forderungen an Kunden	781	759
Finanzanlagen	2.845	3.015
Nicht finanzielle Vermögenswerte	**1.225**	**987**
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1.051	807
Sachanlagen	174	180
Gesamt	**9.884**	**15.153**

Die Stellung von finanziellen Sicherheiten erfolgt dabei für nachstehende Geschäfte:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte mit Zentralnotenbanken	200	2.404
Sicherheiten für Geschäfte an Börsen und Clearing-Häusern	1.062	773
Im Rahmen von Repo-Geschäften übertragene Wertpapiere	–	3.717
Gestellte Barsicherheiten	5.814	5.180
Sonstige gestellte Sicherheiten	1.583	2.092
Gesamt	**8.659**	**14.166**

Barsicherheiten werden im Geschäft mit zentralen Kontrahenten, mit Terminbörsen und bei OTC-Derivaten gestellt. Die sonstigen gestellten Sicherheiten dienen im Wesentlichen der Besicherung von Geschäften mit der Europäischen Investitionsbank.

Ferner führt die Bank grundpfandrechtlich besicherte Forderungen und Kommunalforderungen sowie weitere Deckungswerte im Deckungsstock nach § 12 beziehungsweise § 30 PfandBG. Zum 31. Dezember 2016 belief sich die Deckungsmasse auf 34.252 Mio. € (31. Dezember 2015: 34.231 Mio. €) bei einem Umlauf an Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 27.256 Mio. € (31. Dezember 2015: 28.978 Mio. €). Diese umfassen auch Namenspapiere, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen werden.

Als Sicherheit hereingenommene Vermögenswerte
Die Hereinnahme von Sicherheiten erfolgt unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind.

Der beizulegende Zeitwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften hereingenommenen Sicherheiten, bei denen es der Helaba gestattet ist, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers zu verwerten oder weiterzuverpfänden, beträgt 3 Mio. € (31. Dezember 2015: 104 Mio. €). Derartige Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 3 Mio. € (31. Dezember 2015: 30 Mio. €) wurden weiterverkauft beziehungsweise weiterverpfändet.

Bezüglich der Angaben zu erhaltenen Sicherheiten im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts verweisen wir auf Anhangangabe (73).

(60) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung

Der Helaba-Konzern überträgt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften finanzielle Vermögenswerte, bei denen jedoch die mit dem Eigentum dieser Vermögenswerte verbundenen wesentlichen Bonitäts-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken sowie Chancen auf Wertsteigerungen beim Helaba-Konzern verbleiben. Somit sind die Voraussetzungen für eine Ausbuchung gemäß IAS 39 nicht erfüllt und die finanziellen Vermögenswerte werden weiterhin in der Konzernbilanz ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte der übertragenen Vermögenswerte, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, getrennt nach den zugrunde liegenden Transaktionen, sowie die hierzu korrespondierenden Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2015. Zum 31. Dezember 2016 lagen keine Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten aus dem Eigenbestand des Konzerns im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften oder Wertpapierleihegeschäften vor.

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Buchwert der im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte	**–**	**3.377**
Handelsaktiva	–	2.090
Finanzanlagen	–	1.287
Buchwert der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	**–**	**3.295**
Buchwert der im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte	**–**	**87**
Finanzanlagen	–	87

Es handelt sich bei den oben aufgeführten finanziellen Vermögenswerten zum 31. Dezember 2015 ausschließlich um Wertpapiere aus dem Eigenbestand des Helaba-Konzerns. Darüber hinaus werden im Rahmen von Pensions- und Leihegeschäften auch von Dritten in Pension genommene oder entliehene Wertpapiere, die nicht in der Konzernbilanz angesetzt werden dürfen, übertragen.

Die übertragenen Wertpapiere können vom Pensionsnehmer beziehungsweise Entleiher jederzeit weiterveräußert oder verpfändet werden. Die vertraglichen Zahlungsströme aus den Wertpapieren stehen in der Regel jedoch weiterhin dem Helaba-Konzern zu.

(61) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung

Verträge zur Veräußerung und zum Erwerb von Anteilen an Unternehmen (Beteiligungsgeschäft) beinhalten transaktionsübliche Zusicherungen insbesondere zu den steuerlichen und rechtlichen Verhältnissen. Hierfür bestehen Rückstellungen in Höhe von 10 Mio. € (31. Dezember 2015: 9 Mio. €).

(62) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Entsprechend den in IFRS 7 geforderten Angaben für saldierte Finanzinstrumente wird nachfolgend eine Überleitung von der Brutto- auf die Nettorisikoposition von Finanzinstrumenten vorgenommen. Die Angaben beziehen sich sowohl auf saldierte Finanzinstrumente als auch auf solche, die einer Globalaufrechnungsvereinbarung unterliegen.

Die Aufrechnungen im Derivategeschäft betreffen sowohl die positiven und negativen Marktwerte aus Derivaten als auch zugehörige Barsicherheiten, die unter den Forderungen an Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gezeigt werden.

In der folgenden Tabelle wird die Überleitung der Bruttobuchwerte der bilanziell saldierten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf den Bilanzwert zum 31. Dezember 2016 dargestellt.

in Mio. €

	Bruttobuchwert vor Saldierung	Bruttobuchwert saldierter Finanzinstrumente	Bilanzausweis
Vermögenswerte			
Derivative Geschäfte	18.927	–2.560	16.367
Wertpapierpensionsgeschäfte	3	–	3
Sonstige Vermögenswerte	9.880	–7.971	1.909
Gesamt	**28.810**	**–10.531**	**18.279**
Verbindlichkeiten			
Derivative Geschäfte	17.250	–2.537	14.713
Sonstige Verbindlichkeiten	8.452	–7.993	459
Gesamt	**25.702**	**–10.530**	**15.172**

Des Weiteren hat die Helaba mit Kontrahenten im Derivate- und Wertpapierpensionsgeschäft Master-Netting-Agreements abgeschlossen, die bedingte Saldierungsrechte beinhalten. Bei Eintritt dieser Bedingungen, zum Beispiel einem bonitätsbedingten Ausfall des Kontrahenten, erfolgt eine Abrechnung auf saldierter Basis. Zum 31. Dezember 2016 ergeben sich folgende Beträge:

in Mio. €

		Bedingte Saldierungsrechte durch Master-Netting-Agreements		
	Bilanzausweis	Sicherheiten in Form finanzieller Verbindlichkeiten/ Vermögenswerte	Barsicherheiten[1]	Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte
Vermögenswerte				
Derivative Geschäfte	16.367	–8.395	–1.503	6.469
Wertpapierpensionsgeschäfte	3	–3	–	–
Sonstige Vermögenswerte	1.909	–	–	1.909
Gesamt	**18.279**	**–8.398**	**–1.503**	**8.378**
Verbindlichkeiten				
Derivative Geschäfte	14.713	–8.395	–5.409	909
Sonstige Verbindlichkeiten	459	–	–	459
Gesamt	**15.172**	**–8.395**	**–5.409**	**1.368**

[1] Die Darstellung enthält keine bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten aus grundpfandrechtlichen oder sonstigen Kreditsicherheiten außerhalb von Master-Netting-Agreements.

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2015:

in Mio. €

	Bruttobuchwert vor Saldierung	Bruttobuchwert saldierter Finanzinstrumente	Bilanzausweis
Vermögenswerte			
Derivative Geschäfte	18.290	–1.980	16.310
Wertpapierpensionsgeschäfte	105	–	105
Sonstige Vermögenswerte	3.837	–3.636	201
Gesamt	**22.232**	**–5.616**	**16.616**
Verbindlichkeiten			
Derivative Geschäfte	16.705	–1.935	14.770
Wertpapierpensionsgeschäfte	3.627	–	3.627
Sonstige Verbindlichkeiten	4.240	–3.681	559
Gesamt	**24.572**	**–5.616**	**18.956**

in Mio. €

	Bilanzausweis	Bedingte Saldierungsrechte durch Master-Netting-Agreements		Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte
		Sicherheiten in Form finanzieller Verbindlichkeiten/ Vermögenswerte	Barsicherheiten[1]	
Vermögenswerte				
Derivative Geschäfte	16.310	–8.858	–1.231	6.221
Wertpapierpensionsgeschäfte	105	–103	–	2
Sonstige Vermögenswerte	201	–	–	201
Gesamt	**16.616**	**–8.961**	**–1.231**	**6.424**
Verbindlichkeiten				
Derivative Geschäfte	14.770	–8.857	–5.045	868
Wertpapierpensionsgeschäfte	3.627	–3.622	–	5
Sonstige Verbindlichkeiten	559	–	–	559
Gesamt	**18.956**	**–12.479**	**–5.045**	**1.432**

[1] Die Darstellung enthält keine bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten aus grundpfandrechtlichen oder sonstigen Kreditsicherheiten außerhalb von Master-Netting-Agreements.

(63) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	**33**	**33**
Forderungen an Kunden	**216**	**353**
Davon: an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7	15
Gesamt	**249**	**386**

Vermögenswerte werden als nachrangig ausgewiesen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

(64) Fremdwährungsvolumina

in Mio. €

	Fremdwährungsaktiva		Fremdwährungspassiva	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
USD	17.524	19.140	9.508	10.348
GBP	6.214	7.181	2.050	2.393
CHF	1.363	1.799	279	357
JPY	473	437	477	424
Andere Währungen	994	943	258	384
Gesamt	**26.568**	**29.500**	**12.572**	**13.906**

Die hier dargestellten Fremdwährungsaktiva und -passiva beziehen sich auf nicht derivative Finanzinstrumente. Die Fremdwährungspositionen sind unter Berücksichtigung von entsprechend gegenläufigen derivativen Geschäften geschlossen.

(65) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2016 gliedern sich die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten wie folgt:

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	**30.866**	**13.922**	**30.199**	**40.463**	**31.203**
Handelspassiva	322	2.630	4.843	–	123
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.777	1.694	3.454	11.040	9.654
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.767	3.273	6.806	7.079	9.004
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	6.316	14.330	21.691	9.357
Nachrangkapital	–	9	766	653	3.065
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	**10.795**	**463**	**680**	**2.145**	**1.565**
Handelspassiva	10.795	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	463	680	2.145	1.565
Unwiderrufliche Kreditzusagen	**704**	**973**	**2.852**	**13.988**	**1.133**
Gesamt	**42.365**	**15.358**	**33.731**	**56.596**	**33.901**

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2015:

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	**31.306**	**22.023**	**28.481**	**42.569**	**30.890**
Handelspassiva	884	5.340	5.685	–	124
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.725	5.540	5.854	11.834	8.472
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.697	3.605	6.809	7.322	10.161
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	7.529	9.483	22.153	8.960
Nachrangkapital	–	9	650	1.260	3.173
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	**10.390**	**423**	**616**	**2.413**	**1.599**
Handelspassiva	10.390	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	423	616	2.413	1.599
Unwiderrufliche Kreditzusagen	**602**	**821**	**2.681**	**12.529**	**2.581**
Gesamt	**42.298**	**23.267**	**31.778**	**57.511**	**35.070**

Für die Restlaufzeitengliederung der finanziellen Verbindlichkeiten wurden die undiskontierten Cashflows gemäß den vertraglich vereinbarten Fälligkeitsterminen auf die einzelnen Laufzeitbänder verteilt. Falls keine feste vertragliche Vereinbarung für den Rückzahlungszeitpunkt bestand, ist der frühestmögliche Zeitpunkt beziehungsweise die Kündigungsmöglichkeit herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für aufgenommene Tagesgelder und Sichteinlagen sowie für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist.

Die unter den Handelspassiva ausgewiesenen nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten wurden mit Buchwerten und die unwiderruflichen Kreditzusagen mit dem Nominalwert in die Restlaufzeitengliederung einbezogen. Derivate des Handelsbestands werden mit ihrem Buchwert dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet, die unwiderruflichen Kreditzusagen dem Band, zu dem die Inanspruchnahme frühestens möglich ist. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gemäß Anhangangabe (74) können bis zum Garantiehöchstbetrag grundsätzlich jederzeit in Anspruch genommen werden.

(66) Derivative Geschäfte

Der Helaba-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente sowohl für Handels- als auch für Sicherungsgeschäfte ein.

Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder individuell ausgehandelt als OTC-Derivate außerbörslich abgeschlossen werden.

Die Nominalwerte entsprechen dem Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe. Dieser Wert dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, es handelt sich jedoch nicht um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Nominal- und Marktwerte derivativer Geschäfte ergeben sich zu den Stichtagen wie folgt:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Aktien-/indexbezogene Geschäfte	**3.646**	**3.464**	**143**	**168**	**137**	**167**
OTC-Produkte	**2.735**	**2.339**	**124**	**149**	**118**	**121**
Aktienoptionen	2.735	2.339	124	149	118	121
Käufe	1.548	1.355	124	149	–	–
Verkäufe	1.187	984	–	–	118	121
Börsengehandelte Produkte	**911**	**1.125**	**19**	**19**	**19**	**46**
Aktien-/Index-Futures	212	364	3	4	–	11
Aktien-/Indexoptionen	699	761	16	15	19	35
Zinsbezogene Geschäfte	**418.466**	**474.730**	**14.344**	**14.610**	**12.144**	**12.199**
OTC-Produkte	**407.859**	**462.650**	**14.342**	**14.603**	**12.135**	**12.194**
Forward Rate Agreements	2.920	18.269	–	–	–	–
Zins-Swaps	355.341	389.324	13.026	12.515	8.729	9.367
Zinsoptionen	49.491	55.047	1.316	2.088	3.406	2.827
Käufe	17.670	22.906	1.241	2.017	39	22
Verkäufe	31.822	32.142	75	71	3.367	2.806
Sonstige Zinskontrakte	107	10	–	–	–	–
Börsengehandelte Produkte	**10.607**	**12.080**	**2**	**7**	**9**	**5**
Zins-Futures	10.587	12.080	2	7	9	5
Zinsoptionen	20	–	–	–	–	–
Währungsbezogene Geschäfte	**74.322**	**67.652**	**1.844**	**1.493**	**2.396**	**2.364**
OTC-Produkte	**74.322**	**67.652**	**1.844**	**1.493**	**2.396**	**2.364**
Devisenkassa- und -termingeschäfte	49.010	41.314	968	813	832	638
Zins-/Währungs-Swaps	24.650	25.582	868	666	1.556	1.710
Devisenoptionen	662	756	8	14	8	16
Käufe	328	377	8	14	–	–
Verkäufe	333	379	–	–	8	16
Kreditderivate	**5.828**	**5.135**	**32**	**31**	**32**	**32**
OTC-Produkte	**5.828**	**5.135**	**32**	**31**	**32**	**32**
Warenbezogene Geschäfte	**147**	**141**	**4**	**8**	**4**	**8**
OTC-Produkte	**147**	**141**	**4**	**8**	**4**	**8**
Commodity Swaps	53	40	4	8	4	8
Commodity-Optionen	94	101	–	–	–	–
Gesamt	**502.409**	**551.122**	**16.367**	**16.310**	**14.713**	**14.770**

Nominalwerte nach Restlaufzeiten:

in Mio. €

	Aktien-/indexbezogene Geschäfte		Zinsbezogene Geschäfte		Währungsbezogene Geschäfte	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Bis drei Monate	354	672	33.000	34.053	28.838	24.960
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	707	890	43.463	87.297	18.638	14.901
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.435	1.826	185.508	186.850	20.792	22.056
Mehr als fünf Jahre	150	76	156.495	166.530	6.054	5.735
Gesamt	**3.646**	**3.464**	**418.466**	**474.730**	**74.322**	**67.652**

in Mio. €

	Kreditderivate		Warenbezogene Geschäfte		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Bis drei Monate	130	87	48	50	62.370	59.822
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.311	608	32	46	64.151	103.742
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.253	4.356	67	45	213.055	215.133
Mehr als fünf Jahre	134	84	–	–	162.833	172.425
Gesamt	**5.828**	**5.135**	**147**	**141**	**502.409**	**551.122**

Die derivativen Geschäfte bestehen mit folgenden Kontrahenten:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
OECD-Banken	208.678	219.785	8.469	8.944	11.885	11.759
Banken außerhalb der OECD	21	13	–	–	1	1
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsen)	259.804	283.465	3.222	3.180	1.117	1.033
Öffentliche Stellen in der OECD	33.906	47.859	4.676	4.186	1.710	1.977
Gesamt	**502.409**	**551.122**	**16.367**	**16.310**	**14.713**	**14.770**

(67) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2016 nach den Bewertungskategorien des IAS 39 gegliedert dargestellt. Ersichtlich ist auch der Ausweis in der Bilanz.

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	1.296		1.800		3.096
Forderungen an Kreditinstitute	15.235			–	15.235
Forderungen an Kunden	92.566			512	93.078
Handelsaktiva			20.498		20.498
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.024		4.024
Finanzanlagen		23.839		1.932	25.771
Gesamt	**109.097**	**23.839**	**26.322**	**2.444**	**161.702**
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29.755			383	30.138
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.285			3.539	46.824
Verbriefte Verbindlichkeiten	45.362			5.586	50.948
Handelspassiva			18.713		18.713
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.918		3.918
Nachrangkapital	3.524			99	3.623
Gesamt	**121.926**		**22.631**	**9.607**	**154.164**

Die unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr der Kategorie LaR beziehungsweise OL zugeordnet.

Nachfolgend die entsprechenden Buchwerte per 31. Dezember 2015:

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve[1]	1.527		382		1.909
Forderungen an Kreditinstitute	17.144			–	17.144
Forderungen an Kunden	92.587			607	93.194
Handelsaktiva			26.078		26.078
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.376		4.376
Finanzanlagen		23.521		3.054	26.575
Gesamt	**111.258**	**23.521**	**30.836**	**3.661**	**169.276**
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.735			241	35.976
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	44.346			3.381	47.727
Verbriefte Verbindlichkeiten	40.926			6.147	47.073
Handelspassiva			22.423		22.423
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.380		4.380
Nachrangkapital[2]	3.936			100	4.036
Gesamt	**124.943**		**26.803**	**9.869**	**161.615**

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Zentralbankguthaben bei der Deutschen Bundesbank, die der Kategorie HfT zugeordnet sind, wurden in Höhe von 382 Mio. € in der Kategorie LaR ausgewiesen.

[2] Vorjahreszahlen angepasst: Im Nachrangkapital der Kategorie OL ausgewiesene, bereits fälligen Zinsen in Höhe von 50 Mio. € wurden in die sonstigen Passiva umgegliedert.

In der folgenden Tabelle sind pro Bewertungskategorie die erfassten Ergebnisbeiträge aus Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2016 dargestellt:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nichthandel	Gesamt
Zinsüberschuss	2.511	–1.481	281		–138	100	1.273
Risikovorsorge	–154						–154
Handelsergebnis				146			146
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					86	–35	51
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–3	–17				15	–5
Ergebnis aus Finanzanlagen			45				45
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			63				63
Gesamt	**2.354**	**–1.498**	**389**	**146**	**–52**	**80**	**1.419**

Für das Jahr 2015 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nichthandel	Gesamt
Zinsüberschuss	2.758	–1.687	292		–164	154	1.353
Risikovorsorge	–237						–237
Handelsergebnis				190			190
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					126	–104	22
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	3	10				–10	3
Ergebnis aus Finanzanlagen			7				7
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			–62				–62
Gesamt	**2.524**	**–1.677**	**237**	**190**	**–38**	**40**	**1.276**

Der Zinsüberschuss gemäß Gewinn- und Verlustrechnung enthält neben Zinsen aus Finanzinstrumenten das Zinsergebnis aus Pensionsverpflichtungen und anderen langfristigen Rückstellungen.

Der Zinsüberschuss enthält Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten in Höhe von 2.834 Mio. € (2015: 3.050 Mio. €) beziehungsweise –1.523 Mio. € (2015: –1.687 Mio. €).

(68) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten mit ihren jeweiligen Buchwerten. Darüber hinaus sind unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva weitere finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, deren beizulegender Zeitwert dem Buchwert entspricht.

in Mio. €

	Fair Value		Buchwert		Differenz	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Aktiva						
Barreserve	3.096	1.909	3.096	1.909	–	–
Forderungen an Kreditinstitute[1]	15.346	17.281	15.234	17.142	112	139
Forderungen an Kunden[1]	97.557	97.474	92.307	92.210	5.250	5.264
Handelsaktiva	20.498	26.078	20.498	26.078	–	–
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4.024	4.376	4.024	4.376	–	–
Finanzanlagen	25.771	26.575	25.771	26.575	–	–
Gesamt	**166.292**	**173.693**	**160.930**	**168.290**	**5.362**	**5.403**
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.098	37.074	30.138	35.976	960	1.098
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48.162	48.983	46.824	47.727	1.338	1.256
Verbriefte Verbindlichkeiten	51.245	47.511	50.948	47.073	297	438
Handelspassiva	18.713	22.423	18.713	22.423	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.918	4.380	3.918	4.380	–	–
Nachrangkapital[2]	3.971	4.447	3.623	4.036	348	411
Gesamt	**157.107**	**164.818**	**154.164**	**161.615**	**2.943**	**3.203**

[1] Nettobuchwert nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

[2] Vorjahreszahlen angepasst: Im Nachrangkapital wurden bei den Angaben zum Fair Value und zum Buchwert bereits fällige Zinsen in Höhe von 50 Mio. € ausgewiesen, die in die sonstigen Passiva umgegliedert wurden.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten gemäß Anhangangabe (6) ergibt sich auf der Aktivseite wie folgt:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Nicht derivative Finanzinstrumente	**29.784**	**36.246**	**4.176**	**4.320**	**447**	**729**	**34.407**	**41.295**
Forderungen an Kunden			411	504	101	103	512	607
Handelsaktiva	6.144	11.532	1.974	2.504	37	108	8.155	14.144
Finanzanlagen	23.640	24.714	1.791	1.312	309	518	25.740	26.544
Derivate	**21**	**26**	**16.233**	**16.164**	**113**	**120**	**16.367**	**16.310**
Handelsaktiva	20	21	12.234	11.816	89	97	12.343	11.934
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	1	5	3.999	4.348	24	23	4.024	4.376
Gesamt	**29.805**	**36.272**	**20.409**	**20.484**	**560**	**849**	**50.774**	**57.605**

Auf der Passivseite ergibt sich folgende Aufteilung:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Nicht derivative Finanzinstrumente	**139**	**347**	**16.878**	**21.095**	**508**	**460**	**17.525**	**21.902**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			373	231	10	10	383	241
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			3.491	3.344	48	37	3.539	3.381
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	5.136	5.734	450	413	5.586	6.147
Handelspassiva	139	347	7.779	11.686	–	–	7.918	12.033
Nachrangkapital	–	–	99	100	–	–	99	100
Derivate	**28**	**51**	**14.588**	**14.612**	**97**	**107**	**14.713**	**14.770**
Handelspassiva	24	47	10.681	10.244	90	99	10.795	10.390
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4	4	3.907	4.368	7	8	3.918	4.380
Gesamt	**167**	**398**	**31.466**	**35.707**	**605**	**567**	**32.238**	**36.672**

Die Veränderungen innerhalb der drei Bewertungslevel resultieren überwiegend aus Zu- und Abgängen und nicht aus Übertragungen zwischen ihnen.

Die Aktivbestände der nicht derivativen Finanzinstrumente in Level 3 verteilen sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kunden	**101**	**103**
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**42**	**268**
Schuldverschreibungen, Anleihen	–	161
Schuldscheine	37	107
Asset Backed Securities	5	–
Nicht börsennotierte Unternehmensanteile	**95**	**77**
Investmentanteile	**77**	**127**
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	**132**	**154**
Gesamt	**447**	**729**

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Level 3 verteilt sich auf die Rating-Stufen wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
AAA	35	38
AA	–	214
A	–	15
BBB und schlechter	7	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**42**	**268**

Bei der Modellbewertung der Bestände, die Level 3 zugeordnet sind, wurden Parameter verwendet, durch die ein Preis ermittelt wird, den rational handelnde Marktteilnehmer zugrunde legen würden. Für einzelne Inputfaktoren könnten alternativ günstigere oder nachteiligere Faktoren angesetzt werden.

Bei Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren betrifft dies im Wesentlichen die Einschätzung und Festlegung von Credit Spreads. Dabei werden Szenariowerte auf Basis ermittelter historischer Standardabweichungen in den betroffenen Sektoren herangezogen. Die hierbei ermittelten Abweichungen sind wie im Vorjahr unwesentlich.

Für nicht börsennotierte Unternehmensanteile sowie Investmentanteile, deren beizulegende Zeitwerte über Ertragswertberechnungen ermittelt werden, wurden Simulationen vorgenommen. Hierzu wurden im Wesentlichen die zu diskontierenden Cashflows um 10 % erhöht beziehungsweise reduziert. Auf Basis der dabei ermittelten Marktwerte wurden alternativ verwendbare Werte ermittelt, die um bis zu 18 Mio. € (31. Dezember 2015: 21 Mio. €) nach oben und unten abweichen können.

Für die angekauften Forderungen aus Kapitallebensversicherungen werden aufgrund der Bewertung auf Basis der Rückkaufswerte der Lebensversicherungen keine wesentlichen Sensitivitäten gesehen.

Bei der Bewertung der verbrieften Verbindlichkeiten werden Bewertungsparameter herangezogen, die Sensitivitäten aufweisen können, die jedoch im Wesentlichen abgesichert sind. Verbleibende Sensitivitäten sind für die Bewertung unwesentlich.

Die sonstigen dem Level 3 zugeordneten Bestände weisen keine wesentlichen Sensitivitäten aus.

In den folgenden Tabellen werden die Entwicklung des Bestands an zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, die dem Level 3 zugeordnet sind, sowie das Bewertungsergebnis der zum 31. Dezember noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente ausgewiesen:

in Mio. €

	Forderungen an Kunden		Handelsaktiva		Finanzanlagen	
Aktiva	**2016**	**2015**	**2016**	**2015**	**2016**	**2015**
Buchwert zum 1.1.	**103**	**110**	**108**	**143**	**518**	**667**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste						
Zinsergebnis	–	13			–	10
Handelsergebnis			1	–2		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	2	–1			–	–6
Ergebnis aus Finanzanlagen					–7	2
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne oder Verluste					12	–2
Zugänge	–	–	–	102	6	12
Abgänge/Abwicklungen	–4	–19	–14	–83	–223	–193
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–	–	2	5
Übertragungen aus Level 2	–	–	–	–	5	28
Übertragungen in Level 2	–	–	–58	–52	–4	–5
Buchwert zum 31.12.	**101**	**103**	**37**	**108**	**309**	**518**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	2	1	–3	–1	–1	–6

in Mio. €

	Positive Marktwerte des Handelsbestands		Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
Aktiva	**2016**	**2015**	**2016**	**2015**
Buchwert zum 1.1.	**97**	**66**	**23**	**41**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste				
Zinsergebnis			–3	–1
Handelsergebnis	31	45		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO			4	–16
Zugänge	6	5	–	–
Abgänge/Abwicklungen	–11	–8	–	–1
Übertragungen aus Level 2	–	–	–	–
Übertragungen in Level 2	–34	–11	–	–
Buchwert zum 31.12.	**89**	**97**	**24**	**23**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	30	69	6	–11

in Mio. €

Passiva	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 2016	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 2015	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 2016	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 2015	Verbriefte Verbindlichkeiten 2016	Verbriefte Verbindlichkeiten 2015
Buchwert zum 1.1.	**10**	**36**	**37**	**45**	**413**	**456**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste						
Zinsergebnis	–	1	1	2	–	5
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	–	–	13	5	4	–18
Zugänge	–	21	10	36	73	45
Abgänge/Abwicklungen	–	–48	–13	–51	–34	–75
Übertragungen in Level 2	–	–	–	–	–6	–
Buchwert zum 31.12.	**10**	**10**	**48**	**37**	**450**	**413**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	–	–1	–12	–6	–9	33

in Mio. €

Passiva	Negative Marktwerte des Handelsbestands 2016	Negative Marktwerte des Handelsbestands 2015	Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten 2016	Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten 2015
Buchwert zum 1.1.	**99**	**66**	**8**	**3**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste				
Zinsergebnis			–1	–
Handelsergebnis	30	45		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO			–1	4
Zugänge	6	5	1	1
Abgänge/Abwicklungen	–11	–8	–	–
Übertragungen in Level 2	–34	–9	–	–
Buchwert zum 31.12.	**90**	**99**	**7**	**8**
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	–30	–69	–	–7

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Aufteilung der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der Fair Value-Level:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015[1]	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Aktiva								
Barreserve	3.096	1.909					3.096	1.909
Forderungen an Kreditinstitute			10.726	12.515	4.620	4.766	15.346	17.281
Forderungen an Kunden			81.342	87.581	15.703	9.286	97.045	96.867
Finanzanlagen	–	–	–	–	31	31	31	31
Gesamt	**3.096**	**1.909**	**92.068**	**100.096**	**20.354**	**14.083**	**115.518**	**116.088**
Passiva								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			25.498	31.625	5.217	5.208	30.715	36.833
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			39.997	41.028	4.626	4.574	44.623	45.602
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.184	2.015	43.475	39.349	–	–	45.659	41.364
Nachrangkapital	525	524	3.347	3.823	–	–	3.872	4.347
Gesamt	**2.709**	**2.539**	**112.317**	**115.825**	**9.843**	**9.782**	**124.869**	**128.146**

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Im Nachrangkapital wurden bei den Angaben zum Fair Value und zum Buchwert bereits fällige Zinsen in Höhe von 50 Mio. € ausgewiesen, die in die sonstigen Passiva umgegliedert wurden.

Die unter Level 3 ausgewiesenen Bestände betreffen Geschäftsarten, bei denen im Regelfall nicht für alle wesentlichen Inputfaktoren beobachtbare Bewertungsparameter vorliegen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um das Förder- und Retail-Geschäft. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus hat die Bewertung der Bonität der Kunden auf den gesamten Fair Value an Bedeutung gewonnen. Da sie kundenspezifisch ermittelt wird, gab es bei den Forderungen an Kunden Verschiebungen von Level 2 nach Level 3.

(69) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte

In Einklang mit IAS 39 und IFRS 7 hat der Helaba-Konzern im zweiten Halbjahr 2008 bestimmte Handelsaktiva und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Bewertungskategorie LaR umkategorisiert. Hierbei wurden Vermögenswerte umkategorisiert, bei denen am 1. Juli 2008 eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand, sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollten. Gemäß dem geänderten IAS 39 erfolgte die Umkategorisierung mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten beizulegenden Zeitwert. Seitdem wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung). Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgegliederten Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2016 Buchwert	31.12.2016 Zeitwert	31.12.2015 Buchwert	31.12.2015 Zeitwert	1.7.2008 Buchwert
Handelsaktiva, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	64	63	73	71	437
Finanzanlagen, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	25	25	41	40	1.722
Gesamt	**89**	**88**	**114**	**111**	**2.159**

Wären die Umkategorisierungen nicht vorgenommen worden, wären in 2016 für Handelsaktiva in der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 1 Mio. € (2015: –1 Mio. €) und für Finanzanlagen im Eigenkapital zusätzliche unrealisierte Bewertungsergebnisse von 0 Mio. € (2015: –1 Mio. €) entstanden.

Wie bereits im Vorjahr ergaben sich im laufenden Geschäftsjahr keine wesentlichen Effekte aus den umgewidmeten Vermögenswerten auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns.

(70) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

Für Forderungen und Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, werden die kumulierten Änderungen der Buchwerte, die auf das Kreditrisiko zurückzuführen sind, ermittelt. Hierzu wird für jedes dieser Finanzinstrumente die Differenz zwischen der aktuellen Bewertung und der historischen Bewertung im Zugangszeitpunkt herangezogen und um aus nicht bonitätsbezogenen Marktkonditionen resultierende Wertänderungen bereinigt. Für Finanzinstrumente, die zum 31. Dezember noch im Bestand waren, wird der Betrag ausgewiesen, der in der Berichtsperiode in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt wurde. Die entsprechenden Werte können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

in Mio. €

	Buchwert		Berichtsperiode		Kumuliert	
	31.12.2016	31.12.2015	2016	2015	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kunden	512	607	1	3	–6	–7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.864	2.901	–1	4	–3	–2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	68	153				
Gesamt	**2.444**	**3.661**	**–**	**7**	**–9**	**–9**

in Mio. €

	Buchwert		Berichtsperiode		Kumuliert	
	31.12.2016	31.12.2015	2016	2015	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	383	241	–3	–	–	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.539	3.381	45	–5	20	67
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.586	6.147	34	8	–16	19
Nachrangkapital	99	100	–1	–1	1	1
Gesamt	**9.607**	**9.869**	**75**	**2**	**5**	**90**

In der nachfolgenden Übersicht werden die Rückzahlungsbeträge der Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, ihren jeweiligen aktuellen Buchwerten gegenübergestellt:

in Mio. €

	Rückzahlungsbetrag		Buchwert		Differenz	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	401	247	383	241	18	6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.163	4.129	3.539	3.381	624	748
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.614	6.335	5.586	6.147	28	188
Nachrangkapital	98	98	99	100	–1	–2
Gesamt	**10.276**	**10.809**	**9.607**	**9.869**	**669**	**940**

(71) Angaben zur Emissionstätigkeit

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der verbrieften Refinanzierungsmittel des Helaba-Konzerns im Berichtszeitraum:

in Mio. €

	Verbriefte Verbindlichkeiten des Handels		Verbriefte Verbindlichkeiten		Verbrieftes Nachrangkapital		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015[1]	2016	2015[1]
Stand zum 1.1.	**4.664**	**2.019**	**47.073**	**48.320**	**1.836**	**3.372**	**53.573**	**53.711**
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–20	153	41	364	–	3	21	520
Zugänge aus Emissionen	5.571	13.861	52.229	49.158	–	289	57.800	63.308
Zugänge aus dem Wiederverkauf von vorherigen Rückkäufen	–	–	1.121	2.020	2	3	1.123	2.023
Abgänge durch Rückzahlung	–8.542	–11.375	–48.214	–50.252	–303	–1.784	–57.059	–63.411
Abgänge durch Rückkäufe	–5	–10	–1.191	–2.178	–2	–3	–1.198	–2.191
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	–1	–	–71	–105	–	–	–72	–105
Erfolgswirksame Wertänderungen	8	16	–40	–254	–6	–44	–38	–282
Stand zum 31.12.	**1.675**	**4.664**	**50.948**	**47.073**	**1.527**	**1.836**	**54.150**	**53.573**

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Im verbrieften Nachrangkapital wurden zum Jahresultimo fällige Zinsen im Buchwert ausgewiesen, die in die sonstigen Passiva umgegliedert wurden. Aus diesem Grund wurden die Stände zum 1. Januar 2015 und zum 31. Dezember 2015 um –16 Mio. € angepasst.

Im Rahmen der Emissionstätigkeit des Helaba-Konzerns werden kurzfristige Geldmarktpapiere, Aktien- und Indexzertifikate, mittel- und langfristige Schuldverschreibungen und Nachrangmittel am Geld- und Kapitalmarkt platziert.

Die Zugänge aus Emissionen und Abgänge durch Rückzahlungen umfassen auch das Platzierungs-volumen von kurzfristigen Geldmarktpapieren, die zum Ende des Geschäftsjahres bereits wieder getilgt sein können. Die erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren aus Bewertungseffekten von zum Abschlussstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Verbindlichkeiten, die als gesicherte Grundgeschäfte in das Hedge Accounting einbezogen oder der FVO zugeordnet sind.

(72) Angaben zum Risikomanagement

Das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals steht im Mittelpunkt der Konzernrisikostrategie. Zur Risikosteuerung werden die identifizierten Risiken laufend gemessen und überwacht. Hierzu werden die Methoden stetig weiterentwickelt. Zur Organisation des Risikomanagements, zu den einzelnen Risikoarten sowie Risikokonzentrationen verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

(73) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte von Forderungen der Kategorie LaR, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise pauschalierten Einzelwertberichtigungen wertgemindert wurden. Darüber hinaus sind hier auch die Bruttobuchwerte vor Wertminderung von Finanzanlagen der Kategorie AfS aufgeführt.

in Mio. €

	Buchwert vor Wertberichtigung		Höhe der Wertberichtigung		Buchwert nach Wertberichtigung	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015[1]	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	–	3	–	1	–	2
Forderungen an Kunden (LaR)	1.149	1.668	499	637	650	1.031
Finanzanlagen (AfS)	138	260	98	134	40	126
Gesamt	**1.287**	**1.931**	**597**	**786**	**690**	**1.159**

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurde in den Finanzanlagen ein Konsolidierungseffekt in Höhe von 14 Mio. € nicht berücksichtigt.

Das maximale Kreditrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) zum Abschlussstichtag entspricht mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte, wie unter Anhangangabe (67) dargestellt, zuzüglich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen gemäß Anhangangabe (74). Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Kreditrisiko dem Buchwert abzüglich der Wertberichtigungen auf Forderungen (siehe Anhangangabe (39)). Es handelt sich bei den Angaben um Beträge ohne Abzug von Sicherheiten oder sonstiger risikomindernder Vereinbarungen.

Für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen mit einem Buchwert von 234 Mio. € (31. Dezember 2015: 162 Mio. €), die zum Bilanzstichtag überfällig waren, wurden keine Wertminderungen gebildet, da nach Einschätzung der Helaba keine wesentliche Veränderung in der Bonität der Schuldner vorliegt und mit einer Tilgung der ausstehenden Beträge gerechnet wird.

Ein finanzieller Vermögenswert wird als überfällig eingestuft, wenn der Vertragspartner den vertraglich vereinbarten Zahlungen aus dem Finanzinstrument nicht fristgerecht nachgekommen ist. Es ist dabei schon ausreichend, wenn bestimmte vertraglich vereinbarte Teilzahlungen (Zinsen oder Teilrückzahlungen) in Verzug sind.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufgliederung der zum 31. Dezember 2016 überfälligen nicht wertgeminderten Forderungen nach der Dauer des Zahlungsverzugs:

in Mio. €

	Bilanzausweis	Verzug bis einen Monat	Verzug über einen Monat bis drei Monate	Verzug über drei Monate bis ein Jahr	Verzug über ein Jahr	Summe Verzug
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	15.235	1	–	–	–	1
Forderungen an Kunden (LaR)	92.566	110	93	19	7	229
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	36	2	1	1	–	4
Gesamt	**107.837**	**113**	**94**	**20**	**7**	**234**

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2015:

in Mio. €

	Bilanzausweis	Verzug bis einen Monat	Verzug über einen Monat bis drei Monate	Verzug über drei Monate bis ein Jahr	Verzug über ein Jahr	Summe Verzug
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	17.144	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden (LaR)	92.587	94	34	19	12	159
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	51	1	1	1	–	3
Gesamt	**109.782**	**95**	**35**	**20**	**12**	**162**

Die Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen, die im Bilanzposten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden, resultieren überwiegend aus fremden Beratungsgebühren, denen Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüberstehen, sowie aus dem Immobilienprojektierungs- und Wohnungsbaugeschäft.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: gestundete oder neuverhandelte Forderungen	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	15.235	17.144	–	–
Forderungen an Kunden	93.078	93.194	1.414	2.144
Gesamt	**108.313**	**110.338**	**1.414**	**2.144**

Die Ermittlung von Stundungen oder neuverhandelten Forderungen erfolgt in Einklang mit der Definition des „Forborne Exposures“ der Europäischen Bankenaufsicht (EBA). Das Forborne Exposure umfasst hierbei Schuldverträge mit Forbearance-Maßnahmen, die Zugeständnisse oder Umschuldungen aufgrund bestehender oder zu erwartender finanzieller Leistungsstörungen durch den Schuldner umfassen.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über Wertberichtigungen auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen und Kreditzusagen	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	**1**	**2**	**–**	**–**
Einzelwertberichtigungen	–	1	–	–
Portfoliowertberichtigungen	1	1	–	–
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	**771**	**984**	**359**	**421**
Einzelwertberichtigungen	453	576	336	386
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	46	61	13	20
Portfoliowertberichtigungen	272	347	10	15
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	**43**	**44**	**2**	**3**
Gesamt	**815**	**1.030**	**361**	**424**

Der Helaba-Konzern hält zur Besicherung seiner Kreditforderungen insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften sowie Wertpapiere. Zudem kommen andere branchenübliche Sicherungsvereinbarungen zur Anwendung. Die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der Sicherheiten basieren auf der Bewertung der Sicherheiten, die abhängig von Kreditart und -volumen gemäß den Kreditrichtlinien einer laufenden Überwachung und Fortschreibung unterliegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts gehaltenen Sicherheiten zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Buchwert		Fair Value der Sicherheiten	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute	15.235	17.144	218	169
Forderungen an Kunden	93.078	93.194	34.310	33.837
Eventualverbindlichkeiten	6.310	5.355	287	420
Unwiderrufliche Kreditzusagen	19.650	19.248	550	351
Gesamt	**134.273**	**134.941**	**35.365**	**34.777**

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten wird eine Bewertungsanpassung (CVA-Adjustment) beim Ausfallrisiko vorgenommen, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos, basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads. Zum 31. Dezember 2016 betrugen die Bewertungsanpassungen für Derivate des Handelsbuchs und des Bankbuchs mit positiven Marktwerten 155 Mio. € (31. Dezember 2015: 142 Mio. €).

Für weitere Angaben zu Kreditrisiken verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

(74) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

Bei den Eventual- und anderen Verpflichtungen des Helaba-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Auszahlungsverpflichtungen des Konzerns, die sowohl aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien, als auch aus gestellten Finanzgarantien erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise bei Inanspruchnahme der Finanzgarantien wider. Für unwiderrufliche Kreditzusagen werden Rückstellungen gebildet, sofern bei ihrer Inanspruchnahme eine Wertminderung des entstehenden Kredits wahrscheinlich ist. Für Finanzgarantien oder andere Verpflichtungen werden Rückstellungen gebildet, wenn die Inanspruchnahme wahrscheinlich ist.

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Unwiderrufliche Kreditzusagen	**19.650**	**19.248**
Finanzgarantien	**5.038**	**4.053**
Andere Verpflichtungen	**4.364**	**4.334**
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.272	1.302
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.753	2.795
Einzahlungsverpflichtungen	43	54
Vertragliche Verpflichtungen für den Erwerb von Sachanlagen, immateriellen und sonstigen Vermögenswerten	135	41
Vertragliche Verpflichtungen in Verbindung mit als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	118	118
Verpflichtungen aus Prozessrisiken	–	3
Sonstige Verpflichtungen	43	21
Gesamt	**29.052**	**27.635**

Am Bilanzstichtag entfielen von den Einzahlungsverpflichtungen auf 31 Personenhandelsgesellschaften 42 Mio. € und auf vier Kapitalgesellschaften 1 Mio. €. Einzahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden nicht.

Aus der Anwachsung eines Tochterunternehmens hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen des Tochterunternehmens übernommen. Aus dessen Teilnahme an einer Spaltungsmaßnahme resultieren zeitlich befristete Haftungen nach dem Umwandlungsgesetz (UmwG). Eine tatsächliche Belastung ist derzeit nicht zu erwarten.

An der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, ist die Bank als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet. Die Träger der DekaBank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender Verbindlichkeiten der DekaBank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten gilt dies nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausging.

Dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Frankfurter Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen. Diese Sicherungseinrichtungen haben institutssichernde Wirkung, das heißt, sie sind darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe wurde mit Wirkung vom 3. Juli 2015 an die Vorgaben des Einlagensicherungsgesetzes angepasst. Sollte die Institutssicherung ausnahmsweise nicht greifen, hat der Kunde einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen bis zu einem Betrag von 100.000 €. Dafür maßgeblich ist das Einlagensicherungsgesetz. Im Fall des Eintritts eines Stützungs- oder eines Entschädigungsfalls kann die Helaba zur Zahlung von Zusatz- oder Sonderbeiträgen verpflichtet sein.

Des Weiteren sind die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 ‰ der Bemessungsgrundlage (Risikoaktiva der Institute) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Darüber hinaus haften einzelne konzernangehörige Institute als Mitglieder von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen der hierfür geltenden Bestimmungen.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Fall der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten ebenso wie im Vorjahr in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Die sonstigen Verpflichtungen beinhalten Verpflichtungen in Höhe von 18 Mio. € (31. Dezember 2015: 12 Mio. €) gegenüber dem europäischen Abwicklungsfonds. Die Bank und die Frankfurter Sparkasse haben das Wahlrecht, einen Teil des Jahresbeitrags in Form von in vollem Umfang mit Barmitteln unterlegten unwiderruflichen Zahlungsversprechen zu leisten, ausgeübt.

Darüber hinaus gewähren die Sicherungsreserven der Landesbanken und der Landesbausparkassen ihren angeschlossenen Instituten ein Wahlrecht, einen Teil des Beitrags in Form von barunterlegten unwiderruflichen Zahlungsversprechen zu leisten. Davon haben die Bank und die Landesbausparkasse in Höhe von 7 Mio. € Gebrauch gemacht.

(75) Patronatserklärungen

Firma	Sitz
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH	Frankfurt am Main

(76) Treuhandgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015[1]
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	243	192
Forderungen an Kunden	525	451
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	202	202
Beteiligungen	56	60
Sonstige Vermögenswerte	13	13
Gesamt	**1.039**	**918**
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	125	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	606	606
Sonstige Verbindlichkeiten	308	311
Gesamt	**1.039**	**918**

[1] Vorjahreszahlen angepasst: gesonderter Ausweis der treuhänderisch gehaltenen Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere, die im Vorjahr unter den sonstigen Vermögenswerten ausgewiesen wurden.

Die Treuhandgeschäfte betreffen im Wesentlichen als Treuhandkredite gewährte Fördermittel des Bundes, des Landes Hessen und der KfW, bei anderen Kreditinstituten angelegte Treuhandgelder sowie für Privatanleger verwalteten Anteilsbesitz.

Sonstige Angaben

(77) Angaben zum Leasinggeschäft

Der Helaba-Konzern als Leasinggeber
In der folgenden Tabelle werden die Angaben zum Finanzierungsleasing dargestellt:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Bruttoinvestitionswert	**4**	**6**
Bis ein Jahr	1	1
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3	5
Unrealisierter Finanzertrag	**–**	**–1**
Nettoinvestitionswert	**4**	**5**
Bis ein Jahr	1	1
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3	4

Der Bruttoinvestitionswert entspricht der Summe der Mindestleasingzahlungen aus dem Finanzierungsleasing und dem Leasinggeber zustehender nicht garantierter Restwerte. In den Mindestleasingzahlungen sind vom Leasingnehmer zu leistende garantierte Restwerte enthalten. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der Differenz zwischen dem Netto- und dem Bruttoinvestitionswert.

Bei den Finanzierungsleasinggeschäften bestehen wie im Vorjahr keine kumulierten Wertberichtigungen. Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen als Ertrag erfasst.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu erwarten:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Bis ein Jahr	69	65
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	38	35
Mehr als fünf Jahre	56	52
Gesamt	**163**	**152**

Die Operating-Leasingverhältnisse betreffen insbesondere Untermietverträge für angemietete Gebäudeflächen sowie Mietverträge aus der Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude. Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen als Ertrag aus Operating-Leasingverhältnissen erfasst.

Der Helaba-Konzern als Leasingnehmer
Im Verwaltungsaufwand sind in Höhe von 42 Mio. € (2015: 39 Mio. €) Zahlungen für Operating-Leasingverhältnisse enthalten, bei denen die Helaba Leasingnehmer ist. Dies betrifft überwiegend Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Bei den angemieteten Objekten handelt es sich im Wesentlichen um im Bankbetrieb genutzte Bürogebäude, soweit sie nicht im Rahmen von Untermietverhältnissen einer anderen kommerziellen Nutzung unterliegen. Die Mietverträge haben feste Laufzeiten mit gegenwärtigen Restlaufzeiten bis zu 15 Jahren. Preisanpassungsklauseln bestehen in verschiedenen Varianten; bedingte Mietzahlungen sind nicht vereinbart.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Bis ein Jahr	47	38
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	136	119
Mehr als fünf Jahre	63	80
Gesamt	**246**	**237**

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag künftige Mindestmietzahlungen in Höhe von 4 Mio. € (31. Dezember 2015: 2 Mio. €) erwartet. Im Berichtsjahr wurden aus Untermietverhältnissen 2 Mio. € (2015: 3 Mio. €) vereinnahmt, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst sind.

Finanzierungsleasinggeschäfte mit dem Helaba-Konzern als Leasingnehmer bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(78) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

Das Eigenkapitalmanagement des Helaba-Konzerns umfasst die Planung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel im Rahmen des Planungsprozesses, die Allokation von Eigenmitteln, die Überwachung der Entwicklung der Risikopositionen und die Einhaltung der Kapitallimite, die Überwachung und Plausibilisierung des verbleibenden Kapitalpuffers sowie die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Eigenkapitalkostensatzes im Rahmen der Deckungsbeitragsrechnung. Ziel des Eigenkapitalmanagements ist die Allokation der Ressource Eigenkapital unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten auf die Bereiche des Konzerns unter der Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe werden nach der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) sowie ergänzenden Bestimmungen der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Gemäß der CRR-Kategorisierung setzen sich die Eigenmittel aus dem harten Kernkapital, dem zusätzlichen Kernkapital sowie dem Ergänzungskapital zusammen. Seit 2015 sind über die CRR hinausgehende Anforderungen des europäischen Single Supervisory Mechanism (SSM) zu berücksichtigen.

Die Ermittlung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen sowie die Berechnung der Kapitalquoten erfolgen ebenfalls nach den Vorschriften der CRR.

Zum Meldestichtag 31. Dezember 2016 gliedern sich die Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe wie folgt auf (Beträge jeweils nach regulatorischen Anpassungen):

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Kernkapital	**8.110**	**8.171**
Hartes Kernkapital (CET1)	7.534	7.564
Zusätzliches Kernkapital	576	607
Ergänzungskapital	**2.699**	**2.708**
Eigenmittel gesamt	**10.809**	**10.879**

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Kreditrisiko (inklusive Beteiligungen und Verbriefungen)	3.585	3.725
Marktrisiko (inklusive CVA-Risiko)	348	367
Operationelles Risiko	295	296
Eigenmittelanforderungen gesamt	**4.228**	**4.388**
Harte Kernkapitalquote	14,3 %	13,8 %
Kernkapitalquote	15,3 %	14,9 %
Gesamtkennziffer	20,5 %	19,8 %

Kern- und Eigenkapitalquoten erfüllen die von der Helaba im Rahmen der Eigenkapitalplanung formulierten Zielquoten. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften einschließlich der Anforderungen des europäischen SSM zur Kapitalausstattung sind eingehalten.

(79) Berichterstattung zu Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen

Aus dem Bankgeschäft und sonstigen geschäftlichen Aktivitäten von Konzerngesellschaften resultieren diverse Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen im Sinne von IFRS 12. Strukturierte Unternehmen sind solche Unternehmen, bei denen eine Beherrschung nach IFRS 10 nicht über die Ausübung der gesellschaftsrechtlichen Stimmrechte erfolgt.

Sponsoring im Sinne von IFRS 12.27 kann bei einem strukturierten Unternehmen im Rahmen der bankgeschäftlichen Funktionen für Kunden vorliegen. Dies betrifft Fälle, in denen der Helaba-Konzern die Initiierung einer Zweck- oder Dienstleistungsgesellschaft vorgenommen hat, eine Mitwirkung und Unterstützung bei Gründung und Initiierung erfolgte und zudem die aktuelle Geschäftsverbindung mit diesem nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen noch so eng ist, dass Dritte begründeterweise eine Verbindung mit dem Konzern vermuten müssen.

Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Zum 31. Dezember 2016 bestanden folgende Forderungen an nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen gemäß IFRS 12:

in Mio. €

	Verbriefungszweckgesellschaften	Vermögensverwaltungsgesellschaften	Sonstige strukturierte Unternehmen	Gesamt
Aktiva	**3.117**	**262**	**2.997**	**6.376**
Forderungen an Kunden	3.073	193	2.944	**6.210**
Wertberichtigungen auf Forderungen	–1	–4	–	**–5**
Handelsaktiva	2	18	5	**25**
Finanzanlagen	43	49	48	**140**
Sonstige Aktiva	–	6	–	**6**
Außerbilanzielles Geschäft	**1.145**	**21**	**84**	**1.250**
Größe der strukturierten Unternehmen	**38.412**	**159.524**	**84.949**	**282.885**

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2015:

in Mio. €

	Verbriefungs-zweckgesell-schaften[1]	Vermögens-verwaltungs-gesell-schaften	Sonstige strukturierte Unternehmen	Gesamt
Aktiva	**3.078**	**146**	**3.042**	**6.266**
Forderungen an Kunden	2.968	59	3.011	**6.038**
Wertberichtigungen auf Forderungen	–	–5	–1	**–6**
Handelsaktiva	–	10	5	**15**
Finanzanlagen	110	76	28	**214**
Sonstige Aktiva	–	6	–1	**5**
Außerbilanzielles Geschäft	**1.224**	**43**	**532**	**1.799**
Größe der strukturierten Unternehmen	**39.206**	**147.810**	**82.140**	**269.156**

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden einzelne Kundenbeziehungen zu Verbriefungszweckgesellschaften als konzerninterne Geschäfte behandelt. Daraus resultiert eine Erhöhung bei den Forderungen an Kunden um 621 Mio. €.

Die Vermögensverwaltungsgesellschaften betreffen überwiegend von der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie der LB(Swiss) Investment AG verwaltete Investmentvermögen, die sich wie folgt zusammensetzen:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Publikumsfonds 66 (2015: 76)	7.131	6.249
Spezialfonds 251 (2015: 247)	114.085	107.073
Gesamt	**121.216**	**113.322**

Das Geschäft mit Verbriefungsgesellschaften betrifft zum einen Dienstleistungsfunktionen für Verbriefungsgesellschaften der OPUSALPHA-Gruppe. Die für die Gesellschaften der OPUSALPHA-Gruppe bereitgestellten Liquiditätslinien betragen einschließlich pauschaler Aufschläge von 2 % 2.797 Mio. € (31. Dezember 2015: 2.353 Mio. €), davon sind am 31. Dezember 2016 1.875 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.476 Mio. €) in Anspruch genommen. Die Zusagen zur Liquiditätsversorgung betreffen die maximal vorgesehenen Ankaufszusagen; Verpflichtungen bestehen zudem aus nachrangigen Haftungen, wenn die Ankaufsabschläge und Risikotragungen Dritter nicht ausreichen sollten. Die vorstehende Tabelle zeigt das Ausfallrisiko des Konzerns aus bilanziellen Ansprüchen zuzüglich laufender Zins- und Gebührenansprüche zum 31. Dezember 2016 nach Berücksichtigung von Emissionen in Höhe von 860 Mio. € (31. Dezember 2015: 872 Mio. €). Stützungsmaßnahmen der strukturierten Unternehmen über die bankgeschäftstypische Finanzierungsfunktion und Dienstleistungen hinaus sind aus derzeitiger Sicht nicht vorgesehen. Zum 31. Dezember 2016 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen nicht gezogene Liquiditätslinien in Höhe von unverändert gegenüber dem Vorjahr 65 Mio. €. Ferner bestehen Finanzierungen bei Forderungsankaufsgesellschaften für Kunden, unter anderem für OPUSDELTA in Höhe von 179 Mio. € (31. Dezember 2015: 182 Mio. €) und OPUSLAMBDA in Höhe von unter 1 Mio. € (31. Dezember 2015: 184 Mio. €).

Die bilanzierten Forderungen an sonstige strukturierte Unternehmen betreffen eine Vielzahl an Finanzierungen von Zweck- und Objektgesellschaften. Überwiegend fungieren diese strukturierten Unternehmen als Objektgesellschaften für Leasing- oder Immobilientransaktionen.

Angaben zu konsolidierten strukturierten Unternehmen

Sofern nach IFRS 10 eine Einbeziehung eines strukturierten Unternehmens in den Konsolidierungskreis erfolgt, unterliegen die Geschäftsbeziehungen zu anderen konsolidierten Unternehmen den Konsolidierungsmaßnahmen. Die zum 31. Dezember 2016 konsolidierten strukturierten Unternehmen betreffen zum einen Wertpapiersondervermögen, bei denen die Helaba oder eine Tochtergesellschaft die Mehrheit der Anteilsrechte oder sämtliche Anteile halten. Als weitere Fälle werden eine Objektgesellschaft für eine von der Helaba teilweise selbstgenutzte Immobilie (Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co.

Immobilien KG) und eine Refinanzierungsgesellschaft für Ankaufsgesellschaften der Verbriefungsstruktur OPUSALPHA (OPUSALPHA Funding LTD) nach IFRS 10 konsolidiert. Zudem waren vier Unternehmen (HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG und Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Egeria Verwaltungsgesellschaft mbH und Cordelia Verwaltungsgesellschaft mbH) nach IFRS 10 zu konsolidieren, die Bestandteil von Strukturen geschlossener Fonds mit Investments in angekauften Lebensversicherungsansprüchen sind.

Im Berichtsjahr erfolgten bei zwei konsolidierten Objektgesellschaften, die Bestandteil von Strukturen geschlossener Fonds für Investments in angekauften Lebensversicherungen sind, Forderungsverzichte. Diese Forderungsverzichte sind abhängig von der Entwicklung der Anlagen in angekauften Lebensversicherungen bereits bedingt in den Verträgen vorgesehen und mindern wirtschaftlich die Verpflichtungen der Bank aus emittierten Zertifikaten gegenüber den Fondsgesellschaften.

(80) Maßgebliche Beschränkungen bei Vermögenswerten oder dem Transfer von Finanzmitteln

Neben den Angaben zu rechtlichen Beschränkungen in der Verfügung über Finanzinstrumente (siehe Anhangangaben (59) und (60)) bestehen bei den folgenden Gesellschaften am Bilanzstichtag durch vertragliche beziehungsweise satzungsmäßige Regelungen Beschränkungen bezüglich laufender Ausschüttungen:

- Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt,
- Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden,
- Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel,
- Hessenkapital I GmbH, Frankfurt am Main,
- Hessenkapital II GmbH, Frankfurt am Main,
- MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main,
- Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt.

Bei der Frankfurter Sparkasse besteht aufgrund gesetzlicher Regelung im „Gesetz zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz)“ eine Verpflichtung, 30 % des im Jahresabschluss der Frankfurter Sparkasse ausgewiesenen Jahresüberschusses den Rücklagen zuzuführen.

Bei sechs konsolidierten Tochterunternehmen bestehen Ausschüttungssperren aufgrund von § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB in Höhe von insgesamt 20 Mio. €. Diese resultieren aus der Bewertung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen in den Einzelabschlüssen, für deren Abzinsung seit 2016 pflichtgemäß Durchschnittszinssätze der letzten zehn Jahre verwendet werden.

Die Konsolidierung von Zweckgesellschaften gemäß IFRS 10 beruht häufig nicht auf einer vorliegenden Stimmrechtsmehrheit. Entsprechend sind bei diesen konsolidierten Zweckgesellschaften keine unbedingte und sofortige Verwendung und kein Transfer der Vermögenswerte seitens der Helaba rechtlich sichergestellt. Das gesamte Bilanzvolumen an konsolidierten Zweckgesellschaften nach IFRS vor Konsolidierungen beträgt 2.270 Mio. € (31. Dezember 2015: 2.410 Mio. €). In dieser Gesamtsumme ist die konsolidierte Refinanzierungsgesellschaft der OPUSALPHA-Verbriefungsstruktur mit 1.788 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.883 Mio. €) enthalten.

Bei den Geschäftstätigkeiten der Landesbausparkasse und der WIBank sowie bei dem von der Bank betriebenen Pfandbriefgeschäft bestehen besondere rechtliche Rahmenbedingungen als Grundlage der Geschäftstätigkeit (BauSpkG, Gesetz über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, PfandBG). Die überwiegenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in diesen Geschäftssegmenten unterliegen insofern Beschränkungen, als die geschäftliche Ausrichtung an den jeweiligen Geschäftszweck und die Mittelverwendung an gesetzliche Anforderungen gebunden ist. Teilweise bestehen zudem Zweckbindungen der Refinanzierungsmittel. So werden bei bestimmten Förderprogrammen, etwa im sozialen Wohnungsbau oder bei Infrastrukturfinanzierungen, seitens der Mittelgeber (zum Beispiel nationale und internationale Förderbanken sowie Bund und Länder) Zweckbindungen vorgegeben, um den zielgerichteten Einsatz und die angestrebte Förderwirkung sicherzustellen. Bei den Sondervermögen „Wohnungswesen und Zukunftsinvestition“ sowie „Hessischer Investitionsfonds“ bestehen Zweckbindungen auch hinsichtlich der Rückflüsse aus den Mittelverwendungen. In den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2016 weisen die WIBank eine Bilanzsumme von 17.413 Mio. € (31. Dezember 2015: 16.813 Mio. €) und die LBS eine Bilanzsumme von 5.411 Mio. € (31. Dezember 2015: 5.191 Mio. €) aus.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Anerkennung von Eigenmitteln erforderten bestimmte Vertragsdetails bei Emissionen nachrangiger Verbindlichkeiten und stiller Einlagen. Diese Anforderungen schränken bei Eintritt bestimmter Bedingungen ein Kündigungsrecht des Helaba-Konzerns ein und erfordern eine Zustimmung der Aufsicht. Die Vertragsregelungen einzelner Emissionen erfordern eine Wiederauffüllung nach einer etwaigen Verlustteilnahme vor einer tatsächlichen Rückzahlung.

(81) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Helaba-Konzerns werden Geschäfte mit nach IAS 24 als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns einschließlich deren nachgeordneter Tochterunternehmen.

Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaats Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Geschäftsbeziehungen zu unseren Gesellschaftern und deren nachgeordneten Tochterunternehmen nach IAS 24 bestehen aus normalen bankgeschäftlichen Dienstleistungen. Der Umfang der Geschäftsbeziehungen zu den Gesellschaftern und wesentlichen nachgeordneten Unternehmen im Berichtsjahr wird aus den nachfolgend angegebenen Salden zum Geschäftsjahresende erkennbar. Ebenso sind die Angaben zu den nach IAS 24 definierten Personen in Schlüsselpositionen des Helaba-Konzerns einschließlich ihrer nahen Familienangehörigen sowie von diesen Personen beherrschten Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2016 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	**83**	**917**	**3.079**	**1**	**4.080**
Forderungen an Kreditinstitute	–	3	–	–	**3**
Forderungen an Kunden	59	878	1.464	1	**2.402**
Wertberichtigungen auf Forderungen	–	–10	–	–	**–10**
Handelsaktiva	–	3	1.094	–	**1.097**
Finanzanlagen	24	24	405	–	**453**
Sonstige Aktiva	–	19	116	–	**135**
Passiva	**10**	**323**	**2.048**	**66**	**2.447**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	141	–	**141**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10	321	1.735	43	**2.109**
Handelspassiva	–	–	79	–	**79**
Nachrangkapital	–	–	79	–	**79**
Sonstige Passiva	–	2	14	23	**39**
Außerbilanzielles Geschäft	**12**	**147**	**88**	**–**	**247**

Für den 31. Dezember 2015 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochter-unternehmen	Beteiligungen an Gemein-schaftsunter-nehmen und assoziierten Unternehmen	Gesell-schafter der Helaba[1]	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	**62**	**1.173**	**2.987**	**1**	**4.223**
Forderungen an Kreditinstitute	–	3	–	–	**3**
Forderungen an Kunden	38	1.111	1.209	1	**2.359**
Wertberichtigungen auf Forderungen	–	–16	–	–	**–16**
Handelsaktiva	–	9	1.065	–	**1.074**
Finanzanlagen	24	49	597	–	**670**
Sonstige Aktiva	–	1	116	–	**117**
Passiva	**5**	**344**	**1.761**	**63**	**2.173**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	189	–	**189**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5	342	1.335	37	**1.719**
Handelspassiva	–	–	125	–	**125**
Nachrangkapital	–	–	100	–	**100**
Sonstige Passiva	–	2	12	26	**40**
Außerbilanzielles Geschäft	**3**	**142**	**68**	**–**	**213**

[1] Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden dem Land Hessen zuzurechnende Kundenbeziehungen nicht umfassend identifiziert. Daraus resultiert eine Anpassung bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 886 Mio. €.

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder und an Verwaltungsratsmitglieder wie im Vorjahr von jeweils weniger als 1 Mio. €.

In der Gewinn- und Verlustrechnung in 2016 sind aus Geschäften mit nahestehenden Personen folgende Ergebnisbeiträge enthalten:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochter-unternehmen	Beteiligungen an Gemein-schaftsunter-nehmen und assoziierten Unternehmen	Gesell-schafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Zinserträge	5	37	31	–	**73**
Zinsaufwendungen	–	–14	–20	–	**–34**
Zinsüberschuss	**5**	**23**	**11**	**–**	**39**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	–1	–	–	**–1**
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**5**	**22**	**11**	**–**	**38**
Provisionserträge	–	–	42	–	**42**
Provisionsüberschuss	**–**	**–**	**42**	**–**	**42**
Handelsergebnis	–	5	236	–	**241**
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–	–	–1	–	**–1**
Ergebnis aus Finanzanlagen	1	–	–	–	**1**
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–	1	–	–	**1**
Verwaltungsaufwand	–	–6	–5	–9	**–20**
Ergebnis vor Steuern	**–3**	**22**	**283**	**–9**	**293**

Für das Jahr 2015 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochter-unternehmen	Beteiligungen an Gemein-schaftsunter-nehmen und assoziierten Unternehmen	Gesell-schafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Zinserträge	6	46	30	–	**82**
Zinsaufwendungen	–2	–15	–19	–	**–36**
Zinsüberschuss	**4**	**31**	**11**	**–**	**46**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	1	–	–	**1**
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	**4**	**32**	**11**	**–**	**47**
Provisionserträge	–	1	46	–	**47**
Provisionsüberschuss	**–**	**1**	**46**	**–**	**47**
Handelsergebnis	–	32	–39	–	**–7**
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	–	–	4	–	**4**
Ergebnis aus Finanzanlagen	–1	–	–	–	**–1**
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	–	–16	–	–	**–16**
Verwaltungsaufwand	–	–	-23	-9	**-32**
Ergebnis vor Steuern	**3**	**49**	**-1**	**-9**	**42**

Die Aufwendungen und Erträge aus Geschäften mit nahestehenden Personen resultieren überwiegend aus banküblichen Geschäftstätigkeiten im Kredit-, Wertpapier- und Derivategeschäft. Den Positionen aus übernommenen Marktpreisrisiken, zum Beispiel durch Zinsderivate, stehen im Rahmen einer Gesamtbanksteuerung entsprechende gegenläufige Geschäfte mit anderen Kunden gegenüber. Entsprechend bildet eine isolierte Betrachtung, zum Beispiel der Handelsergebnisse aus Geschäften mit nahestehenden Personen, nicht das tatsächliche Ergebnis der Bank aus solchen Geschäften ab.

Die Bezüge des Vorstands der Helaba setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	2016	2015
Kurzfristige Leistungen	4,7	4,9
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–
Andere langfristige Leistungen	1,7	1,6
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–

Darüber hinaus wurden für Mitglieder des Vorstands den Pensionsrückstellungen 1,1 Mio. € (2015: 1,0 Mio. €) zugeführt (Dienstzeitaufwand).

Dem Verwaltungsrat wurden wie im Vorjahr 0,9 Mio. € und den Beiräten ebenfalls unverändert 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus wurden an die Mitglieder des Verwaltungsrats (inklusive stellvertretender Mitglieder) als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt unverändert 3 Mio. € gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden unverändert 4 Mio. € geleistet. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis sind nach IAS 19 70 Mio. € (2015: 65 Mio. €) zurückgestellt.

(82) Honorare des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr wurden folgende Entgelte für Leistungen berechnet, die von Konzernunternehmen der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden:

in Mio. €

	2016	2015[1]
Abschlussprüfung	3	3
Andere Bestätigungsleistungen	1	1
Sonstige Leistungen	1	1
Gesamt	**5**	**5**

[1] Vorjahresangaben angepasst: Im Vorjahr wurden die Aufwendungen für die anderen Bestätigungsleistungen nicht vollständig identifiziert, weshalb der Aufwand um 1 Mio. € zu niedrig ausgewiesen wurde.

(83) Angaben zu Arbeitnehmern

Die Beschäftigten verteilen sich im Jahresdurchschnitt wie folgt auf den Helaba-Konzern:

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Gesamtbank	**1.536**	**1.580**	**1.847**	**1.896**	**3.383**	**3.476**
Bank	1.139	1.175	1.566	1.604	2.705	2.779
WIBank	234	237	169	173	403	410
LBS	163	168	112	119	275	287
Konzerntochtergesellschaften	**1.356**	**1.366**	**1.362**	**1.358**	**2.718**	**2.724**
Konzern	**2.892**	**2.946**	**3.209**	**3.254**	**6.101**	**6.200**

(84) Mitglieder des Verwaltungsrats

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer
Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Alexander Wüerst
Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Köln
Köln
– seit 18. April 2016 –
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender seit 27. Juni 2016 –

Andreas Bausewein
Oberbürgermeister
Stadt Erfurt
Erfurt

Dr. Annette Beller
Mitglied des Vorstands
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz
Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Sparkasse
Kassel

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister
Stadt Rüsselsheim
Rüsselsheim

Georg Fahrenschon
Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin

Stefan Hastrich
Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Weilburg
Weilburg
– seit 23. November 2016 –

Ulrich Heilmann
Vorsitzender des Vorstands
Kyffhäusersparkasse
Artern-Sondershausen
Sondershausen
– bis 31. August 2016 –

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister
Stadt Kassel
Kassel

Günter Högner
Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden
– seit 11. März 2016 –

Dr. Christoph Krämer
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Iserlohn
Iserlohn

Manfred Michel
Landrat
Landkreis Limburg-Weilburg
Limburg an der Lahn

Frank Nickel
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif
Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Thorsten Schäfer-Gümbel
Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Helmut Schmidt
Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saale-Orla
Schleiz
– seit 11. März 2016 –

Uwe Schmidt
Landrat
Landkreis Kassel
Kassel

Dr. Hartmut Schubert
Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Wolfgang Schuster
Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim
Bensheim

Ulrich Zinn
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg
– bis 31. März 2016 –

Arnd Zinnhardt
Mitglied des Vorstands
Software AG
Darmstadt

Von den Bediensteten der Bank entsandt

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Frankfurt am Main

Brigitte Berle
Bankangestellte
Frankfurt am Main
– bis 31. Mai 2016 –

Werner Dölitzscher
Abteilungsdirektor
Frankfurt am Main
– bis 30. September 2016 –

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik
Bankprokuristin
Erfurt
– seit 1. Oktober 2016 –

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender Abteilungsdirektor
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsdirektorin
Düsseldorf

Annette Langner
Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stellvertretender Abteilungsdirektor
Frankfurt am Main
– bis 30. Juni 2016 –

Jürgen Pilgenröther
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– seit 1. Juni 2016 –

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Susanne Schmiedebach
Bankprokuristin
Düsseldorf

Thomas Sittner
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– seit 1. Juli 2016 –

(85) Mitglieder des Vorstands

Herbert Hans Grüntker
– Vorsitzender –

Thomas Groß
– stellvertretender Vorsitzender –

Jürgen Fenk

Dr. Detlef Hosemann

Rainer Krick
– bis 31. Juli 2016 –

Klaus-Jörg Mulfinger

Dr. Norbert Schraad

(86) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Jürgen Fenk	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Thomas Groß	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart	Mitglied
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Stephan Bruhn	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Mitglied
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Robert Restani	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
André Stolz	Nassauische Sparkasse, Wiesbaden	Mitglied
Erich Vettiger	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender

(87) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		7,1	0	1)
2	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	–5	2)
3	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0	0	1), 4)
4	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		4,6	788	2)
5	CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00	0,00		0,0	0	1), 3)
6	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89	0,00		36,7	1.470	
7	Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	2)
8	EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00	0,00		0,0	0	1), 3)
9	Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		–0,1	–40	2)
10	Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	2)
11	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		70,4	28	2)
12	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		10,8	647	
13	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		117,7	3.463	
14	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		833,2	52.500	
15	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	0	1)
16	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00	0,00		0,3	0	1), 4)
17	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3	0	1), 4)
18	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1	43	
19	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	–15	
20	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		–0,3	–86	2)
21	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		23,4	0	1)
22	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		71,5	5.225	
23	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		13,6	0	1)
24	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0	1)
25	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00	0,00		363,9	37.315	
26	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	–1.529	2)

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	
27	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	0,00	0,00		0,0	–217	3)
28	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	0,00	0,00		0,0	–217	3)
29	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	–81	2)
30	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		7,0	677	2)
31	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		54,6	591	
32	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0	1)
33	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach	5,92	0,00		–131,3	4.603	3)
34	Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	–73	2)
35	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,5	48	2)
36	Honua'ula Partners LLC, Wailea, USA	0,00	0,00		k. A.	k. A.	3)
37	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		k. A.	1.657	
38	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		k. A.	9	
39	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		–0,0	–43	2)
40	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		–2,5	–512	2)
41	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		–0,1	–60	2)
42	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		–0,5	–277	2)
43	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		11,3	1.552	
44	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		6,2	382	
45	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		50,8	2.595	
46	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		24,1	1.461	
47	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		22,2	544	
48	Logistica CPH K/S, Kastrup, Dänemark	53,33	53,33		–0,9	–715	
49	Main Capital Funding II Limited Partnership, St. Helier, Jersey	0,00	0,00		k. A.	k. A.	3)
50	Main Capital Funding Limited Partnership, St. Helier, Jersey	0,00	0,00		k. A.	k. A.	3)
51	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0	1)
52	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99	0,00		6,8	1.122	
53	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	94,90	0,00		22,0	1.325	
54	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		14,9	202	
55	MS „EAGLE STRAIT" GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00	0,00		–0,0	–3.678	3)
56	MS „ESSEX STRAIT" GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00	0,00		0,0	–4.180	3)
57	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1	57	2)
58	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		5,8	227	
59	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0	1), 4)

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	
60	OPUSALPHA FUNDING LTD, Dublin, Irland	0,00	0,00		k. A.	k. A.	3)
61	Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	–1	2)
62	Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		–0,4	–252	2)
63	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00	0,00		0,3	535	2)
64	Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		–1,1	–1.112	2)
65	Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	2)
66	Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	–2	2)
67	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0	1), 4)
68	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		–0,1	–70	2)
69	Systeno GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,9	–93	
70	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,7	1.615	
71	unIQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	–693	2)
72	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3	0	1)
73	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		–0,2	–263	2)
74	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		1,0	960	2)
75	Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	2)
76	Vierte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	2)
77	Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		–0,0	–11	2)
78	Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	2)
79	Zweite OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1	33	2)

Lfd. Nr.	Wertpapiersondervermögen nach KAGB	Kapitalanteil in % gesamt	davon unmittelbar		Fondsvolumen in Mio. €		
80	HI-A-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			134,8		3)
81	HI-C-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			121,3		3)
82	HI-FBI-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			129,3		3)
83	HI-FBP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			90,8		3)
84	HI-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			169,9		3)
85	HI-H-FSP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			132,2		3)
86	HI-HT-KOMP.-Fonds, Frankfurt am Main	100,00			16,3		3), 5)
87	HI-HTNW-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00		505,5		3), 5)
88	HI-RentPlus-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00		507,0		3), 5)

Des Weiteren wurden folgende Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierte Unternehmen at Equity bewertet:

At Equity bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €
89	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,2	–138
90	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00	0,00		–0,8	–110
91	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	–2
92	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,2	–17
93	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	1.213
94	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	–2
95	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,3	1.324
96	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	78,00	0,00		–0,7	–950
97	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00	0,00		–0,9	–42
98	GIZS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	33,33	33,33		18,3	–6.684
99	G&O MK 15 Bauherren GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	–4
100	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Frankfurt am Main	47,00	0,00		–3,2	–276
101	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		15,7	61
102	GOB Projektentwicklung Fünfte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		k. A.	k. A.
103	Horus AWG GmbH, Pöcking	50,00	0,00		–0,1	–114
104	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,7	1.658
105	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		–0,0	–9
106	Multi Park Mönchhof Main GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		–0,0	–63
107	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00	0,00		–2,4	–1.647
108	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		–0,1	–114
109	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	30,00	0,00		–1,2	–220
110	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00	0,00		9,4	–549
111	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00	0,00		4,5	–605
112	Westhafen Haus GmbH & Co. Projekt-entwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		–0,2	0
113	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00	0,00	33,3	–0,0	419

At Equity bewertete assoziierte Unternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	
114	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	0,00		5,6	–949	
115	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	49,34	49,34		13,5	–6.932	
116	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72	0,00	19,2	2,8	16	

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	
117	Arealogics GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	1	
118	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	1)
119	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,7	0,9	78	
120	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,3	164	
121	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,7	0,5	58	
122	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,9	220	
123	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,7	1,9	231	
124	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	100,00	100,00		1,4	535	
125	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	–2	
126	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,2	3	
127	Dritte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	–53	
128	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	5	
129	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	–0	
130	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	3	
131	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €	
132	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,0	0	
133	Helaba Representação Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	99,00		k. A.	k. A.	
134	HT-Finanzanlage Ltd, St. Helier, Jersey	0,00	0,00		k. A.	k. A.	3), 6)
135	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	0	
136	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	–7	
137	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,7	3,2	437	
138	Komplementarselskabet Logistica CPH ApS, Kastrup, Dänemark	52,00	52,00		0,0	–3	
139	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0	–0	
140	Kornmarkt Arkaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	2	
141	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,6	39	
142	Main Funding GmbH, Frankfurt am Main	0,00	0,00		0,3	5	3)
143	Main Funding II GmbH, Frankfurt am Main	0,00	0,00		0,1	3	3)
144	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		0,3	–39	
145	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00	0,00		0,0	1	
146	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	–3	
147	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	1	
148	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,2	129	
149	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	94	
150	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	8	
151	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH) i. L., Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,7	0,7	7	
152	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG i. L., Kassel	33,33	33,33	66,7	1,5	–1	
153	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	

Gemeinschaftsunternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €
154	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L., Oberursel	50,00	50,00		–2,3	2
155	FinTecH Community Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		k. A.	k. A.
156	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	5
157	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	1
158	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00	0,00		0,0	2
159	GIZS Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		0,0	–10
160	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	1
161	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,7	367
162	Hessen Kapital I GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		34,1	–436
163	Hessen Kapital II GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		6,6	369
164	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	2
165	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v. d. H. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,4	5
166	Mittelhessenfonds GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		–2,5	54
167	Multi Park Verwaltungs GmbH, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0	–1
168	Procom & OFB Projektentwicklung GmbH, Hamburg	50,00	0,00		0,0	–1
169	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	30,00	0,00		k. A.	k. A.
170	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00	0,00		0,0	1
171	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,0	0,6	48
172	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00	0,00		0,0	–0

Assoziierte Unternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €
173	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,03	21,03		18,2	930
174	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		24,6	1.208
175	Comtesse BTH Limited, London, Vereinigtes Königreich	2,66	2,66	25,1	13,0	–2.128
176	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse, Bonn	0,00	0,00	20,0	k. A.	k. A.
177	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	49,34	49,34		0,1	2
178	HaemoSys GmbH, Jena	38,33	0,00		–4,8	–524
179	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		65,0	3.484

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €
180	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62	0,00		5,6	1.559
181	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00	0,00		–0,9	–149
182	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	32,52	32,52		10,0	131
183	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		22,5	997
184	Riedemannweg 59–60 GbR, Berlin	32,00	32,00		–4,0	198
185	Sparkassen-Marktservice Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	40,00		7,9	–8
186	Sparkassen-Marktservice Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	50,00	40,00		0,0	–3
187	TF H III Technologiefonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wiesbaden	25,00	25,00		k. A.	k. A.
188	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		–3,2	–33

Kapitalanteil größer 20 %

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €
189	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG i. L., München	100,00	0,00	0,2	0,0	36

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen der gehaltene Anteil 5 % oder mehr beträgt

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG gesamt	davon unmittelbar	Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €
190	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	5,41	5,41		141,0	13.719

[1] Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

[2] Von § 264b HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.

[3] Bei der Gesellschaft handelt es sich um ein Tochterunternehmen, dessen Klassifizierung nicht auf einer Stimmrechtsmehrheit beruht.

[4] Von § 264 Abs. 3 HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.

[5] Geschäftsjahresende 31. Januar.

[6] Die Silo-Strukturen in der Gesellschaft sind Dritten zuzurechnen.

k. A.: Es liegt kein festgestellter Abschluss vor.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind."

Frankfurt am Main/Erfurt, den 28. Februar 2017

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker	Groß	Fenk
Dr. Hosemann	Mulfinger	Dr. Schraad

Country by Country Reporting nach § 26a KWG

Gemäß den mit § 26a KWG in deutsches Recht umgesetzten Anforderungen der EU-Richtlinie 2013/36/EU („Capital Requirements Directive“, CRD IV) ist ein „Country by Country Reporting“ vorzunehmen.

Mit dieser Berichterstattung werden für 2016 die angefallenen Umsätze und die Anzahl der Beschäftigten je Mitgliedsstaat der EU und je Drittland dargestellt, in denen die in den Konzernabschluss im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen zum Stichtag 31. Dezember 2016 eine Niederlassung unterhalten oder ihren Sitz haben.

Die Angaben zu Umsatz, Konzernergebnis und Ertragsteueraufwendungen erfolgen vor Berücksichtigung von Konsolidierungseffekten. Als Umsatz wird das in den Konzernabschluss nach IFRS einbezogene Ergebnis der Stelle vor Risikovorsorge und Verwaltungsaufwendungen angegeben. Die Angaben zum Konzernergebnis vor Steuern und zu den Ertragsteuern betreffen den Saldo der Beiträge zu diesen beiden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns nach IFRS. Die Ertragsteueraufwendungen betreffen die Unternehmenssteuern der jeweiligen Meldestelle.

Die Anzahl der Beschäftigten wird auf Basis von Vollzeitmitarbeiteräquivalenten angegeben. Beihilfen im Sinne eines EU-Beihilfe-Verfahrens haben die konsolidierten Gesellschaften in 2016 nicht erhalten.

	Umsatz in Mio. €	Konzernergebnis vor Ertragsteuern in Mio. €	Ertragsteuern in Mio. €[1]	Anzahl der Beschäftigten
Deutschland	1.749	455	–179	5.356
Frankreich	–	1	–	16
Irland	6	–	–	3
Vereinigtes Königreich	90	72	–13	67
Europäische Union	**1.845**	**528**	**–192**	**5.442**
Schweiz	36	–	–1	105
USA	135	35	–27	87
Sonstige	–1	–2	1	–
Gesamt	**2.015**	**561**	**–219**	**5.634**

[1] Die in einem Land dargestellte Steuerquote kann beispielsweise durch zwei Effekte beeinflusst sein: Personenbezogene Steuereffekte, die nicht von konsolidierten Unternehmen getragen werden, sind nicht berücksichtigt. Darüber hinaus können Gesellschaften, die einen Verlust ausweisen, aber in derselben Periode keine entsprechenden Steuererträge aktivieren können, die Gesamtergebnisse in einem Land schmälern und gleichzeitig den Ertragsteueraufwand nicht oder erst in späteren Perioden beeinflussen.

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH	Anbieter von Nebendienstleistungen	Frankfurt am Main	Deutschland
Airport Office One GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Schönefeld	Deutschland
BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH	Sonstiges Unternehmen	Kassel	Deutschland
BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG	Finanzinstitut	Potsdam	Deutschland
Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Kriftel	Deutschland
Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
Frankfurter Sparkasse	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH	Anbieter von Nebendienstleistungen	Erfurt	Deutschland
GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Bauprojekte GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Immobilien Holding GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Hafenbogen GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	Kapitalanlagegesellschaft	Frankfurt am Main	Deutschland
Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG	Finanzinstitut	Pullach	Deutschland
Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
HeWiPPP II GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI A-FSP FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI C-FSP FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FBI FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FBP FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FSP FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI H-FSP FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-HT-KOMP-FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-HTNW-FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-RENTPLUS-FONDS	Wertpapier-sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG	Finanzinstitut	Mainz	Deutschland
HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Düsseldorf	Kreditinstitut	Düsseldorf	Deutschland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Frankfurt am Main/Erfurt	Deutschland
Landesbausparkasse Hessen-Thüringen – rechtlich unselbstständiger Geschäftsbereich der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Offenbach	Deutschland
Landeskreditkasse zu Kassel – Niederlassung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Kassel	Deutschland
MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
Merian GmbH Wohnungsunternehmen	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Hamburg	Deutschland
MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Hamburg	Deutschland
Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
OFB Beteiligungen GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
OFB Projektentwicklung GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Kassel	Deutschland
Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
PVG GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Systeno GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
TE Kronos GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
unIQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Vierte OFB PE GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen – rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Zweite OFB PE GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Montindu S.A./N.V.	Sonstiges Unternehmen	Brüssel	Belgien
Logistica CPH K/S	Sonstiges Unternehmen	Kopenhagen	Dänemark
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Paris	Kreditinstitut	Paris	Frankreich
Helaba Asset Services	Finanzinstitut	Dublin	Irland
OPUSALPHA FUNDING LTD	Finanzinstitut	Dublin	Irland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung London	Kreditinstitut	London	Vereinigtes Königreich
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Grand Cayman	Kreditinstitut	Georgetown	Cayman Islands
Main Capital Funding II Limited Partnership	Finanzinstitut	St. Helier	Jersey
Main Capital Funding Limited Partnership	Finanzinstitut	St. Helier	Jersey
Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG	Kreditinstitut	Zürich	Schweiz
LB(Swiss) Investment AG	Kapitalanlagegesellschaft	Zürich	Schweiz
Honua’ula Partners LLC	Sonstiges Unternehmen	Wailea	USA
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung New York	Kreditinstitut	New York	USA
LHT MSIP LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT Power Three LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT TCW LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT TPF II LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 28. Februar 2017

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Peter Flick
Wirtschaftsprüfer

Gremien

156 Verwaltungsrat

160 Trägerversammlung

161 Beirat Öffentliche Unternehmen/
Institutionen, Kommunen und Sparkassen (ÖUIKS)

162 Bericht des Verwaltungsrats

165 Bericht der Trägerversammlung

Verwaltungsrat

Vom Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen berufen

Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Gerhard Grandke Geschäftsführender Präsident Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen Frankfurt am Main/Erfurt – Vorsitzender –	N. N.
Dr. Werner Henning Landrat Landkreis Eichsfeld Heiligenstadt – Erster stellvertretender Vorsitzender –	N. N.
Andreas Bausewein Oberbürgermeister Stadt Erfurt Erfurt	**Jochen Partsch** Oberbürgermeister Stadt Darmstadt Darmstadt
Dr. Annette Beller Mitglied des Vorstands B. Braun Melsungen AG Melsungen	**Dr. Ingo Wiedemeier** Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Hanau Hanau – seit 11. März 2016 –
Ingo Buchholz Vorsitzender des Vorstands Kasseler Sparkasse Kassel	**Wilhelm Bechtel** Vorsitzender des Vorstands Stadtsparkasse Schwalmstadt Schwalmstadt
Patrick Burghardt Oberbürgermeister Stadt Rüsselsheim Rüsselsheim	**Dr. Heiko Wingenfeld** Oberbürgermeister Stadt Fulda Fulda – seit 23. Juni 2016 –
Stefan Hastrich Vorsitzender des Vorstands Kreissparkasse Weilburg Weilburg – seit 23. November 2016 – **Ulrich Zinn** Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Grünberg Grünberg – bis 31. März 2016 –	**Norbert Spory** Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Wetzlar Wetzlar
N. N. **Ulrich Heilmann** Vorsitzender des Vorstands Kyffhäusersparkasse Artern-Sondershausen Sondershausen – bis 31. August 2016 –	**Christian Blechschmidt** Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Unstrut-Hainich Mühlhausen
Bertram Hilgen Oberbürgermeister Stadt Kassel Kassel	**Sven Gerich** Oberbürgermeister Stadt Wiesbaden Wiesbaden
Günter Högner Vorsitzender des Vorstands Nassauische Sparkasse Wiesbaden – seit 11. März 2016 –	**Oliver Klink** Vorsitzender des Vorstands Taunus Sparkasse Bad Homburg v. d. H.

Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Manfred Michel Landrat Landkreis Limburg-Weilburg Limburg an der Lahn	**Ulrich Krebs** Landrat Hochtaunuskreis Bad Homburg v. d. H.
Frank Nickel Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Werra-Meißner Eschwege	**Reinhard Faulstich** Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg Bad Hersfeld
Thorsten Schäfer-Gümbel Mitglied des Hessischen Landtags Wiesbaden	**Peter Feldmann** Oberbürgermeister Stadt Frankfurt am Main Frankfurt am Main
Helmut Schmidt Vorsitzender des Vorstands Kreissparkasse Saale-Orla Schleiz – seit 11. März 2016 –	**Marina Heller** Vorsitzende des Vorstands Rhön-Rennsteig Sparkasse Meiningen
Uwe Schmidt Landrat Landkreis Kassel Kassel	**Anita Schneider** Landrätin Landkreis Gießen Gießen
Wolfgang Schuster Landrat Lahn-Dill-Kreis Wetzlar	**Thomas Will** Landrat Kreis Groß-Gerau Groß-Gerau
Dr. Eric Tjarks Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Bensheim Bensheim	**Jürgen Schüdde** Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Starkenburg Heppenheim

Vom Land Hessen berufen

Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Dr. Thomas Schäfer Staatsminister Hessisches Ministerium der Finanzen Wiesbaden – Zweiter stellvertretender Vorsitzender –	**Tarek Al-Wazir** Staatsminister Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Wiesbaden
Clemens Reif Mitglied des Hessischen Landtags Wiesbaden	**Frank Lortz** Mitglied des Hessischen Landtags Wiesbaden

Vom Freistaat Thüringen berufen

Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Dr. Hartmut Schubert Staatssekretär Thüringer Finanzministerium Erfurt	**Dr. Werner Pidde** Mitglied des Thüringer Landtags Erfurt

Vom Rheinischen Sparkassen- und Giroverband berufen

Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Alexander Wüerst Vorsitzender des Vorstands Kreissparkasse Köln Köln – seit 18. April 2016 – – Dritter stellvertretender Vorsitzender seit 27. Juni 2016 –	**Dr. Birgit Roos** Vorsitzende des Vorstands Sparkasse Krefeld Krefeld – seit 13. Juni 2016 – **Alexander Wüerst** Vorsitzender des Vorstands Kreissparkasse Köln Köln – bis 17. April 2016 –

Vom Sparkassenverband Westfalen-Lippe berufen

Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Dr. Christoph Krämer Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Iserlohn Iserlohn	**Dr. h. c. Sven-Georg Adenauer** Landrat Kreis Gütersloh Gütersloh – seit 28. Januar 2016 – **Heinz Paus** Bürgermeister a. D. Paderborn – bis 27. Januar 2016 –

Von Fides Beta GmbH berufen

Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Georg Fahrenschon Präsident Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. Berlin	**Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis** Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. Berlin

Von Fides Alpha GmbH berufen

Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
Arnd Zinnhardt Mitglied des Vorstands Software AG Darmstadt	**Siegmar Müller** Vorsitzender des Vorstands Sparkasse Germersheim-Kandel Kandel

Von den Bediensteten der Bank entsandt

Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder*
Thorsten Derlitzki Bankprokurist Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main – Vierter stellvertretender Vorsitzender –	**Jürgen Pilgenröther** Bankangestellter Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main – bis 31. Mai 2016 –
Frank Beck Stellvertretender Abteilungsdirektor Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main	**Thomas Sittner** Bankangestellter Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main – bis 30. Juni 2016 –

* Die Reihenfolge der von den Bediensteten entsandten stellvertretenden Mitglieder ergibt sich aus dem Wahlergebnis der Verwaltungsratswahl.

Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder*
Brigitte Berle Bankangestellte Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main – bis 31. Mai 2016 –	**Anke Glombik** Bankprokuristin Landesbank Hessen-Thüringen Erfurt – bis 30. September 2016 –
Werner Dölitzscher Abteilungsdirektor Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main – bis 30. September 2016 –	**Dr. Robert Becker** Senior Vice President Landesbank Hessen-Thüringen New York
Gabriele Fuchs Bankangestellte Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main	**Sven Ansorg** Bankangestellter Landesbank Hessen-Thüringen Erfurt
Anke Glombik Bankprokuristin Landesbank Hessen-Thüringen Erfurt – seit 1. Oktober 2016 –	**Jens Druyen** Bankangestellter Landesbank Hessen-Thüringen Düsseldorf
Thorsten Kiwitz Stellvertretender Abteilungsdirektor Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main	**Wilfried Carl** Stellvertretender Abteilungsdirektor Landesbank Hessen-Thüringen Kassel – bis 31. Juli 2016 –
Christiane Kutil-Bleibaum Abteilungsdirektorin Landesbank Hessen-Thüringen Düsseldorf	**Ursula Schmitt** Bankangestellte Landesbank Hessen-Thüringen Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen Offenbach
Annette Langner Bankprokuristin Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main	**Rainer Baur** Bankprokurist Landesbank Hessen-Thüringen Düsseldorf
Susanne Noll Bankangestellte Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main	**Thomas Buchmayer** Bankangestellter Landesbank Hessen-Thüringen Offenbach
Hans Peschka Stellvertretender Abteilungsdirektor Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main – bis 30. Juni 2016 –	**Petra Barz** Bankangestellte Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main
Jürgen Pilgenröther Bankangestellter Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main – seit 1. Juni 2016 –	**Ute Opfer** Bankangestellte Landesbank Hessen-Thüringen Kassel
Birgit Sahliger-Rasper Bankangestellte Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main	**Erika Claus-Kassella** Bankprokuristin Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main – seit 1. Juni 2016 –
Susanne Schmiedebach Bankprokuristin Landesbank Hessen-Thüringen Düsseldorf	**Astrid Mitteldorf** Bankangestellte Landesbank Hessen-Thüringen Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen Offenbach – seit 1. Juli 2016 –
Thomas Sittner Bankangestellter Landesbank Hessen-Thüringen Frankfurt am Main – seit 1. Juli 2016 –	**Angelika Schröder** Bankangestellte Landesbank Hessen-Thüringen Kassel – seit 1. August 2016 –
	N. N.

* Die Reihenfolge der von den Bediensteten entsandten stellvertretenden Mitglieder ergibt sich aus dem Wahlergebnis der Verwaltungsratswahl.

Trägerversammlung

Stefan Reuß
Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege
– Vorsitzender –

Dr. Rolf Gerlach
Präsident
Sparkassenverband Westfalen-Lippe
Münster
– Stellvertretender Vorsitzender –
– bis 31. März 2017 –

Helmut Schleweis
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Heidelberg
Heidelberg
– Stellvertretender Vorsitzender –

Georg Sellner
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Darmstadt
Darmstadt
– Stellvertretender Vorsitzender –

Heike Taubert
Ministerin
Thüringer Finanzministerium
Erfurt
– Stellvertretende Vorsitzende –

Dieter Bauhaus
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Mittelthüringen
Erfurt

Volker Bouffier
Hessischer Ministerpräsident
Hessische Staatskanzlei
Wiesbaden

Michael Breuer
Präsident
Rheinischer Sparkassen- und
Giroverband
Düsseldorf

Sigrid Erfurth
Mitglied des Hessischen Landtags
Wiesbaden

Georg Fahrenschon
Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e.V.
Berlin

Alois Früchtl
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Fulda
Fulda

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt

Claus Kaminsky
Oberbürgermeister
Stadt Hanau
Hanau

Thomas Müller
Landrat
Kreis Hildburghausen
Hildburghausen

Günter Sedlak
Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Oberhessen
Friedberg

N. N.

Beirat Öffentliche Unternehmen/Institutionen, Kommunen und Sparkassen (ÖUIKS)

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Herbert Hans Grüntker
Vorsitzender des Vorstands
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– Stellvertretender Vorsitzender –

Burkhard Albers
Landrat
Rheingau-Taunus-Kreis
Bad Schwalbach

Dr. Constantin H. Alsheimer
Vorsitzender des Vorstands
Mainova AG
Frankfurt am Main

Uwe Becker
Stadtkämmerer
Stadt Frankfurt am Main
Frankfurt am Main

Jakob Brähler
Vorsitzender der Geschäftsführung
Deutsche Rentenversicherung
Hessen
Frankfurt am Main
– bis 31. Januar 2016 –

Guido Braun
Vorsitzender des Vorstands
Städtische Sparkasse
Offenbach a. M.
Offenbach am Main

Uwe Brückmann
Landesdirektor
Landeswohlfahrtsverband Hessen
Kassel

Andreas Feicht
Vorsitzender des Vorstands
WSW Energie und Wasser AG
Berlin
– seit 1. Juli 2016 –

Dr. Thomas Hain
Geschäftsführer
Nassauische Heimstätte GmbH
Frankfurt am Main

Dieter Hassel
Kaufmännischer Vorstand
Rheinenergie AG
Köln
– seit 1. Juli 2016 –

Andreas Heller
Landrat
Saale-Holzland-Kreis
Eisenberg

Renate Hötte
Erste Landrätin
Landschaftsverband Rheinland
Köln
– seit 1. Juli 2016 –

Frank Junker
Mitglied des Vorstands
FAAG – Frankfurter Aufbau AG
Frankfurt am Main

Jürgen Kuhn
Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands
Sparkasse Langen-Seligenstadt
Seligenstadt

Brigitte Lindscheid
Regierungspräsidentin
Regierungspräsidium Darmstadt
Darmstadt

Matthias Löb
Direktor
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Münster
– seit 1. Juli 2016 –

Dr. Henning Müller-Tengelmann
Kaufmännischer Geschäftsführer
Stadtwerke Münster GmbH
Münster
– seit 1. Juli 2016 –

Guntram Pehlke
Vorsitzender des Vorstands
DSW21 Dortmunder Stadtwerke AG
Dortmund
– seit 1. Juli 2016 –

Hans-Joachim Reck
Hauptgeschäftsführer
Verband kommunaler
Unternehmen e.V.
Berlin

Stefan G. Reindl
Sprecher des Vorstandes
TEAG – Thüringer Energie AG
Erfurt
– seit 1. Juli 2016 –

Prof. Knut Ringat
Geschäftsführer und Sprecher
der Geschäftsführung
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH
Hofheim am Taunus
– seit 1. Juli 2016 –

Klaus Peter Schellhaas
Landrat
Landkreis Darmstadt-Dieburg
Darmstadt

Michael Schmitz
Mitglied der Geschäftsleitung
Berufsgenossenschaft Holz und Metall
Mainz
– seit 1. Juli 2016 –

Ralf Schodlok
Vorsitzender des Vorstands
ESWE Versorgungs AG
Wiesbaden

Dr. Albrecht Schröter
Oberbürgermeister
Stadt Jena
Jena

Martina Schweinsburg
Landrätin
Landkreis Greiz
Greiz

Volker Sparmann
Mobilitätsbeauftragter des
Hess. Ministeriums
für Wirtschaft, Energie, Verkehr u.
Landesentwicklung
House of Logistics & Mobility (HOLM)
GmbH
Frankfurt am Main

Heinz Thomas Striegler
Leitender Oberkirchenrat
Leiter der Kirchenverwaltung
Evangelische Kirche in
Hessen und Nassau
Darmstadt

Axel ter Glane
Ministerialdirigent
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Dr. Peter Traut
Präsident
IHK Südthüringen
Suhl

Berthold Tritschler
Betriebsdirektor
Hessischer Rundfunk
Frankfurt am Main

Georg von Meibom
Geschäftsführung
EAM Verwaltungs GmbH
Kassel
– seit 1. Juli 2016 –

Marcus Wittig
Vorsitzender der Geschäftsführung
Duisburger Versorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH
Duisburg
– seit 1. Juli 2016 –

Bernd Woide
Landrat
Landkreis Fulda
Fulda

Stefan Wolf
Oberbürgermeister
Stadt Weimar
Weimar

Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl
Vorsitzender des Vorstands
SV SparkassenVersicherung
Holding AG
Stuttgart

Peter Zaiß
Geschäftsführer
SWE Stadtwerke Erfurt GmbH
Erfurt

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse haben die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften überwacht. Über wesentliche Ereignisse und wichtige Geschäftsvorfälle mit maßgeblicher Bedeutung für die Bank sowie Beteiligungsangelegenheiten wurden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse informiert und eingebunden.

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wurde in den fünf Sitzungen im Berichtsjahr regelmäßig über die Geschäfts-, Ertrags- und Risikoentwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie des Landesbank-Konzerns unterrichtet. Der Verwaltungsrat hat sich dabei über die aktuellen Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten und der Bankenmärkte und deren Auswirkungen auf die Ertrags-, Liquiditäts- und Risikosituation der Bank sowie über Steuerungsmaßnahmen des Vorstandes berichten lassen.

Der Vorstand hat mit dem Verwaltungsrat die Geschäfts- und Risikostrategie 2017 sowie die operative Planung, die rollierende Mittelfristplanung einschließlich der Eigenkapitalplanung eingehend erörtert; über den vierteljährlich dem Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrates vorgelegten Risikobericht nach MaRisk wurde der Verwaltungsrat zeitnah informiert. Darüber hinaus hat der Verwaltungsrat von der IT-Strategie 2017 und der Outsourcing-Strategie 2017 Kenntnis genommen.

Die interne Revision hat den Verwaltungsrat in seinen Sitzungen regelmäßig über die wesentlichen Prüfungsergebnisse und das Umsetzungscontrolling zur Erledigung von Feststellungen informiert. Das Gremium hat die Berichte der Compliance-Stelle Kapitalmarkt und der MaRisk-Compliance-Funktion sowie den Tätigkeitsbericht der Konzerngeldwäschebeauftragten und die Gefährdungsanalyse zur Erhebung und Bewertung der Risiken aus Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen zur Kenntnis genommen.

Die EZB hat der Bank im November 2016 die Beschlussfassung zur Aufstellung von Aufsichtsanforderungen (SREP-Beschluss) mitgeteilt, über die der Verwaltungsrat informiert wurde. Der Vorstand hat im Verwaltungsrat ferner über den Ablauf der von der EZB durchgeführten Prüfungen

- Thematische Überprüfung der Risk Governance und des Risikoappetits
- Vor-Ort-Prüfung des Risikomanagements im Kreditgeschäft mit Schwerpunkt gewerbliches Immobilienkreditgeschäft
- Vor-Ort-Prüfung Internal Audit
- Vor-Ort-Prüfung Internal Governance („Culture & Behaviour“)

berichtet.

Das von der EZB mit der Prüfung Internal Governance beauftragte Prüferteam der niederländischen Zentralbank hat an einer Sitzung des Verwaltungsrats teilgenommen und die Schwerpunkte der Prüfung (Rolle des Vorstandes und des Verwaltungsrates, die Entscheidungsprozesse sowie die Interaktion zwischen Vorstand und Verwaltungsrat) vorgestellt.

In den Sitzungen des Verwaltungsrates hat der Vorstand außerdem über folgende wesentlichen Themen unterrichtet:

- EBA-Stresstest 2016
- Handelsgeschäfte um den Dividendenstichtag
- Strategische Positionierung der LBS Hessen-Thüringen
- Beteiligung der Helaba am Bezahlverfahren „paydirekt“
- Veräußerung der Beteiligung an der HANNOVER LEASING
- Abwicklungsplanung
- Aktualisierung des Sanierungsplans der Helaba
- Projekt Digitalisierungsstrategie
- Umsetzung eines neuen Kernbanksystems
- IT-Masterplan 2020
- Abschluss des Projektes Helaba PRO (Prozess- und Ressourcenoptimierung)

Im Berichtsjahr sind drei Informationsveranstaltungen, die die Helaba zum Teil unter Einbeziehung externer Referenten für alle Gremienmitglieder der Bank anbietet, durchgeführt worden. Diese dienen auch zur Fortbildung, die im Rahmen der Anforderungen an die Sachkunde für die Mandatsausübung von Verwaltungs- und Aufsichtsorganen gemäß § 25 d Abs. 4 KWG gefordert wird. Bei den Veranstaltungen wurde unter anderem über die Anforderungen an Geschäftsleiter und Mitglieder von Aufsichts- und Verwaltungsorganen, aufsichtsrechtliche Vorgaben, aktuelle Entwicklungen in der Aufsichtspraxis und regulatorische Anforderungen an die Informationstechnologie informiert. Darüber hinaus wurden die Tätigkeitsschwerpunkte der Geschäftsfelder Kapitalmärkte, Transaktionsgeschäft und Corporate Finance detailliert dargestellt.

Ausschüsse des Verwaltungsrats

Die Ausschüsse des Verwaltungsrats (Risiko- und Kreditausschuss, Prüfungsausschuss, Personal- und Vergütungskontrollausschuss, Nominierungsausschuss, Beteiligungsausschuss, Bauausschuss und WIBank-Ausschuss) haben den Verwaltungsrat in seiner Arbeit unterstützt und Beschlussempfehlungen vorbereitet. Die Aufgaben der Ausschüsse ergeben sich aus § 25 d Abs. 7ff KWG sowie der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse. Die Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse haben dem Verwaltungsrat über die Ergebnisse der Beratungen in dem jeweiligen Gremium berichtet.

Der Risiko- und Kreditausschuss tagte im Berichtsjahr vierzehn Mal, darunter eine zweitägige Klausurtagung, in der bankaufsichtsrechtliche und kreditstrategische Themen behandelt wurden. Zu den Aufgaben des Ausschusses gehören im Rahmen seiner Zuständigkeiten die Zustimmung zur Gewährung von Krediten, die Umsetzung von Anforderungen des § 25 d Abs. 8 KWG, insbesondere die Beratung des Verwaltungsrates zur aktuellen und künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Bank und Unterstützung bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch den Vorstand. Ferner überwacht der Ausschuss, dass die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank im Einklang stehen. Der Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrates hat sich im Berichtsjahr vierteljährlich mit der Gesamtrisikoberichterstattung der Helaba beschäftigt und die Risikostrategie für das Jahr 2017 vorberaten.

Der Prüfungsausschuss kam zu vier Sitzungen zusammen und befasste sich in Umsetzung von Anforderungen des § 25 d Abs. 9 KWG eingehend mit der Prüfung des Jahresabschlusses der Bank und des Konzerns sowie mit der Prüfung des Wertpapierhandelsgeschäftes gemäß § 36 Abs. 1 WpHG. Darüber hinaus wurde der Prüfungsausschuss über die Prüfungsplanung für den Einzel- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 informiert. Der Prüfungsausschuss wurde ferner über den Stand der Abarbeitung der Anmerkungen in den Prüfungsberichten zum Jahresabschluss 2015 sowie über den Abarbeitungsstand von Anmerkungen bei aufsichtlichen Prüfungen unterrichtet und hat den Jahresbericht der Revision zur Kenntnis genommen. Der Prüfungsausschuss hat sich ferner mit dem Auswahlverfahren des Abschlussprüfers für die Jahresabschlüsse 2018ff beschäftigt, die Ergebnisse der Bank zum Auswahlverfahren zur Kenntnis genommen und nach Validierung der Ergebnisse und nach eigener Befassung mit Angeboten und Präsentationen dem Ausschuss der Trägerversammlung einen Vorschlag für den Abschlussprüfer ab dem Jahr 2018 unterbreitet.

Der Nominierungsausschuss trat im Berichtsjahr drei Mal zusammen. Der Ausschuss hat sich in Umsetzung von Anforderungen gem. § 25 d Abs. 11 KWG mit der Auswertung des Fragebogens zur Evaluierung der Tätigkeit des Verwaltungsrates beschäftigt. Dieser Fragebogen berücksichtigt die Vorgaben des § 25d Abs. 11 KWG, der eine regelmäßige Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans sowie der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans vorschreibt. Darüber hinaus hat der Nominierungsausschuss Vorschläge zur Bestellung von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates erörtert und Beschlussempfehlungen an den Verwaltungsrat ausgesprochen.

Der Personal- und Vergütungskontrollausschuss hat sich in Umsetzung von Anforderungen des § 25 d Abs. 12 KWG in seinen beiden Sitzungen im Berichtsjahr mit den materiellen Aspekten der Institutsvergütungsverordnung (IVV) auseinandergesetzt. Weiter hat der Personal- und Vergütungskontrollausschuss die Ergebnisse der Risikoanalyse gemäß § 18 Abs. 2 IVV zur Identifizierung von Beschäftigten, deren Tätigkeiten einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der Bank haben, und den Bericht der Vergütungsbeauftragten zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss hat sich außerdem mit

- der Bewertung der Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement,
- der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und/oder sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Überwachung der Ausgestaltung der Vergütungssysteme,
- dem Vergütungsbericht der Helaba und
- den Neuerungen zur Novelle der IVV

eingehend beschäftigt.

Der WIBank-Ausschuss, der gem. § 26 der Satzung der Helaba zuständig für die Überwachung der Förderaktivitäten der WIBank ist, trat im Berichtsjahr sechs Mal zusammen. Er hat sich in seinen Sitzungen mit dem Jahresabschluss, dem geschäftlichen Verlauf und der Geschäfts- und Risikostrategie der WIBank beschäftigt.

Der Beteiligungsausschuss wurde in einer Sitzung über die strategischen Beteiligungen der Bank informiert und hat im Rahmen seiner Zuständigkeit Beschlussempfehlungen zu Beteiligungsangelegenheiten an den Verwaltungsrat gegeben.

Der Bauausschuss trat im Berichtsjahr einmal zusammen und hat sich über die Entwicklungen am Immobilienmarkt sowie über das Immobilienportfolio der Bank informieren lassen.

Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses 2016

Die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss 2016 sowie den dazugehörigen Lagebericht geprüft. Der Jahresabschluss wurde mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 24. März 2017 den Jahresabschluss der Bank festgestellt, den Lagebericht gebilligt und an die Trägerversammlung den Antrag gestellt, dem Vorstand und dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung zu erteilen.

Veränderungen im Vorstand

Herr Rainer Krick ist zum 31. Juli 2016 in den Ruhestand getreten.

Die Trägerversammlung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale hat nach Zustimmung durch den Verwaltungsrat am 9. Dezember 2016 Herrn Hans-Dieter Kemler – vorbehaltlich der Zustimmung der EZB – mit Wirkung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zum Mitglied des Vorstandes bestellt. In der gleichen Sitzung hat die Trägerversammlung nach Zustimmung durch den Verwaltungsrat der Wiederbestellung von Herrn Thomas Groß zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes mit Wirkung ab 15. Oktober 2017 zugestimmt.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

Frankfurt am Main, 24. März 2017

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates
der Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
des Sparkassen- und Giroverbandes
Hessen-Thüringen

Bericht der Trägerversammlung

Die Trägerversammlung nahm im Berichtsjahr in insgesamt vier Sitzungen die ihr von Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben wahr. So ist sie über wesentliche Ereignisse und die operative Jahresplanung, die rollierende Mittelfristplanung einschließlich der Eigenkapitalplanung informiert worden und hat die Geschäfts- und Risikostrategie 2017 erörtert. Zudem hat sich die Trägerversammlung regelmäßig mit der Geschäfts-, Ertrags- und Risikoberichterstattung der Bank befasst. Darüber hinaus hat sich der Ausschuss der Trägerversammlung in drei Sitzungen u. a. mit der Überprüfung der Grundsätze der Vergütungsstruktur des Vorstandes der Landesbank Hessen-Thüringen im Hinblick auf fortbestehende Angemessenheit im Hinblick auf die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung (IVV), der Auswertung des Fragebogens zur Evaluierung der Tätigkeit des Vorstandes gemäß § 25d KWG und dem Auswahlverfahren für den Abschlussprüfer der Jahresabschlüsse 2018 ff. beschäftigt.

In den Sitzungen der Trägerversammlung hat der Vorstand über folgende wesentliche Themen unterrichtet:

- EBA-Stresstest 2016
- Handelsgeschäfte um den Dividendenstichtag
- Strategische Positionierung der LBS Hessen-Thüringen
- Beteiligung der Helaba am Bezahlverfahren „paydirekt“
- Veräußerung der Beteiligung an der HANNOVER LEASING
- Abwicklungsplanung
- Aktualisierung des Sanierungsplans der Helaba
- Projekt Digitalisierungsstrategie
- Umsetzung eines neuen Kernbanksystems
- IT-Masterplan 2020
- Abschluss des Projektes Helaba PRO (Prozess- und Ressourcenoptimierung)

Nach vorheriger Befassung des Ausschusses der Trägerversammlung hat sich die Trägerversammlung mit der Auswertung des Fragebogens zur Evaluierung der Tätigkeit des Vorstandes befasst. Dabei wurden die Vorgaben des § 25d Abs. 11 KWG, der eine regelmäßige Bewertung der Struktur, Zusammensetzung und Leistung des Vorstandes vorschreibt, berücksichtigt. Im Rahmen ihrer satzungsmäßigen Zuständigkeiten hat die Trägerversammlung die Auswahl des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 vorgenommen und nach vorheriger Befassung im Prüfungsausschuss und im Ausschuss der Trägerversammlung der Auswahl des Abschlussprüfers für die Jahre 2018 ff. zugestimmt.

Zudem hat die Trägerversammlung personelle Angelegenheiten des Vorstandes behandelt. Sie hat nach Zustimmung durch den Verwaltungsrat am 9. Dezember 2016 Herrn Hans-Dieter Kemler – vorbehaltlich der Zustimmung der EZB – mit Wirkung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zum Mitglied des Vorstandes bestellt. In der gleichen Sitzung hat die Trägerversammlung nach Zustimmung durch den Verwaltungsrat der Wiederbestellung von Herrn Thomas Groß zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes mit Wirkung ab 15. Oktober 2017 zugestimmt. Herr Rainer Krick ist zum 31. Juli 2016 in den Ruhestand getreten.

Durch Beschluss vom 29. März 2017 hat die Trägerversammlung den Jahresabschluss und den Lagebericht der Bank genehmigt sowie dem Vorstand und dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung erteilt. Sie hat ferner beschlossen, den ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 90.000.000 € wie folgt zu verwenden. Es werden 61.588.000 € zur Verzinsung des Stammkapitals der Bank und 28.412.000 € als Vergütungsanteil auf die Kapitaleinlage des Landes Hessen ausgeschüttet.

Die Trägerversammlung dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

Frankfurt am Main, den 29. März 2017

Der Vorsitzende der Trägerversammlung
der Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale

Stefan Reuß
Landrat
Präsident des Sparkassen- und
Giroverbandes Hessen-Thüringen

Adressen

Adressen der Landesbank Hessen-Thüringen

Hauptsitze

Frankfurt am Main
MAIN TOWER
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
Telefon +49 69/91 32-01
Telefax +49 69/29 15 17

Erfurt
Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
Telefon +49 3 61/2 17-71 00
Telefax +49 3 61/2 17-71 01

Bausparkasse

Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

Offenbach
Strahlenbergerstraße 13
63067 Offenbach
Telefon +49 69/91 32-02
Telefax +49 69/91 32-29 90

Erfurt
Bonifaciusstraße 19
99084 Erfurt
Telefon +49 3 61/2 17-70 07
Telefax +49 3 61/2 17-70 90

Förderbank

Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen
Strahlenbergerstraße 11
63067 Offenbach
Telefon +49 69/91 32-03
Telefax +49 69/91 32-46 36

Niederlassungen

Düsseldorf
Uerdinger Straße 88
40474 Düsseldorf
Telefon +49 2 11/3 01 74-0
Telefax +49 2 11/3 01 74-92 99

Kassel
Ständeplatz 17
34117 Kassel
Telefon +49 5 61/7 06-60
Telefax +49 5 61/7 06-63 33

London
3rd Floor
95 Queen Victoria Street
London EC4V 4HN
Großbritannien
Telefon +44 20/73 34-45 00
Telefax +44 20/76 06-74 30

New York
420, Fifth Avenue
New York, N. Y. 10018
USA
Telefon +1 2 12/7 03-52 00
Telefax +1 2 12/7 03-52 56

Paris
118, avenue des Champs Elysées
75008 Paris
Frankreich
Telefon +33 1/40 67-77 22
Telefax +33 1/40 67-91 53

Repräsentanzen

Madrid
(für Spanien und Portugal)
General Castaños, 4
Bajo Dcha.
28004 Madrid
Spanien
Telefon +34 91/39 11-0 04
Telefax +34 91/39 11-1 32

Moskau
Novinsky Boulevard 8
Business Centre Lotte,
20th Floor
121099 Moskau
Russland
Telefon +7 4 95/2 87-03-17
Telefax +7 4 95/2 87-03-18

Shanghai
Unit 012, 18th Floor
Hang Seng Bank Tower
1000 Lujiazui Ring Road
Shanghai, 200120
China
Telefon +86 21/68 77 77 08
Telefax +86 21/68 77 77 09

Singapur
One Temasek Avenue
#05-04 Millenia Tower
Singapore 039192
Telefon +65/62 38 04 00
Telefax +65/62 38 99 78

Stockholm
Kungsgatan 3, 2nd Floor
114 43 Stockholm
Schweden
Telefon +46/86 11 01 16

Vertriebsbüros

Düsseldorf
Uerdinger Straße 88
40474 Düsseldorf
Telefon +49 2 11/3 01 74-0
Telefax +49 2 11/3 01 74-92 99

Berlin
Joachimsthaler Straße 12
10719 Berlin
Telefon +49 30/2 06 18 79-13 52
Telefax +49 30/2 06 18 79-13 45

München
Lenbachplatz 2a
80333 München
Telefon +49 89/5 99 88 49-10 16
Telefax +49 89/5 99 88 49-10 10

Münster
Regina-Protmann-Straße 16
48159 Münster
Telefon +49 2 51/92 77 63-36 48
Telefax +49 2 51/92 77 63-36 72

Stuttgart
Kronprinzstraße 11
70173 Stuttgart
Telefon +49 7 11/28 04 04-0
Telefax +49 7 11/28 04 04-20

Immobilienbüros

Berlin
Joachimsthaler Straße 12
10719 Berlin
Telefon +49 30/2 06 18 79-13 14
Telefax +49 30/2 06 18 79-13 69

München
Lenbachplatz 2a
80333 München
Telefon +49 89/5 99 88 49-0
Telefax +49 89/5 99 88 49-10 10

Auswahl der Tochtergesellschaften

Frankfurter Sparkasse
Neue Mainzer Straße 47–53
60311 Frankfurt am Main
Telefon +49 69/26 41-0
Telefax +49 69/26 41-29 00

1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH
Borsigallee 19
60388 Frankfurt am Main
info@1822direkt.com
Telefon +49 69/9 41 70-0
Telefax +49 69/9 41 70-71 99

Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG
JUNGHOF
Junghofstraße 26
60311 Frankfurt am Main
Telefon +49 69/1 56 86-0
Telefax +49 69/1 56 86-1 40

Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG
Börsenstrasse 16, Postfach
8001 Zürich
Schweiz
Telefon +41 44/2 65 44 44
Telefax +41 44/2 65 44 11

Helaba Invest
Kapitalanlagegesellschaft mbH
JUNGHOF
Junghofstraße 24
60311 Frankfurt am Main
Telefon +49 69/2 99 70-0
Telefax +49 69/2 99 70-6 30

GWH
Wohnungsgesellschaft mbH
Hessen
Westerbachstraße 33
60489 Frankfurt am Main
Telefon +49 69/9 75 51-0
Telefax +49 69/9 75 51-1 50

OFB
Projektentwicklung GmbH
Speicherstraße 55
60327 Frankfurt am Main
Telefon +49 69/9 17 32-01
Telefax +49 69/9 17 32-7 99

GGM
Gesellschaft für Gebäude-Management mbH
Junghofstraße 26
60311 Frankfurt am Main
Telefon +49 69/77 01 97-0
Telefax +49 69/77 01 97-77

Impressum

Herausgeber

Helaba
Landesbank Hessen-Thüringen

MAIN TOWER
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
Telefon +49 69/91 32-01

Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
Telefon +49 3 61/2 17-71 00

www.helaba.de

Konzeption und Gestaltung

3st kommunikation, Mainz

Druck

Druckerei Braun & Sohn, Maintal

MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C005382
www.fsc.org

Copyright

© Helaba Landesbank Hessen-Thüringen, 2017
Alle Rechte, insbesondere das Recht zur Vervielfältigung (auch auszugsweise), vorbehalten. Die Publikation „Geschäftsbericht 2016“ darf nicht ohne schriftliche Genehmigung der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme vervielfältigt werden.

Helaba
Landesbank Hessen-Thüringen

MAIN TOWER
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
Telefon +49 69/91 32-01

Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
Telefon +49 3 61/2 17-71 00

www.helaba.de